

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538, Entgelt bezahlt

Sommer 2015
Nr. 188, 44. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



G7 - Ein Gipfel demontiert sich Zum Treffen der G7-Staaten am 7./8. Juni in Schloss Elmau

Foto: Colin Derks / www.beobachternews.de

Der diesjährige G7-Gipfel fand unter deutschem Vorsitz an erlesenem Ort statt, Schloss Elmau, im landschaftlich reizvollen Werdenfelser Land in Oberbayern unweit der Olympiastadt von 1936 Garmisch-Partenkirchen vor der imposanten Bergkulisse des Wettersteingebirges. Hauptthemen sollten neben den außenpolitischen Dauerkrisenbrennern Ukraine, Syrien, Irak diesmal sein: Meeresschutz, Antibiotikaresistenzen, Seuchenprävention, Standards für Handels- und Lieferketten, Frauenbildung und Frauenselbständigkeit. Im Vorfeld des Ereignisses gab Gastgeberin Kanzlerin Merkel, im Bundestag in ihrer Rede am 21. Mai noch mal die Begründung dafür ab, warum 2014 durch den Ausschluss Russlands aus einem G8- wieder ein G7-Gipfel wurde, nachdem 1998 Russland unter Boris Jelzin zur erlauchten Weltregierungsrunde zugelassen wurde.

Russland soll seinen Teil des Minsker Abkommens umsetzen und die Souveränität der Ukraine garantieren. Vom Fraktionsvorsitzenden Gysi von der Linkspartei-Opposition wurde sie dafür scharf gerügt und kritisiert. Der Ausschluss Russlands sollte als verstärkende Maßnahme gelten zu den ohnehin ergriffenen Sanktionen des Westens wegen der umstrittenen An-

nexion der Krim durch Putins Russland im Jahr 2014. Er zielte und zielt aktuell warnend auf die dubios verwickelte Rolle Russlands im Sezessionskonflikt zwischen der Ukraine und bewaffneten pro russischen Kräften im äußersten Osten des Landes, die von Russland über die Grenze mit

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

G7 - Ein Gipfel demontiert sich	S. 1
Bericht von unserem Wochenendseminar in München	S. 11
Rußland heute – Der Linken Freund oder Feind?	S. 12
Die Lage in Griechenland	S. 17
USA-Kuba-Venezuela	S. 19
Bremen hat gewählt – zur Hälfte	S. 25
Hartz IV: Die wahren sozialen Folgen...	S. 27
Generelle „Unzufriedenheit mit der Politik“: PEGIDA	S. 32
Zum öffentlichen Gedenken in Bergen-Belsen	S. 36
Die Parlamentswahlen in Großbritannien	S. 38

In eigener Sache

Beim Verfassen dieser Zeilen hatte das G-7 Treffen auf Schloß Elmau noch nicht stattgefunden; die Protestbewegung dagegen saß schon in den Startlöchern. Schon im Vorfeld wurde sichtbar, wie man mit demokratischen Protesten in Bayern umgeht: Das Land befindet sich im Ausnahmezustand. Mit einem Heer von Polizisten, mit Bundeswehr und behördlichen Schikanen wird versucht, die Massenproteste ins Leere laufen zu lassen. Die Zellen für die zu Verhaftenden stehen schon bereit ebenso über 100 Richter.

Derweilen zeichnet sich im Vorhinein schon ab, dass die Bedeutung der Konferenz das ganze Getöse darum nicht wert sein wird. Sie kommen ja auch nicht zusammen, um Kriegen, Gewalt, Krisen und Flüchtlingseleid eine andere Politik entgegenzusetzen – sie selbst sind ja die Verursacher dafür. Mehrere der größten Staaten der Welt wurden nicht einmal eingeladen, wie China, Indien und Rußland.

Gerade auch die deutsche Regierung behandelt Rußland wie einen Paria und schämt sich nicht, im selben Atemzug die 27 Millionen Kriegstoten der Sowjetunion und Ermordeten des deutschen Angriffskrieges mit Krokodilstränen zu „beweinen“.

Kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns aber dann noch eine ausführliche Aufarbeitung des G-7 Treffens und seiner Begleitumstände, die wir natürlich gerne in diese Nummer mit aufnehmen.

Die Entwicklung in Rußland, seine Rolle in der Weltpolitik und das Verhältnis der deutschen Linken zu Putin und diesem Staat hatten wir auch zu einem Thema auf unserem Münchner Wochenend-Seminar gemacht. Wir drucken in diesem Heft das Referat mit einigen kleineren Ergänzungen ab. Eines der beiden anderen Themen war die spannende Kri-

senentwicklung in Griechenland und die Politik der nun regierenden Linkspartei. Darüber berichtete ein Genosse von Syriza. Da wir den Text seines Berichts nicht schriftlich haben, versuchen wir, in der Arsti einiges davon zusammenzufassen.

In dem anderen Referat standen die unterschiedlichen Signale in Lateinamerika im Mittelpunkt, darunter auch die Annäherung zwischen den USA und Kuba. Die schwierige Lage in Kuba und, aktuell besonders in Venezuela, gibt Anlaß zur Besorgnis. Andererseits sind auch positive Veränderungen in Lateinamerika zu verzeichnen. Auch dieses sachkundige Referat finden die Leser in diesem Heft.

Aus England erhielten wir einen Artikel zur Parlamentswahl in Großbritannien. Auch dort blieb fast die Hälfte der Wahlberechtigten zu Hause. Nur dem britischen undemokratischen Wahlsystem ist es zuzuschreiben, dass die konservativen Tories mit 36% der Abstimmenden eine Alleinregierung bilden können.

Dem Platzmangel fiel in der letzten Ausgabe der Arsti ein Artikel zur Einschätzung der Pegida-Bewegung zum Opfer. Wir drucken ihn in dieser Nummer nach. Das Potential, das diese Bewegung entstehen ließ, ist nach wie vor wirksam, wie auch der Ausgang der OB-Wahl in Dresden zeigt.

Zur Landtagswahl in Bremen erhielten wir einen Bericht, der den tiefen Einbruch im SPD-Wählerpotential als wichtigstes Merkmal des Wahlergebnisses herausarbeitet. Bremen hat mit 11% die größte Arbeitslosigkeit in der ganzen BRD. Eine große Anzahl von Menschen ist daher dazu verdammt, sich auf prekäre Arbeitsverhältnisse einzulassen.

In einfühlsamer Weise und treffender Befindlichkeit schildert ein Hartz IV-Empfänger sein schwieriges Schicksal

und wie er es doch immer wieder meistern kann.

Als Erinnerung daran, was an Schrecklichem in Deutschland geschah, bringen wir einen Bericht über die Feier anlässlich der Befreiung des KZ Bergen-Belsen vor 70 Jahren.

Noch einige Bemerkungen zu dem „Aufstand“, der nun in diesem Land angesichts der derzeitigen Streikwelle losbricht:

Diejenigen Gewerkschaftsführer, wie der DGB-Vorsitzende Hofmann und seine Mitstreiter für die „Tarifeinheit“ in anderen Gewerkschaften, die die gewerkschaftliche Einheit beschwören, sind gerade dabei, mit ihrer Hetze gegen die GDL und die anderen Spartengewerkschaften dem DGB schwer zu schaden. Eine Gewerkschaft, die solche „Freunde“ als Vorsitzende in ihren eigenen Reihen hat, braucht keine Feinde aus dem Unternehmerlager mehr.

Es gibt aber noch kämpferische Gewerkschafter, auch in ver.di, die den neuen Anpassungskurs als Kapitulation betrachten. Der bekannte SPD-Sozialpolitiker Rudolf Dressler hat es auf den Punkt gebracht:

„Wenn man das Streikrecht anderer beschränkt, dann wird man sich nicht wundern können, wenn eines Tages das Streikrecht bei einem selbst beschränkt wird.“

Wie weit bürgerliche Schreiberlinge in der Verteufelung Weselskys bereits gehen, offenbarte ein Redakteur des *Münchner Merkur*, der twitterte, er würde ihn gern mal auf der Zugtoilette „*einem Waterboarding unterziehen*“. (Freitag“, 28. 5. 2015)

Wir haben wieder viele Jahresabo-Überweisungen und Spenden erhalten und danken für die bitter notwendige Unterstützung.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Waffen, Logistik und „freiwilligen“ Kämpfern unterstützt werden. Dagegen stört es offenbar wenig, dass US-Soldaten die ukrainische Nationalgarde trainieren, die USA angeblich bis auf Waffen Militärgerät zur Verfügung stellen und nun auch Kanada, dessen Premier Harper zu den entschiedensten Putin-Gegnern gehört, beratende Militärhilfe zugesagt hat. Die westlichen Staatenlenker wissen nur zu gut, dass von Russland realistischerweise nicht zu erwarten war, tatenlos zusehen, wie ihm der letzte verbliebene Flotten- und Militärstützpunkt auf der Krim mit Zugang zum Mittelmeer abhanden kommt und womöglich in NATO-Hände übergeht. Genauso illusorisch wäre es anzunehmen, dass sich die einzige Supermacht USA von ihrem Militärstützpunkt Guantanamo auf Kuba direkt vor ihrer Haustür zurückziehen würden, wenn Kuba dies mit Recht verlangen würde. Der unterstellte „Annexionshunger“ Russlands dürfte im Übrigen an der Peripherie begrenzt bleiben, das hatte und hat der Westen selbst mit zu verantworten und in der Hand mit seiner forcierten NATO-Osterweiterung unter Bruch gegebener Zusagen und getroffener Vereinbarungen, siehe Beispiel Ukraine und die inzwischen verstärkt ins NATO/EU-Visier geratenen ehemaligen SU-Republiken Moldawien und Georgien.

Nutzen zweifelhaft, Ergebnisse spärlich, Folgen garantiert

Gremien wie die G7/G8 sollten eigentlich auch helfen und dazu dienen, internationale Konflikte möglichst zu deeskalieren und in laufenden Auseinandersetzungen zu schlichten und vermitteln, nicht sie noch zusätzlich anzuhetzen und zu verschärfen. Dafür aber hätten relevante Partner, die hierbei global eine Rolle spielen könnten, auch mit am Tisch sitzen müssen. Ohne Einbezug von Russland als Gesprächspartner

und Vermittler waren so wichtige TOP-Themen wie die Ukraine-Krise, die Lage in Syrien und im Irak von vorneherein zur praktischen Folgenlosigkeit verdammt, das räumte in Bezug auf Syrien selbst Frau Merkel öffentlich ein (ZDF text v. 5. Juni). Brisante Finanzmarktthemen werden inzwischen ohnehin woanders verhandelt, geklärt und entschieden (EZB, Weltbank, IWF). So müsste z. B. endlich wirksam gegen das System der Schattenbanken vorgegangen und in der Frage der Transaktionssteuer eine durchgreifende Regelung erzielt werden. So gut wie nichts davon geschah bisher. Dafür hatte man für den zweiten Tag wohl mit Blick auf die Flüchtlingsströme diesmal einige afrikanische Staatspräsidenten eingeladen u. a. aus Äthiopien, Senegal, Nigeria sowie dem Irak und den in seinem Land stark unter Druck stehenden



tunesischen Präsidenten El Sebsi. In der Woche vor dem Gipfel weilte bereits der ägyptische Präsident Al-Sisi zum informellen Staatsbesuch in der BRD. Zu dessen vom Militär gestützten Regime hat man zwar in Berlin offiziell eine kritische Meinung und pocht auf Menschenrechte, betrachtet ihn aber gleichzeitig als wichtigen unverzichtbaren Partner westlicher Interessen und Ziele in der Region Nah-/Mittelost. Dennoch kam es in Merkels irritierter Anwesenheit beim abschließenden gemeinsamen Presseauftritt zu einem Eklat, als mehrere anwesende arabische JournalistInnen die Gelegenheit zu einer spontanen Verbal-Attacke nutzten und Al-Sisi lautstark mit Forderungen nach Freiheit und Demokratie konfrontierten.

Über gemeinsame Klimaziele hatten Merkel und George W. Bush schon beim Gipfel 2007 in Heiligendamm substanziell gestritten, ohne

dass allerdings bis heute Nennens- und Zählenswertes dabei herausgekommen wäre in dem vagen globalen Bemühen, sich bis zum Jahr 2050 einer Halbierung des Kohlendioxid-Ausstoßes anzunähern. Das nun anvisierte Ziel ist ein begrenzter Anstieg der Erderwärmung um max. zwei Grad, um eine generelle Verhinderung geht es schon gar nicht mehr. Bis zum Jahr 2100 (!) soll der Ausstieg aus fossilen Energien erfolgen („Decarbonisierung“). Der nächste Klimagipfel steht für Dezember 2015 in Paris ins Haus. Schon das arg strapazierte Wort „Klimawandel“ ist eine unzulässige Verharmlosung für das, was sich weltweit bereits fünf nach zwölf abspielt: Giftiges, schädliches CO₂ in der Atmosphäre steigt nach wie vor deutlich an. Die für die Klimaregulierung so wichtigen Regenwälder, die globalen Lungen, in den tropischen Äquatorregionen sind noch

mehr dezimiert worden, täglich gehen riesige Flächen durch Abrodung zu wirtschaftlichen Zwecken verloren. Der Organismus Erde „atmet“ bald nur noch mit einer Lunge. Die Verwüstung und Versteppung ganzer

Landstriche nimmt zu. Tier- und Pflanzenarten sterben überall aus, oder sind unmittelbar von Ausrottung bedroht. Es wird durchschnittlich allorts wärmer und an den Polen und in den Gebirgen der Erde schmelzen weiter die Eismassen und Gletscher ab, was zu beschleunigten Erosionen und einer messbaren Erhöhung des Meeresspiegels führt usw.

Entstehung und Zielsetzung der G7

Einen Streit mit den USA wie noch 2007 in Heiligendamm wollte die Bundeskanzlerin diesmal jedenfalls Harmonie gefährdend nicht wieder riskieren. Längst schon war die G7 als „Institution“ über das hinaus gewachsen, wozu sie seit 1973 als zunächst informeller Zusammenschluss aus USA, GB, F und BRD geschaffen

wurde. Die eigentliche Gründung erfolgte dann im November 1975 während einer Konferenz in Paris-Rambouillet auf gemeinsames Betreiben von Bundeskanzler Schmidt und des französischen Premiers Giscard d'Estaing. Damals suchte man nach neuen Antworten auf den Zusammenbruch des Bretton Woods Währungssystems und die Ölkrise. In kurzer Folge kamen bis 1976 noch Länder wie Kanada, Italien und Japan zum G7-Kreis dazu. Es ging darum, im Kalten Krieg neue Koalitionen, Wege und Rezepte zu suchen und zu finden, um den sich allmählich bedrohlich formierenden ökonomischen Krisen und abzeichnenden Sackgassen der Finanzmärkte wirksam im Sinne kapitalistischer Entwicklungs-, Wachstums- und Profitbedürfnisse zu begegnen. Beim Erdöl als meist begerhtem fossilem Roh- und Brennstoff von globaler Bedeutung, sah man sich in harter Auseinandersetzung mit den OPEC-Ländern gezwungen, neue Preisrelationen auf dem Weltmarkt auszuhandeln und festzulegen. Bald erweiterte sich der Kanon der zu behandelnden Themen von den ursprünglichen ökonomischen, außen- und finanzpolitischen auf alle heute global maßgeblichen

Felder internationaler Politik bis hin zu Terrorismus, Bevölkerungsfragen, internationalem Recht, Gesundheit, Bildung, Agrobusiness, Klima/Ökologie, Welthandelsverkehr, Frauen usw. In einer Konstellation der lange zwischen West- und Ost-Einfluss im Spiel der Großmächte polarisierten und weitgehend handlungsblokierten UNO verlagerte sich ein Teil von deren Aufgaben und Zuständigkeiten in die nur schwer zu überschauenden Lobby-Zirkel und wenig durchsichtigen informellen Verhandlungsebenen der G7-Staaten. Dabei wurden auf gefährliche und unzulässige Weise machtpolitische, ökonomische, geldpolitische, soziale, humanitäre und rechtliche Aspekte miteinander verknüpft, im Sinne der G7-Ziele optimiert und wie das aktuelle Beispiel Russland zeigt auch instrumentalisiert. Es ging im Kalten Krieg darum, das Ganze der Welt in ein neu geordnetes Management der wenigen Großen unter sich zu überführen. Inzwischen wären unter rein ökonomischen Gesichtspunkten Länder wie Brasilien, China, Indien und Südafrika, also die sog. BRICS-Staaten, mindestens ebenso berechtigt zu einer erweiterten G7 zu gehören, deren einzelne Bruttoinlandsprodukte

die einiger G7-Länder bereits deutlich übertreffen.

G7 nicht mehr einziger „global Player“

Mit rund 733 Mio. Einwohnern repräsentieren die G7 etwa 10 % der Erdbevölkerung. Schon etwas anders sieht das Zahlenverhältnis beim 1999 geschaffenen Zusammenschluss der wichtigsten Industrienationen und Schwellenländer G20 aus (G7 + EU + BRICS-Staaten + Russland, Australien, Südkorea, Indonesien, Saudi-Arabien, Argentinien, zus. ca. 4,4 Mrd. Einw.), der allerdings noch immer im Schatten der G7 steht. Und die weitaus ärmsten Länder bleiben auch da noch ausgeschlossen und haben keine Stimme. Die G7-Länder erbringen 1/3 der Weltwirtschaftsleistung, beherbergen 72 von 100 der umsatzstärksten börsennotierten Unternehmen, produzieren ¼ des weltweiten CO₂-Ausstosses und vereinen fast 50 Prozent aller Militärausgaben auf der Welt auf sich. Die informellen G7-Treffen haben keinen eigenen Umsetzungsapparat, es wird beraten und erörtert, sich abgestimmt und abgesprachen, werden Positionen aus-



Naturschutz praktisch: Schon ein Jahr vorher wurden die Wanderwege um Schloß Elmau verbreitert und planiert, damit die Einsatzfahrzeuge Platz haben.



Foto: Jens Volle / www.beobachternews.de

getauscht und Absichten formuliert, ohne dass es zu bindenden Beschlüssen kommt. „Ergebnisse“ fließen als Vorlagen ein in weitere internationale Konferenzen und nationale wie internationale politische Entscheidungsebenen und Bündnisse.

In einer Ära des Weltordnungszersfalls stehen die sieben Industrieländer nicht mehr konkurrenzlos im Zentrum der Weltwirtschaft und verlieren an Einfluss, während Schwellenländer an Bedeutung gewinnen, ohne die viele Probleme nicht mehr zu bewältigen sind. Die G7-Länder sind daher bemüht, sich ein neues Image und Selbstverständnis als vereinte Wertegemeinschaft für Freiheit, Pluralismus, Marktwirtschaft, Freihandel und Rechtsstaatlichkeit zu geben und repräsentieren doch nur das Diktat westlicher (amerikanischer) Weltordnung. Das zentrale Problem ist letztlich nicht eine erweiterte überkommene G7-Struktur, sondern sind die Mechanismen und Prinzipien, auf denen weltweit die ökonomische Produktionsweise, der Geldverkehr und die Verteilungsstrukturen, d. h. Zirkulationsströme produzierter Güter, Waren und erbrachter Dienstleistungen beruhen, die verhindern, dass global mehr soziale Gerechtigkeit und sinnvolle Entwicklung erreicht werden kann, die allen Menschen und Nationen nutzen könnte. Da steht trotz aller bekun-

deter hehrer und lauterer Absichten strukturell nach wie vor Reichtum im krassen Gegensatz zur Armut, Unterdrückung im Widerspruch zur Befreiung, Ausbeutung gegen gewerkschaftlichen und politischen Kampf um soziale Rechte und existenzielle Sicherung menschenwürdiger Arbeit, Bildung, Gesundheit und Muße. Von all dem steht so betrachtet nichts auf der Agenda der G7.

Die USA dominieren

Während Russland für den völkerrechtlich zumindest umstrittenen Krim-Anschluss per zweifelhaftem Mehrheits-Referendum unter einer überwiegend russischen Bevölkerung bestraft und ausgeschlossen wurde – anderes hätte wohl unweigerlich zum Krieg mit der Ukraine geführt –, zeigte man den USA für ihre wiederholt völkerrechtswidrig geführten Kriege in Afghanistan und im Irak seit 9/11 2001 oder seinerzeit bei der Invasion in Grenada nicht die rote Karte des Ausschlusses. Im Gegenteil wird mit zweierlei Maß gemessen. Ungestraft dürfen die USA Länder überfallen, terrorverdächtige Personen zeitlich unbegrenzt gefangen halten, Folter praktizieren, weltweit einen illegalen Drohnenkrieg führen und die ganze Welt abhören. Mit ihrer notorischen Sicherheitsparanoia beherrschen und

manipulieren sie jeden stattfindenden G7-Gipfel. Diesmal reiste Präsident Obama mit einem stattlichen Tross von 2.000 Mitarbeitern an, wovon ein großer Teil auf eigenes Sicherheitspersonal entfallen durfte. Nicht nur durch ihr martialisches Gebaren werden die USA in den Augen von G7-Gegnern nicht zu Unrecht als Hort der Weltverschwörung, des geballten Imperialismus und Zentrum der „Arroganz der Macht“ (J. William Fulbright) wahrgenommen und verstanden. Wer TTIP und CETA (Handels- und Wirtschaftsabkommen mit Kanada) sät, wird daher weiter Proteststürme ernten müssen.

Ein Landkreis im Belagerungszustand

Die G7-Gruppe demontiert und delegitimiert sich auch zunehmend durch die erforderliche Organisation und Durchführung an den jeweiligen Veranstaltungsorten. Ein indirekter Effekt auch der Aktivitäten der Kritiker und Gegner solcher Gipfel. Bereits seit Februar dieses Jahres war ein 90-köpfiger Planungsstab nur damit beschäftigt, die komplexe Sicherheitslogistik vor Ort in den Griff zu bekommen. Gegenüber einer erwarteten Zahl von einigen tausend bis max. zehntausend Demonstranten wurde dieses Mal ähnlich wie

schon 2007 in Heiligendamm zum weiträumigen Schutz von Schloss Elmau eine Armee von mindestens 18.000 Sicherheitskräften aus der Bereitschaft der Landespolizei, davon 5.700 aus anderen Bundesländern,

säcke und des eigenen Leibes rechnen. Bestimmungen des Schengener Abkommens waren vorübergehend außer Kraft gesetzt worden. Bis Freitag, 5. Juni, so vermeldete die Polizei, waren tausende Menschen wegen

biet mit der Auszeichnung höchster Biodiversität einer harten Belastung unterworfen. Ein Hubschrauberlandeplatz für ein ständig pendelndes Kontingent von 30 Maschinen wurde angelegt, dazu ein Wanderpark-



aufgeboten. Dazu kamen noch 2.000 Hilfskräfte aus Rettungsdiensten, THW und Feuerwehr und die Kontingente der Bundespolizei, GSG 9 und des Bundeskriminalamtes. Die Bundeswehr stellte 500 Soldaten und Soldatinnen aus ihren Rettungs- und Sanitätsdiensten bereit und aus dem benachbarten Österreich kamen an der Grenze noch mal 2.000 Polizisten und ein 25-köpfiges Team der dortigen Antiterror-Einheit Cobra dazu. Der Landkreis von Garmisch-Partenkirchen wurde sozusagen tagelang vom Transitverkehr abgekoppelt, der Durchreise- und Urlaubsverkehr weiträumig umgeleitet, im weiten Bogen von 30 km ein erster Sicherheitscordon gezogen, in dem bis zu Campingplätzen alles permanent überwacht und kontrolliert wurde. Innerhalb dieses Bereichs mussten die Einwohner und Anreisende sowie DemonstrantInnen ständig mit Passkontrollen und Durchsuchungen von Fahrzeugen, Gepäck, der Ruck-

unerlaubter Einreise „aufgefallen“, darunter Flüchtlinge und andere Personen aus Nicht-EU-Staaten ohne gültiges Visum. 6.600 Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz wurden registriert, mehr als 300 Menschen an den Grenzen zurückgewiesen und 62 Personen verhaftet. „Die Welt zu Gast...“

Um das Konferenzgelände in einem nur von der östlichen Seite auf Fahrwegen zugänglichen Gebirgstal wurde ein weiterer doppelter innerer Sicherungsring gelegt und die sechs kilometer lange Mautstraße zum Schloss für den allgemeinen Verkehr gesperrt. Ein rundum errichteter Maschendrahtzaun, sieben km lang, 2,50 Meter hoch, dessen Existenz unter der Tarnbezeichnung „sicherheitsstechnische Maßnahme“ lange dementiert wurde, bedeutete in einem Waldgebiet mit ständig zu Futterplätzen und Tränken wechselndem Wildbestand über Wochen einen empfindlichen Natureingriff. Auch sonst wurde das Landschafts- und Naturschutzge-

platz und Wildwiesen überbaut und asphaltiert. Dazu kamen die ständig in der Luft patrouillierenden Polizeihubschrauber und kolonnenfahrende Polizeifahrzeuge, die für eine beunruhigende Dauerlärmkulisse und erhöhte Abgasbelastung sorgten. Der Landstrich befand sich völlig unverhältnismäßig praktisch im Belagerungszustand – nicht durch Demonstranten, sondern durch die Polizei. Jeder irgendwie abweichende Protest sollte schon im Keim vereitelt und erstickt werden. Meinungsfreie Äußerung sieht anders aus.

Verbote, Desinformation und Behinderungen

Die Polizei machte bereits vorab gezielt abschreckende öffentliche Ankündigungen, dass sie nicht gewillt wäre, Zuwiderhandlungen gegen Verbote hinzunehmen („niedere Einschreitschwelle“), sondern sofort

„robust“ durchzugreifen gedenke. Das betraf vor allem spontane Straßen- und Wegeblokkaden. Zur gebotenen Deeskalation trug solches kaum bei, obwohl auch über hundert sog. Kontaktbeamte mit dem Auftrag der

fügung vom 5.6. auf einer zugewiesenen begrenzten Wiesenfläche „in Hör- und Sichtweite“ des Gipfelortes das Demonstrieren. Das kam nichts anderem als einer Zersplitterung und Ghettoisierung des Protests gleich

wirkten auch bekannt gewordene Meldungen und Gerüchte, der bayerische Innenminister Herrmann hätte interne Weisungen an politische Stellen des Landkreises (Bürgermeister-Dienstbesprechungen) erlassen, die



Foto: Channah Peepovicz / www.beobachternews.de

Konfliktdämpfung im Einsatz waren. In Heiligendamm bedeutete robustes Auftreten neben vielen verletzten Demonstranten das stundenlange Einpfarren verhafteter DemonstrantInnen in Metallkäfige ähnlich wie im US-Folterlager von Guantanamo und über 1.500 eingeleitete Strafverfahren, wegen Zuwiderhandelns gegen polizeiliche Anordnungen, Landfriedensbruch und dergl. Die meisten davon wurden freilich niedergeschlagen und mussten eingestellt werden.

Das Demonstrationsrecht und die Bewegungsfreiheit wurden so bis auf den Bereich Garmisch-Stadt stark eingeschränkt und aufgehoben. Gegen die strengen Behördenauflagen zur Änderung und Kürzung der Routen des am Sonntag geplanten Sternmarsches bis wenige km vor Schloss Elmau war gerichtlich von Seiten des Aktionsbündnisses nichts mehr auszurichten. Einer Gruppe von 50 Personen erlaubte das Verwaltungsgericht München per Ver-

und gab dessen politisches Anliegen der Lächerlichkeit preis („Kontrollierter Protest als ‚Ornament‘ für die Herrschenden“; K. H. Dellwo). Nachdem das Aktionsbündnis darauf bestand, zu Fuß zur zugewiesenen Demozeile zu gelangen und es als unerträglich ablehnte, mit Polizeibussen dorthin transportiert zu werden, hob der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Verfügung wieder auf, da in dem Fall eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit bestünde. Per Verwaltungsgerichtsentscheid vom 2. Juni setzte das Aktionsbündnis Stop G7 Elmau die Berechtigung durch, unter Auflagen auf einem Wiesengelände der Gemeinde Garmisch-Partenkirchen (26.000 Einw., SPD-Bürgermeisterin) ein Protestcamp für ca. 1.000 Demonstrierende zu errichten, das die Gemeinde zuerst mit dem Hinweis auf Hochwassergefahr verweigert hatte. (Das Wasser kam dann, aber von oben). Gezielt desinformierend und hintertreibend

Bevölkerung dazu anzuhalten, anreisenden Demonstranten, die man dem Pauschalverdacht der Gewaltbereitschaft aussetzte, keine Übernachtungen anzubieten oder Stellflächen für Zeltlager zu verpachten, was CSU-Gefolgsleute und der Landrat Speer (Freie Wähler), selbst Landwirt, dementierten. Vorsorglich sollte auf die Wiesen wenn nötig sogar übel riechende Jauche ausgebracht werden. Bayerns Bauern sind da „in der Not“ durchaus erfinderisch und nicht zimperlich. Das Gebot christlicher Nächstenliebe findet an verweigerter Gastfreundschaft und Herberge seine Grenze.

Demonstranten auf den Straßen – Grüne auf der Zugspitze

Durch die geschürte Angst vor Protestkrawallen und gewaltsamen Auseinandersetzungen (Protest quasi = Gewalt) ließ sich das Aktionsbünd-

nis z. T. beeindrucken und spalten. Vorseilend distanzierten sich die Grünen, verlegten ihre Präsenz und Protestaktion fernab nach München und wichen auf das Plateau der Zugspitze aus. Dort, auf Deutschlands höchstem Berg, zelebrierten in rund 3.000 Metern Höhe prominente bayerische Grüne wie Claudia Roth und Anton Hofreiter am Schneeferner, dem einzigen Gletscher in deutschen Gebirgen, dem das wärme-klimatische Aus droht, eine medienwirksa-

Kindern, verantwortlichen Spekulationen mit Grundnahrungsmitteln sofort Einhalt geboten werden könnte. Jeder Tod eines Kindes, das an Hunger stirbt, sei ein Mord, weil bei gerechter Verteilung alle ernährt werden könnten.

Überwiegend friedliche Proteste

Bei einer ersten Spontandemo in Garmisch am Freitag mit etwa 500

Hagelschauer kühlte die erhitzten Gemüter beider Seiten vorerst ab, während sturzartige Regenfluten Teile des Protestcamps unter Wasser setzten. Seitens der Campleitung erwog man zeitweise den Abbruch des Camps, beschloss dann aber doch den Platz nicht zu evakuieren und bat die Bevölkerung um trockene Unterkünfte. Garmischer Bürger kamen zum Camp und luden Demonstranten zu sich nach Hause zum Übernachten ein, andere verbrachten



Ein Papp-Panzer brennt als Zeichen des Antimilitarismus; Foto: 3a-rb.org

me Gipfel-Kundgebung für den Klimaschutz. In München demonstrieren am katholischen Fronleichnamstage (Donnerstag) nach offiziellen Angaben über 35.000 Menschen, VertreterInnen von Parteien (Linke, Grüne), politische und Jugend-Organisationen, kirchliche Initiativen und Nichtregierungsvereinigungen wie Attac, Greenpeace u. a. friedlich unter dem Motto TTIP stoppen – Klima retten – Armut bekämpfen. Der schweizer Globalisierungskritiker und ehemalige SVP-Nationalrat Jean Ziegler war einer der Hauptredner auf der Kundgebung am Odeonsplatz. Er verwies u. a. auf die Tatsache, dass mit demokratischen Verbotsbeschlüssen den für den Hunger vieler, vor allem aber hunderter Millionen von

Teilnehmenden kam es zu kleineren verbalen Konfrontationen ohne Ausschreitungen und ging ein symbolisch mitgeführter Panzer aus Pappe in Flammen auf. Am Samstag fand dann die Auftakt-Demonstration mit etwa 4.500 (lt. Polizei 3.600) TeilnehmerInnen statt, die zunächst ohne Zwischenfälle verlief. Als Demonstranten am vorgeschriebenen Wendepunkt, wo sich Protestzug und Polizei sehr nahe kamen, eine Nebelrakete zündeten, schritt die Polizei sofort massiv mit Schlagstöcken und Tränengas gegen angeblich mit Transparentstangen und Feuerlöschern „bewaffnete“ Demonstrierende ein, wobei mehrere Demonstranten und Polizisten verletzt wurden. Ein wolkenbruchartiger Gewitterguss und

die Nacht im und am Bahnhof. Der für Sonntag geplante Sternmarsch auf Elmau aus drei Richtungen fand mangels Demomasse so nicht statt. Die nach dem Unwetter des Vortags verbliebenen Demonstranten gingen stattdessen dazu über, in kleineren Gruppen Sitzblockaden auf der B 2 Richtung Elmau durchzuführen, wo sie von Polizeitrupps rasch abgeräumt und Einzelne festgenommen wurden. In Fahrradkorsos oder Wandergruppen brachen andere über einen steilen Bergrücken Richtung Elmaugelände auf, wo spätestens an den Absperrungen und am Zaun im Wald für sie Endstation war. In Garmisch protestierten derweil etwa noch 900 Gipfelgegner unter massiver Polizeibegleitung auf Tuchfü-

lung und zogen durch die Stadt. Bis zum Sonntagabend war es zu keinen ernsteren Konfrontationen mehr gekommen. Ein Sprecher der Anwaltsgruppe des Ermittlungsausschusses berichtete von über 90 gemeldeten Festnahmen und Verbringungen in eine „Gefangenessammelstelle“ in der Nähe. Am Montagmorgen kam es noch vor Morgengrauen zu einer Protestaktion zum Kohleausstieg von Greenpeace, deren Aktivisten nahe Schloss Elmau eine 1.000 Meter brei-

überzogene Polizeiaufgebot erheblich bedroht und in der Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Man hätte dennoch deutlich machen können, dass man anders und friedlich in der Welt zusammenleben und alternativ für Inhalte und Ziele stehen kann, die die G7-Führenden nicht auf ihrer Agenda hätten, sagte einer der Sprecher. Zu den vorab befürchteten Sachbeschädigungen war es nicht gekommen. Bayerns Innenminister Herrmann resümierte selbstzufrieden, das Kon-

lerin Merkel peinlich inszenierte öffentliche Schauftritt extra für Obama nichts. In der 2000-Seelengemeinde Krün, zu der Elmau gehört, wurde inmitten ausgewählter Dorföffentlichkeit in Tracht und Gamsbarthut ein Weißwurstfrühschoppen mit dem US-Gast veranstaltet und in Ansprachen enge deutsch-amerikanische Freundschaft beschworen und beklatscht. Sollte so etwa der NSA-Abhörskandal schon wieder vergessen gemacht und Obamas deswegen



Am Freitagabend demonstrierten spontan mehrere hundert Menschen in Garmisch gegen den Bombenanschlag auf eine Wahlkundgebung der HDP in Diyarbakir/Türkei; Foto: Channah Peepovicz / www.beobachternews.de

te Laserprojektion auf die Felswand des Wettersteingipfels richteten, mit dem mehrdeutigen Spruch: „G7: 100 Prozent Erneuerbare“. Da bis auf etwa 150 die meisten Demonstranten bereits abgefahren waren, sagten die Veranstalter von Stop G7 Elmau die für Montag noch vorgesehene Demo und Abschlusskundgebung ab.

Sowohl das Aktionsbündnis als auch der bayerische Innenminister zogen von ihrer jeweiligen Warte aus eine positive Bilanz. Die Verantwortlichen des Aktionsbündnisses dürften aber von Verlauf und Ergebnis enttäuscht gewesen sein, denn man hatte mit deutlich mehr Beteiligung an den Demoumzügen und Protest- und Störaktionen gerechnet und fühlte sich durch das massive, völlig

zept von Deeskalation durch Stärke und Besonnenheit in Verbindung mit Konsequenz sei optimal aufgegangen. Nicht gerechnet habe man damit, dass von 3.000 erwarteten „gewaltbereiten Autonomen“ nur etwa 500 gekommen seien. Ministerpräsident Seehofer frohlockte gar mit dem Satz: „Wir können Gipfel“. Es war den Offiziellen freilich gelungen, der Welt den Eindruck eines perfekten Polizei- und Überwachungsstaats zu vermitteln und sich in abstoßender Totalabschottung eines harmonisch im hoch gesicherten Panzerglasshaus zelebrierten Gipfelgeschehens zu präsentieren. Aber wenn nicht das, was sollen die Herrschenden dann merken?

Daran änderte auch der am Sonntagmorgen von Protokoll und Kanz-

in Deutschland angeknackstes Image aufpoliert werden? Grüß Gott, seht her, ich bin auch bloß ein Bayer, der nur seine Lederhose vergessen hat!

Luxussuiten für Staatsgäste – die Kosten für die Allgemeinheit

Das im Ersten Weltkrieg unter Johannes Müller erbaute Schloss Elmau präsentiert sich nach dem Brand 2005, dem etwa zwei Drittel des burgähnlich angelegten Fünf-sterne-Komforthotels zum Opfer fiel, und Wiederaufbau noch luxuriöser als zuvor. Müller, glühender Hitlerverehrer und überzeugter Anhänger des Nationalsozialismus, geriet nach dem Krieg öffentlich ins Zwielficht und unter

Anklage, die aber zu keiner Verurteilung führte. Schon seit langem ist das mondäne Schlosshotel bedeutende internationale Adresse für gehobene Finanz- und Wirtschaftsforen, Konzert-Aufführungen und Kultur-Symposien verschiedenster Art. Im nebenan erst dieses Jahr fertig gestellten neuen Wellness-Hotelkomplex, dem sog. *Schloss Elmau Retreat*, logierten die Bundeskanzlerin und ihre sechs Staatsgäste in großräumigen Komfortsuiten. Der als rebellisch wie extravagant geltende Schlossherr und Hotelerbe Dietmar Müller-Elmau hat sich mit der exklusiven Neugestaltung einen aufwendigen persönlichen Lebenstraum gegönnt und erfüllt, der auch bezahlt sein will (Umsatz 2011: 20 Mio. Euro; Preis pro Suite und Nacht: 1.500 Euro). Das Land Bayern gewährte einen drei Mio. Euro Zuschuss für die zusätzliche Panzerverglasung und Abhörsicherung bestimmter Räume. Spätestens da versteht man, dass nicht die ganze Welt als Gast an diesem Ort willkommen gewesen ist, wie es das von einer servilen Presse beförderte Gipfelmotto suggerieren wollte, sondern nur die Repräsentanten ihres wohlhabenderen Teils. Alles in allem errechneten Kenner solcher Veranstaltungen diesmal einen betriebenen finanziellen Aufwand zwischen ca. 138 bis 360 Millionen Euro (nach Bund der Steuerzahler), legt man nicht nur die Infrastruktur- und Sachkosten, sondern auch die Ausgaben für den Einsatz allen Sicherheitsspersonals (zu Lasten des Freistaats Bayern und der beteiligten Bundesländer) zugrunde. Davon könnten z. B. 150.000 Kinder ein Jahr lang in Kitas untergebracht werden.

Es ist die Anmaßung und Zumutung des Riesenaufwands im Verhältnis zum bescheidenen sichtbaren Ertrag, weshalb diese Gipfel immer mehr an Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung verlieren. Viele fragen sich, warum sich die VertreterInnen von sieben Ländern nicht mit weit bescheideneren Delegationen ein für allemal an einem festen Ort treffen können, um wenigstens die horrenden Kosten zu senken und den Aufwand deutlich zu reduzieren, wenn man andererseits dem Volk ständig nahelegt, zu sparen und überall wo es geht Sozialausgaben drastisch beschneidet. Der Vorschlag, die Veran-

staltung kurzerhand auf einen amerikanischen Flugzeugträger oder eine Insel zu verlegen, machte die Runde. Man sieht sich ja auch sonst schon häufig bei vielen Anlässen und Konferenzen. Politiker- und MeinungsmacherInnen wundern sich immer wieder scheinbar ratlos, welches die wahren Gründe für Politikverdrossenheit und Wahlabstinenz mittlerweile der Hälfte der Bevölkerung sind, hier könnten sie an Motiven gut fündig werden.

Merkel verteidigt Kosten und Aufwand

Angesichts der laut gewordenen Kritik am „*teuersten Kaffeekränzchen*“ (*ARD Tagesthemen*) meldete sich Kanzlerin Merkel kurz vor dem Gipfel zu Wort und verteidigte die in ihren Augen nicht zu hohen Kosten. Sie warnte vor überzogenen Erwartungen, man könne von einem Sonntag und einem Montag in Elmau nicht die Lösung aller Konflikte erwarten. Aber wer tut das schon. Gegen ihr vorgebrachtes Argument, man müsse sich auch persönlich gegenseitig besser kennenlernen (7 Staatsoberhäupter sind ja ein eher überschaubarer Kreis), wäre nichts einzuwenden, aber, so denken inzwischen viele, muss es in solchem Rahmen und unter diesen Bedingungen sein? Schließlich, so Merkel, komme ein erheblicher Teil (20 Mio. Euro) der aufgewendeten Mittel auch der örtlichen und regionalen Infrastruktur zugute. SPD-Wirtschaftsminister Gabriel ließ dazu noch vermelden, die höchsten Kosten entstünden dadurch, sich nicht zu treffen, wie auch immer diese Logik der Bescheidenheit zu interpretieren ist.

Auslaufmodell G7?

Eines scheint immerhin erneut klar und deutlich geworden zu sein: Solche Prunk und Pomp zur Schau stellenden Gipfel, bei denen das 20-seitige Schlusskommunique für die Pressemappen schon vorab feststeht, haben sich überlebt. Dafür sind die Weltprobleme zu Ernst. Eine kleine Super-Staatengruppe, die den Welthandel, das Finanzgeschehen und die Art, wie wir zu leben haben,

unter sich ausmacht, bestimmt und lenkt, ist überflüssig. Die G7-Staaten folgen makro- wie mikroökonomisch nach wie vor einer kaum gebremsten kapitalistischen Wachstumsideologie, mit der es ihnen nicht gelingen wird, die ruinösen Schadensauswirkungen dieses Systems in den Griff zu bekommen. Nicht „Größe“ mit schier unbegrenzter Überentwicklung und monopolisiertem Reichtum in den Händen einiger weniger auf der einen, zum Preis gravierender Unterentwicklung und Armut für die Mehrheit der Erdbevölkerung auf der anderen Seite, kann ein vernünftiges erstrebenswertes Maß sein. Gefordert ist die radikale „*Rückkehr zum menschlichen Maß*“ wie das der englische Ökonom E. F. Schumacher, einer der Pioniere des Nachhaltigkeits-Gedankens, formulierte. Wenn der Gewaltverzicht in Konflikten eine unabdingbare Voraussetzung zur Verhinderung des Umschlags von Frieden in Krieg darstellt, müsste gleichermaßen für den Wirtschaftsbereich der Verzicht auf Wachstum ähnliches bewirken können. Die Gleichung ohne Wachstum kein Wohlstand ist noch immer eine weit verbreitete Propaganda-Chimäre und schlicht falsch. Die Gleichung ohne Wachstum weniger Profite trifft den Kern schon viel eher. Es braucht allseits verbindliche Rechtsstrukturen, durch die alle Länder ihre Belange und Anliegen egalitär, d. h. gleichwertig und gleichberechtigt ein- und zur Verhandlung bringen können. Dazu gab und gibt es die UN-Ver-einten Nationen, sie sind trotz aller Unzulänglichkeit und Mängel bis auf weiteres ohne Alternative und bedürfen dringender Reformen. Das und noch vieles andere wollten Menschen mit ihrem Protest gegen den Elmau-G7-Gipfel zum Ausdruck bringen. Viele aus der Region waren darunter, die sich auch schon gegen die Olympia-Bewerbung von München und Garmisch ausgesprochen und engagiert haben und damit Erfolg hatten. Warum eines nicht mehr fernem Tages nicht auch einen solchen Gipfel stürzen: Auch der korrupte Fifa-Boss Blatter musste nach nicht mehr zu vertuschenden Skandaloffenbarungen endlich gehen. Dinge verändern sich und kommen in Bewegung. Stop G7!

E. K., Bremen, 10.6.2015

Bericht von unserem Wochenendseminar in München

Am 16. und 17. Mai hatte die Gruppe wieder zu einem Wochenendseminar nach München eingeladen. Wie schon seit einigen Jahren, veranstalten wir dieses Seminar gemeinsam mit der Gruppe International Dorfen.

Zweck des Seminars ist, sich zu aktuellen Frage genauere Informationen zu erarbeiten und im Austausch und in Diskussionen dazu einen Gruppenstandpunkt zu entwickeln. Die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war in diesem Jahr etwas geringer als sonst, einige Genossinnen und Genossen mussten aus terminlichen Gründen absagen, andere aus gesundheitlichen. Trotzdem war eine ansehnliche Zahl zusammengekommen; darunter ein Genosse aus Österreich, zwei Genossen der AGI und ein Genosse der Arbeiterpolitik.

Den inhaltlichen Schwerpunkt hatten wir dieses Mal auf die Außenpolitik gelegt. So standen die Krise in Griechenland, die Lage in Lateinamerika und die Situation in Rußland auf der Tagesordnung.

Nachdem einige angefragte Genossen aus der Griechenland-Solidarität wegen Terminüberschneidungen und Überlastung ihre Zusage zurücknehmen mussten, war es uns gelungen, über die AGI einen griechischen Genossen von Syriza für die Tagung zu gewinnen. Er sprach zum Thema: „Die Lage in Griechenland – Syriza zwischen Anspruch und objektiven Möglichkeiten“. Der Genosse zeigte sich als ein profunder Kenner der griechischen Verhältnisse, sowohl was die bewegte griechische Vergangenheit als auch die momentane Situation angeht; dass er einspringen konnte, erwies sich als wahrer Glücksfall. Nach einem Streifzug durch die griechische Geschichte im letzten Jahrhundert und die Politik, die der KKE mit all ihren Irrungen und Wirrungen in diesen Zeiten vertreten hatte, kam er zur Schilderung



und Einschätzung der aktuellen Lage in Griechenland. Genaueres zu seinem Vortrag, sowie einige Punkte aus der anschließenden, lebhaften und zum Teil etwas kontroversen Diskussion berichten wir im Anschluss in einer kurzen Zusammenfassung.

Der zweite inhaltliche Schwerpunkt am Samstag war die Entwicklung in Lateinamerika. Ein Genosse aus Dorfen, der sich zu einem ausgewiesenen Kenner dieser Weltregion entwickelt hat, hatte hierzu ein Referat mit dem Titel „USA – Kuba – Venezuela – wohin geht die Reise?“ ausgearbeitet.

Der Boykott, den die USA jahrzehntelang über den kubanischen Inselstaat verhängt haben, hat der kubanischen Wirtschaft immens geschadet und sich als äußerst schädlich nicht nur für die ökonomische, sondern auch für die gesellschaftliche und politische Entwicklung erwiesen – was ja auch so bezweckt war. Wie nun die „neue“ Politik der USA gegenüber Kuba einzuschätzen ist und was sie für dieses kleine Land, das noch immer an sozialistischen Grundsätzen festhält, bringen wird, bleibt abzuwarten. Allzu falsch dürften wir jedoch mit der Prognose, dass es nicht unbedingt etwas Weiterbringendes für das sozialistische Kuba sein wird, nicht liegen.

Auch in Venezuela ist die Lage alles andere als rosig. Das Land leidet unter dem Preisverfall des Erdöls, der wichtigsten Einnahmequelle, wodurch auch die bisher erreichten sozialen Errungenschaften in Frage gestellt werden, was die Rechte weidlich ausnützt. Die Polarisierung der Gesellschaft spitzt sich zu – stets befeuert von gewissen Kreisen aus den USA – es ist ungewiss, ob und wie Venezuela auf dem Weg der bolivariischen Revolution weitergehen kann. Ein Genosse verlieh seiner Befürchtung Ausdruck, dass nicht

einmal das Gespenst eines blutigen Bürgerkrieges auszuschließen sei. Einige Hoffnungen setzte der Referent auf die sinkende Macht der USA und den wachsenden Einfluss der BRICS-Staaten, die er im positiven Sinn als antihegemoniales Projekt betrachtete. Genaueres dazu im Referat, das wir in leicht überarbeiteter Form abdrucken.

Der Abend wurde in gemütlicher Runde verbracht, wobei die eine oder andere offene Frage des Nachmittags besprochen wurde und auch die privaten Kontakte und Gespräche unter den Genossinnen und Genossen nicht zu kurz kamen.

Für den Sonntag hatte sich ein verdienter Genosse aus Nürnberg die aktuelle Lage in Rußland vorgenommen. Auch Rußland leidet, ähnlich wie Venezuela, unter dem Preisverfall des Erdöls – reiner Zufall?! – außerdem haben sich die USA auf die Fahnen geschrieben, Rußland zu einer Regionalmacht herabzustufen. Dabei gibt es den willkommenen Nebeneffekt, dass Europa als Wirtschaftsraum und Konkurrent der USA geschwächt werden kann.

In Anbetracht der aktuellen Diskussion in der DKP und anderen linken Kreisen stand das Referat unter der Überschrift: „Rußland heute – Der Linken Freund oder Feind? Versuch einer Zustandsbeschreibung.“ Nach der Betrachtung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Fakten und Tendenzen arbeitete der Genosse den Charakter des russischen Staates heraus; daraus resultierend konnte er dann auch die in der Überschrift gestellte Frage beantworten, ob das Rußland von heute uneingeschränkt Freund oder Feind der Linken sein kann. Mehr dazu im leicht überarbeiteten Referat, das wir als Kopffartikel verwendet haben.

Das Seminar hat uns als Gruppe gestärkt und auch den teilweise doch recht vereinzelt Genossinnen und Genossen Auftrieb gegeben. Es hat gezeigt, dass es immer noch ein paar – und das sind gar nicht allzu wenige – gibt, die an der sozialistischen Sache festhalten und dafür eintreten.

Rußland heute – Der Linken Freund oder Feind?

Versuch einer Zustandsbeschreibung



Militärparade in Moskau anlässlich des 70. Jahrestags des sowjetischen Sieges über Hitlerdeutschland.

Wenn wir einer politischen Beurteilung der russischen Föderation näher kommen wollen, müssen wir uns vorher einige Fragen stellen: Welches Land haben wir vor uns, welches Wirtschaftssystem prägt Land und Leute, was sind die Produktionsverhältnisse, die wirtschaftliche und soziale Lage, die Klassenverhältnisse, wie sind die politischen Zustände, wer hat die politische Macht, was sind die weltpolitischen Ziele?

Eine Minderheit innerhalb der deutschen Linken glaubt immer noch, dort Anklänge an 70 Jahre Sowjetzeit zu verspüren – das ist eine Illusion. Was geblieben ist, ist ein geschrumpftes Staatsgebilde, ist der geopolitische Fakt, sind handfeste Interessen dieser von Grund auf anderen Gesellschaft, als es die Sowjetunion war.

Die einst mächtige Sowjetunion war zweitstärkste Weltmacht, das Rußland von heute möchte dem

wieder näher kommen, sieht sich aber einer Offensive des Westens gegenüber, Moskaus Europa- und Weltbedeutung zu mindern. Die USA sind erklärtermaßen dabei, die Schwäche des Landes zu nutzen und es als „Regionalmacht“ einzugrenzen, wie es Präsident Obama deutlich ausgedrückt hat. Im Konflikt um die Ränder des Landes zur Rückgängigmachung des russischen Einflusses werden vom Westen selbst bedrohliche Konfrontationen in Kauf genommen, vor allem in schwankenden Ländern, wie die Ukraine es war. Um einen besseren Rückhalt für militärische Interventionen zu erhalten, an dem es bisher vor allem bei der deutschen Bevölkerung mangelte, wurde in den meisten Zeitungen und Fernsehstationen eine Propagandawalze gegen Rußland und Putin losgetreten, die manchmal bis zur Kriegshetze ging. Ähnlich wie im „Kalten Krieg“ wur-

den linke Mahnungen und Stimmen übel diskreditiert. *Putinversteh*er wurde zum Schimpfwort, obwohl eigentlich das Bemühen, etwas zu verstehen, ein Grundzug eines soliden Wissens ist. Besonders nach der Annexion der Krim, einer wichtigen Bastion am Schwarzen Meer, durch russische Truppen, brandete auch in der Linken die Frage wieder auf: Ist Rußland als Freund oder Feind zu betrachten?

Welchen politischen Charakter hat dieser Staat im Osten Europas?

Regionalmacht oder Weltmacht?

Die Russländische Föderation ist der größte Staat der Welt. Er hat über 140 Millionen Einwohner, davon 38 Millionen in Sibirien. Er besitzt ungeheuer viele Bodenschätze. Durch die Klimaveränderung kommt deren Ausbeutung noch vermehrte Bedeu-

tung zu. Das BIP für 2014 wird mit 1,7 Billionen Dollar angegeben.

Moskau hat mit 360 Milliarden Dollar beachtliche Devisenreserven. Andererseits sind die Ausgaben von 38 Milliarden Dollar für Wissenschaft und Technik sehr niedrig. Mit etwa der Hälfte der Einnahmen aus der Öl- und Gasgewinnung konnte die Staatsfinanzierung bisher gesichert werden. 2014 hatte Rußland noch eine Rekordmenge von 525 Millionen Tonnen Erdöl gefördert.

Die Kapitalisten Rußlands tätigen gleich ihren Klassenkumpanen in den westlichen Ländern einen beachtlichen Kapitalexport. Im Jahr 2013 wurden russische Direktinvestitionen im Ausland in Höhe von 95 Milliarden Dollar vorgenommen. Das Land steht damit am vierten Platz nach den USA, China und Japan. (Deutschland: 58 Milliarden Dollar). Nach Rußland flossen vom Ausland im selben Jahr 75 Milliarden Dollar. Die Verflechtung mit dem internationalen Kapital wird enger.

In den letzten Jahren wurde das russische Rüstungsbudget auf 70 Milliarden Dollar erhöht. Die Empörung darüber im Westen ist scheinheilig, wenn ein Vergleich mit den horrenden Militärausgaben der NATO-Staaten außer Betracht bleibt. Dann würde sich herausstellen, dass allein die USA das Achtfache, nämlich 581 Milliarden Dollar, aufwenden und z.B. die BRD schon 44 Milliarden Dollar ausgibt. Die militärische Bedeutung Rußlands liegt hauptsächlich in der Atombewaffnung und der Aufrechterhaltung der Zweitschlagfähigkeit.

Die Spaltung der Gesellschaft

Bei der Betrachtung der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse darf nicht vergessen werden, wie stark die historische Katastrophe nachwirkt: Infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion waren 25.000 Betriebe geschlossen oder verscherbelt worden. Das BIP sank rapide um 54%! Eine Hyperinflation von 300-800 Prozent schlug sich in einer Massenteignung nieder. Millionen von Menschen wurden in Arbeitslosigkeit und Elend gestürzt. Die soziale Infrastruktur fiel in sich zusammen.

Das war vor etwa 25 Jahren und bisher hat sich vieles weiterentwi-

ckelt, doch der Kapitalismus ging auch in Rußland seinen gewohnten Krisengang. Die Kluft zwischen Arm und Reich wurde immer größer. 80 Prozent der Menschen in der russischen Föderation leben in Armut. Fast 4 Millionen Bettler und 1,2 Millionen Prostituierte sind die Folge. Die Kriminalität ist außergewöhnlich hoch. Die Mordrate beträgt das siebenfache derjenigen der USA.

In Moskau sollen schon 33 Milliarden leben und eine große Zahl von Millionären. Der Abstand zwischen Unten und Oben ist größer als in den USA.

Von den Lohnabhängigen sind 60 % in der Privatwirtschaft tätig, fünf Prozent in ausländischen Unternehmen oder im Öffentlichen Dienst. Sieben Großkonzerne produzieren 40 % des BIP. Am bedeutendsten, auch für den Export, ist die Öl- und Gasförderung, die mit der Kohleausfuhr 70 % des Exportes ausmachen. Neben Nickel, Stahl und Aluminium trägt die Rüstungsindustrie zu den Exportzahlen bei, die Metallindustrie zu 12 %.

Die Oligarchen haben im heutigen Rußland große Macht in der Wirtschaft und im Staat, sofern sie nicht, wie Chodorkowski, dem Kreml feindlich gegenüberstehen. Putin versucht, ihre Bedeutung herunterzuspielen: Die Oligarchen seine „keine Klasse mehr“. Die Regierungspolitik ist, ähnlich wie im Westen, auf Förderung der Privatunternehmen ausgerichtet. Seit 2001 gilt eine ermäßigte Einkommensteuer von 13 % und die Arbeitsgesetze wurden verschlechtert. In den letzten Jahren wurden den Unternehmen Steuernachlässe gewährt. Es gibt eine Rückkehr zur stärkeren Zentralisierung. Durch eine Steueränderung wurde der Anteil der Regionen am Steueraufkommen von 70 % auf 50 % herabgesenkt.

Ein autoritäres Regime

Angesichts solcher Verhältnisse ist die herrschende Klasse zur Befriedung der Masse auf noch mehr Repression und Meinungsmanipulierung angewiesen als in den sogenannten bürgerlichen Demokratien des Westens. Das betrifft die linienförmige Ausrichtung des Fernsehens, der Presse, von Justiz, Polizei

und Geheimdiensten. Gegenwärtig spricht man aber von Putins Kontrollverlust über Teile der Machtelite. Das Parlament hat nur geringen Einfluss. Es wird zudem beherrscht von zwei großen Parteien, die Parteigänger Putins sind. Ministerpräsident Medwedjew ist zugleich Vorsitzender der Kremlpartei „Einiges Rußland“. Alle Parteien sind Vertreter eines chauvinistischen Nationalismus, Schirinowskis Rechtsradikale sowie so. Der Klerikalismus der russisch-orthodoxen Kirche wird auch von Putin hofiert. Nun will Putin sogar dem zaristischen Schlächter Stolypin ein Denkmal setzen.

Die russische „kommunistische“ Partei verfügt über einen gewissen Wähleranteil. Was von ihr zu halten ist, erläuterte kürzlich die schweizer Parteizeitung *Vorwärts*: „Der Neo-Eurasismus ist in der russischen Politik verbreitet, auch in der ‚kommunistischen‘ Partei. Bei deren Vorsitzendem Gennadi Sjuganow hat die Geopolitik den Marxismus längst abgelöst: in einem seiner Bücher erklärt er, der Konflikt zwischen den Zivilisationen sei heute wichtiger als derjenige zwischen den Klassen, der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat sei in Rußland von demjenigen zwischen patriotischen EtatistInnen und antipatriotischen WestlerInnen abgelöst worden. Sjuganow operiert mit der im Nationalsozialismus populären Unterscheidung zwischen einer maritimen (atlantischen, liberalen-demokratischen, kommerziellen) und einer kontinentalen (russischen, gemeinschaftlichen-traditionellen) Zivilisation. Er geht dabei soweit, diese Zivilisation ethisch zu fassen.“

Putins autoritäres Regime bedeutet keine Alleinherrschaft. Gegenwärtig ist er im Volk weithin unangefochten, das zu 85 % hinter seiner Krim-Intervention steht. Der Präsident ist zugleich auch Moderator zwischen den Clans und Gruppen. Diese versuchen mitzuentcheiden und streiten um die Anteile an den Ressourcen. Die korrupte russische Elite ist ein Geflecht aus Interessengruppen und Bündnissen, die das Land überziehen. Die unterschiedlichen Oligarchen haben wirtschaftlich großen Spielraum, sofern sie sich politisch nicht mit dem Kreml anlegen. Am Chef des Yukon-Konzerns, Chodorkowski, wurde bekanntlich ein Exempel statuiert. Es soll nun schon 111 Milliarden in Rußland geben.



Öl- und Gasförderanlage Nowy Urengoi

Im letzten Jahrzehnt wurde die Zentralmacht Zug um Zug gestärkt. Eine Anzahl Regional-Gouverneure wurde durch Putins Gefolgsleute ausgewechselt. Die Erträge aus 10 – 15 % des BIP fließen direkt als finanzielles Rückgrat in den Kreml. Eine undurchsichtige Rolle spielt Tschetscheniens Präsident Kadyrow, der über eine Privatarmee verfügt. Auch der Geheimdienst FSB hat eine starke Stellung, wie auch der Chef der Rüstungswirtschaft, Tschenresow, und das Militär.

Soweit demokratische Strukturen überhaupt noch vorhanden sind, werden sie mehr und mehr abgebaut und Wahlen werden zur Farce. Oppositionelle, die sich zu weit vorwagen, werden verfolgt und mundtot gemacht oder sogar umgebracht, von wem auch immer. Seit den Massenprotesten im Winter 2011 / 2012 scheint wenig Bewegung vorhanden zu sein. Entscheidend wird sein, ob die karge Existenzgrundlage für die Masse der Bevölkerung auch in der Krise weiterhin gewährleistet werden kann. Es gibt keine Anhaltspunkte für ein Wiederaufleben einer sozialistischen Arbeiterbewegung oder marxistischer Ansätze. Sie würden wohl schon im Entstehen unterdrückt. Selbst die barbarischen Zustände in der Armee sollen weiter bestehen.

Anklänge an den Kalten Krieg

Die Einschnürungspolitik der USA und der anderen NATO-Länder gegen Rußland hatte mit dem Umsturz und dem anschließenden

Bürgerkrieg in der Ukraine einen dramatischen Höhepunkt erreicht. Das militärische Eingreifen Rußlands und die Annexion der Halbinsel Krim nahmen die Westmächte, einschließlich Deutschlands, dann zum Anlass, Wirtschaftssanktionen gegen Moskau zu verhängen. Sie betrafen Handels- und Finanzgeschäfte sowie Einreiseverbote.

Mit einem Warenaustausch in Höhe von 330 Milliarden € ist die Europäische Union der wichtigste Handelspartner Rußlands. Bedeutet das für die EU nur ein Prozent der Wirtschaftsleistung, so sind es für Rußland immerhin 15 % des BIP. Mit einem Volumen von 76 Milliarden Euro und mit 300.000 Jobs sind über 6.000 deutsche Unternehmen von den Sanktionen betroffen. Deutschland bezieht 39 % seiner Gaslieferungen aus Rußland, die EU 25 % ihres Verbrauchs. Beim Erdöl deckt Deutschland 39 % seines Bedarfs aus Rußland; 31 % sind es bei der EU. Bis jetzt sind die Energie- und Rohstofflieferungen von den Sanktionen nicht berührt; umso mehr ist es der technische Sektor. Die Gegensanktionen treffen auch die deutsche Landwirtschaft. Manche Geschäftsbeziehungen drohen für immer verlorenzugehen. Der Siemens-Konzern hat gerade die Hälfte eines Ein-Milliarden-Auftrags eingebüßt. Die Schädigung ist beidseitig, doch trifft sie Rußland wesentlich härter. Es geht vor allem um den russischen Nachholbedarf an moderner Technologie, um Maschinen und Chemieprodukte. Kurzfristig hilft da auch keine stärkere Zuwendung zu dem BRICS-Block und auch nicht die

Bildung einer „Eurasischen Union“, in der Rußland, Kasachstan, Belarus, Armenien und Kirgistan eine Zollunion eingehen sollen, zumal Weißrußland in der Vergangenheit keine guten wirtschaftlichen Erfahrungen mit Moskau gemacht hat.

Zu den Sanktionen kam der rasante Absturz des Ölpreises am Weltmarkt, der Rußland ins Mark traf. Ob die „Fracking-Konjunktur“ in den USA als Hauptursache gelten kann, ist schwer zu durchschauen. Der Ölpreis als politische Waffe? – Welch ein „Zufall“, dass gerade jene Länder Hauptbetroffene sind, die mit dem amerikanischen Imperium im Konflikt liegen. Neben Rußland sind dies Venezuela (mit den Auswirkungen auf Kuba) und andere lateinamerikanische Länder sowie der Iran. Der Ölpreis ist im zweiten Halbjahr 2014 von 115 US-Dollar pro Barrel auf 60 Dollar (Sorte Brent) gefallen.

Rußland, sowieso schon am Rand einer Stagnation, fiel in eine ökonomische und soziale Krise. Eine Kapitalflucht setzte ein. Von in- und ausländischen Anlegern wurden 2014 80 Milliarden Dollar abgezogen und ins Ausland gebracht. Die Kapitalflucht hatte einen Rubelverfall zur Folge. Seit Mitte 2014 ist der Wert des Rubels um ein Drittel gesunken. Der Leitzins schoss auf 17 Prozent hoch. Im Januar stieg die Inflation auf 13 Prozent. Unternehmenspleiten und Inflationsschock bestimmten die missliche Lage. Die Importpreise schossen in die Höhe. Der Schmuggel bekam neue Nahrung. Jetzt soll der riesige Gazprom-Konzern von der EU-Kommission juristisch fertig gemacht werden mit einer Anklage wegen „marktbeherrschender Position“ in den ehemaligen Ostblockländern.

Die Korruption durchzieht alle Ebenen der Gesellschaft. Die Menschen müssen für alle möglichen Anlässe illegale Zahlungen leisten, wie z. B. für angebliche Brandschutzbestimmungen. Es wird geschätzt, dass sich die Bestechungsgelder seit 2005 auf einige 100 Milliarden Dollar verzehnfacht haben.

Der russische Finanzminister bezifferte die Mindereinnahmen aus dem Energiepreisesaster für das letzte Jahr auf 100 Milliarden Dollar. Zusammen mit den Sanktionsschäden wären das etwa sieben Prozent des BIP!

Nationalistische oder internationalistische Außenpolitik?

Wie andere imperialistische Länder auch, vertritt die russische Föderation außenpolitisch, wenn es notwendig erscheint, ihre Interessen mit allen Mitteln, auch mit Krieg und Gewalt. Moskau hat gegen die Tschetschenen einen langen grausamen Krieg geführt, unterstützt das Regime in Syrien und hält dort ihren alten Marinestützpunkt besetzt. Die Waffenlieferungen gehen in alle Welt. Die Begrenzung von Interventionen liegt in der immer noch vorhandenen Schwäche der nachsowjetisch geschrumpften Föderation und in ihrer notwendigen Konzentration auf die Abwehr amerikanischer Eindämmungspolitik. Hat doch Obama öffentlich die Zurückstufung Rußlands auf den Status einer „Regionalmacht“ als eine Hauptaufgabe der USA benannt. Führende Außenpolitiker haben mehrmals in den Vordergrund gestellt, es müsse jedes Aufkommen eines Rivalen zur Weltmacht USA verhindert werden. Das gilt für Rußland und China gleichermaßen. Man kann auch davon ausgehen, dass auch eine zu enge wirtschaftliche Verbindung von Europa und Rußland verhindert werden soll.

Die russische Föderation hält politisch und wirtschaftlich gute Verbindungen zu lateinamerikanischen Staaten mit linken Regierungen, auch mit Ländern, die in Konfrontation zum Westen stehen, wie dem Iran oder Kuba. Das hat aber nichts zu tun mit politischer Gesinnung oder gar internationaler Solidarität, dafür umso mehr mit weltpolitischer Konkurrenz. Beim Erlass der Restschulden Kubas durch Rußland hat wohl auch die Überlegung eine Rolle gespielt, dass das Geld sowieso nicht einzutreiben ist. Andere Gläubigerstaaten wie Japan haben sich ähnlich verhalten. Wie pragmatisch und prinzipienlos Moskaus Außenpolitik mitunter sein kann, lässt sich u.a. an der Unterstützung des „Front National“ ablesen oder am Besuch Putins bei der rechtsradikalen Regierung in Ungarn.

Im Zug des Ukraine-Konflikts hatte Rußland die zuletzt zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim annektiert und militärisch besetzt. Das fand bei



der dortigen russischsprachigen Bevölkerungsmehrheit große Zustimmung. Bei der tatarischen Minderheit stieß die Wiedereingliederung auf Ablehnung. Die Halbinsel im Schwarzen Meer war fast 200 Jahre russisch gewesen und wurde in einem diktatorischen Akt von Chruschtschow einfach seiner Heimatrepublik Ukraine zugeschlagen.

Der Westen hat darüber eine gewaltige Propagandakampagne entfacht und Moskau „Völkerrechtsbruch“ vorgeworfen. Das ist nach der UN-Charta zutreffend und keine Lappalie. Wenn dieser Maßstab aber juristisch nur auf einer Seite Anwendung finden soll, wird die Anprangerung parteiisch und zum politischen Schachzug der NATO-Staaten. Die Geschichte der imperialistischen Länder, besonders der USA, ist voll von gewaltsamen Einmischungen und Interventionen gegenüber anderen Staaten. Man braucht nur an den „big stick“ gegen die lateinamerikanischen Länder zu denken und an die hunderte von Militärstützpunkten in aller Welt. Was ist mit der Folterhöhle Guantanamo, mit der Zerstörung Gazas und der israelischen Behandlung von UN-Resolutionen? Die Kriege der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan, den Irak, Syrien, Libyen, den Jemen usw., die Chaos und Tod hinterließen, sollen wohl schon vergessen sein? Welche Konsequenzen gab es, als die Türkei Nordzypern besetzte?

Ursache und Wirkung sollen nicht verwechselt werden. Der Konflikt um die Krim ist Folge der Infragestellung eines seit 1990 bestehenden Status quo zwischen dem Westen und der

neuen Russländischen Föderation. Nun versuchen die NATO-Staaten, Rußlands Ränder aufzubrechen, dort Truppen und Raketenabwehrsysteme zu stationieren, Flottenmanöver ins Schwarze Meer zu verlegen. Die westlichen Staatsmänner hatten einst Gorbatschow versprochen, keine Expansion der NATO nach Osten vorzunehmen. Diese Zusicherung gebrochen zu haben, kommt einer Kalten Kriegserklärung gleich.

Kommen wir zum Resümee: Ein bekannter Ausspruch, den sich auch manche Linke zu eigen machen, lautet: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“ Wir können dem nicht pauschal zustimmen. Einmal, weil der Hauptfeind immer nur aus der jeweiligen gegenwärtigen Situation heraus zu ermitteln ist. In einer anderen geschichtlichen Phase kann sich die Festlegung dazu wieder ändern. Grundsätzlich sind, der Klassenlage nach, alle Ausbeutergesellschaften Feinde sozialistischer Bestrebungen. Spätestens, wenn sozialistische Bewegungen der herrschenden Klasse gefährlich werden, können diese zu Todfeinden werden. Es gab und gibt existenzbedrohende Ausnahmesituationen, wo es um Leben und Tod geht, wo der Satz dann zur Maxime werden muss. Das war z.B. die antifaschistische Kriegsallianz der Sowjetunion mit den kapitalistischen Westmächten. Damit ist aber immer auch eine Negativseite verbunden, wie die vorübergehende Aufgabe von Teilen des eigenen Selbstverständnisses, wie die der Widersprüche zum bisherigen Handeln und der eigenen weltanschaulichen Propaganda. Beim Hitler-Stalin-Pakt war es die verheerende

Zurückstellung des Antifaschismus beim Kriegsbündnis mit den bürgerlichen Demokraten, die vorübergehende Negierung der Systemfeindschaft. Die Verwirrung und der Schaden in den eigenen Reihen waren groß.

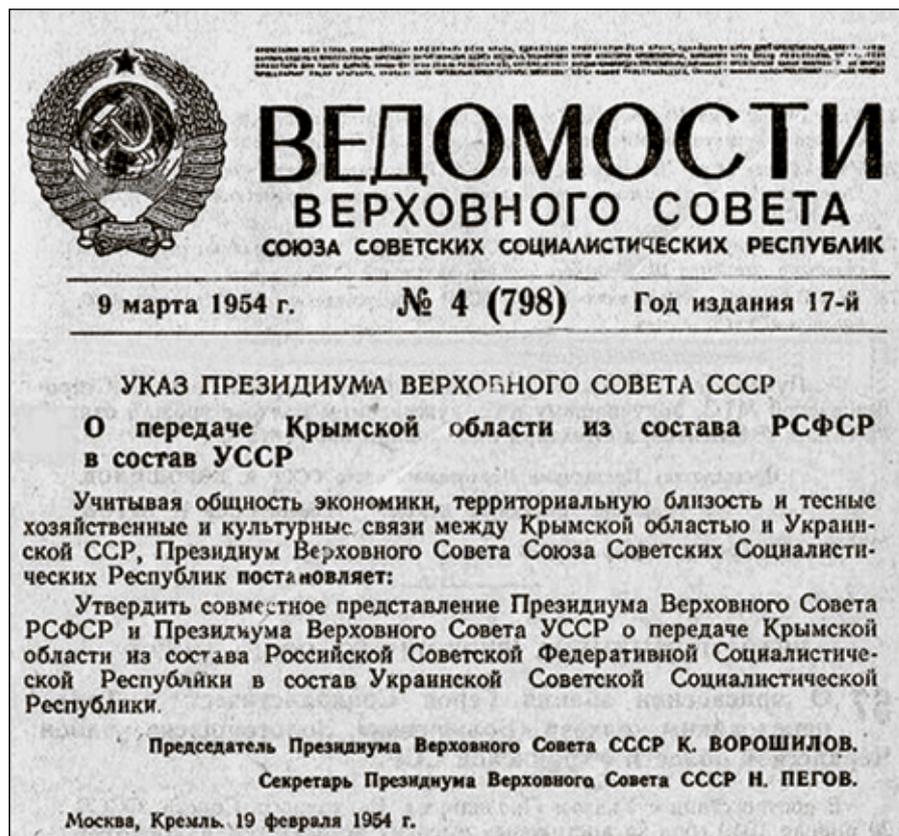
In der Zeitschrift *Theorie und Praxis* (Jan. 2015) des orthodoxen Flügels der DKP wird zur „Solidarität mit Rußland und Putin“ aufgerufen und geschlussfolgert: „Äquidistanz zu Rußland heißt Unterstützung des eigenen Imperialismus.“ Auch die KAZ-Gruppe hat diese Losung übernommen. Wir sind nicht der Meinung, dass die gegenwärtige russische Politik und die vorliegenden Fakten eine so weitgehende Schlussfolgerung zulassen – im Gegenteil, sie schaffen neue Illusionen. Was anderes ist es, Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Lagers auszunutzen. Wir stimmen der Forderung von Willi Gerns (DKP) zu, „zwischen Rußland und den kapitalistischen Hauptmächten zu differenzieren“. Den gegenwärtigen „Hauptfeind“ sieht er „im US-Imperialismus und seinen Verbündeten“. Willi Gerns stellt „die Besonderheiten Rußlands“ heraus und stellt in Frage, ob Rußland „ein imperialistisches Land sei“. Nun, Unterschiede gibt es immer. Wie die Fakten belegen, ist auch Rußland ein kapitalistisches Land und unterliegt den systembedingten Gesetzmäßigkeiten. Es besteht eindeutig eine krasse Klassenherrschaft mit Ausbeutung und Unterdrückung der lohnabhängigen Klassen. Es gibt eine Finanzoligarchie und die Wirtschaft wird von Monopolen beherrscht. Industrie- und Bankkapital verschmelzen immer mehr. Es findet Kapitalexport statt. Die Eigentums- und Pro-

duktionsverhältnisse sind kapitalistisch; sie werden durch das staatliche Machtmonopol garantiert.

Den sozialistischen Linken in Deutschland sollte klar sein, dass ihre Beziehungen zu Rußland keine generelle Festlegung zulassen. Freund oder Feind? – Darüber kann in jeder Phase der Entwicklung nur die konkrete Analyse einer konkreten Situation entscheiden; also die innen- und au-

ßenpolitischen Verhältnisse Rußlands und die politischen Ziele, die das Land gegenwärtig verfolgt.

Zahlen und Angaben stammen aus verschiedenen Quellen. Sollten Ungenauigkeiten oder Unstimmigkeiten aufgetreten sein, so deuten sie doch in etwa die Größenordnung an. Quellen waren: Le monde diplomatique, New Left Review, Russland, Masch Bremen, DLF usw.



Beschluss des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. Unter Nikita Chruschtschow wurde die Krim 1954 an die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik angegliedert. Bild: Wikipedia

Anzeigen

Die Potsdamer Beschlüsse

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Sehen und lesen, was Sache ist:



Beobachter News

Magazin für politische Bewegung im Südwesten




www.beobachternews.de

Die Lage in Griechenland

Syriza zwischen Wünschen und objektiven Möglichkeiten



Am 16. Mai auf unserem Wochenendseminar in München berichtete ein Genosse von Syriza über die Krisenentwicklung in Griechenland und die Politik der nun regierenden Linkspartei. Da wir den Text seines Berichts nicht schriftlich haben, versuchen wir, in der Arsti einiges davon zusammenzufassen.

Im ersten Teil seiner Ausführungen gab der Referent einen Überblick über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Griechenland seit dem I. Weltkrieg.

Der Dachverband der Gewerkschaften wurde im Oktober 1918 gegründet; er stand zeitweise unter starkem Einfluß der Regierung. Der Vorläufer der kommunistischen Partei wurde im November 1918 gegründet.

Als Folge der kriegserischen Auseinandersetzungen mit dem entstehenden türkischen Staat, in denen Griechenland am Ende militärisch unterlag, hatte das Land fast eineinhalb Millionen aus der Türkei Vertriebener aufzunehmen. Sie waren Flüchtlinge, sie waren aber auch offene Menschen, mit Interesse für Kultur, linken Ideen gegenüber aufgeschlossen. Sie entstammten überwiegend dem städtischen Bürgertum und waren eine Bereicherung für das agrarisch geprägte Land.

Immer wieder gab es Verbote, Menschen landeten in den Gefängnissen. Am 1. Mai 1936 fand ein großer Streik der Tabakarbeiter in Saloniki statt. Im August 1936 errichtete Ministerpräsident Joannis Metaxas ein diktatorisches System. Der Einsatz von Spitzeln war so erfolgreich, dass das 2. ZK der KKE durch die Dikta-

tur gelenkt wurde. Im Oktober 1940 forderte das faschistische Italien, das vorher Albanien besetzt hatte, Griechenland zur Kapitulation auf. Metaxas aber sprach dazu sein „historisches Nein“. Die KP forderte daraufhin ihre Mitglieder auf, auf der Seite der Armee zu kämpfen. (Heute sagt die historische Kommission der KKE dazu, das sei Verrat gewesen, da es sich um eine Auseinandersetzung zwischen zwei imperialistischen Staaten gehandelt habe.)

Im April 1941 marschiert dann die deutsche Wehrmacht, gemeinsam mit Italien und Bulgarien, in Griechenland ein. Die griechische Armee hatte kapituliert. Es entstanden bürgerliche wie auch kommunistische Widerstandsbewegungen, sowie deren Befreiungsarmee ELAS. Sie hielt die Nazis gegen die Sowjetunion auf, störte die Nachschubwege in Ägypten; die Sprengung der Eisenbahnbrücke gilt als nationale Heldentat.

Die KP gilt daher in Griechenland bis heute als „heilig“: Sie waren immer Opfer, nie Täter.

Der Fehler aller KP's auf dem Balkan war aber: Sie haben die nationalen Interessen mit den Interessen der SU gleichgesetzt.

Der Beginn des Bürgerkriegs (1944-49): Im Oktober 1944 gab es

keine Machtübernahme der KP. Die Partisanen liefern die Waffen ab und gehen in die Berge. Die Briten bringen bürgerliche Exilanten zurück; im Dezember 1944 greifen die Briten gegen die Kommunisten ein; es kommt zu Verfolgungen. Am 1. August kommt der Führer der KP aus Dachau zurück; er bringt den Hass zurück. Seine Parole, angelehnt an China, lautet: „Der Kampf geht vom Land aus, nicht von den Städten.“

1946 finden halbwegs freie Wahlen statt; die KP ruft zum Boykott auf. Es herrschte Wahlpflicht, die Folge war, dass sie die eigenen Anhänger der Verfolgung aussetzte!

1949 erfolgte die endgültige Niederlage im Bürgerkrieg; die Partei war bis 1974 verboten. Die Anhänger landeten in KZ's oder in der Verbannung. Viele gingen z. B. nach Bulgarien, Polen, in die SU (Taschkent). Der Führer wurde 1973 in Sibirien aufgehängt.

In dieser Zeit entstand auch die Spaltung in KKE-Inland und KKE-Ausland.

Die Politik der KP war immer von der inneren Entwicklung in der SU abhängig, auch als 1956 Chruschchow an die Macht kam.

Es wurde die „Einheitliche demokratische Linke“ (EDA) gegründet. Sie war eine legale Partei, in der sehr viele Kommunisten aktiv waren. 1958 war sie die stärkste Partei. Aus Angst vor einem Wahlsieg der Linken kam es 1967 zum Militärputsch der Armee und in der Folge zu brutalen Unterdrückungsmaßnahmen. Ein Aufstand



an der Technischen Universität im November 1973 weichte das Regime auf; der Fehlschlag des Putschversuchs auf Zypern 1974 führte zum Zusammenbruch der Militärdiktatur.

Die KKE wurde wieder legal; es gab eine große Öffnung (wie auch schon 1966/67). Sie feierte große Erfolge. 1978 erfolgte die Vereinigung von KKE-I und KKE-A: „Synaspismos“. Dann aber erfolgte der Marsch in die Isolation: Die eigenen Leute wurden aus den Gewerkschaften zurückgezogen, eigene Gewerkschaften wurden gegründet.

Eine der Auswirkungen davon war die Gründung von Syriza. Auch aufgrund der kapitalistischen Krise von 2008 konnte sich dieses Bündnis von 4,5 % 2009 auf 36 % heute steigern.

In der sich anschließenden Diskussion tauchte die Frage auf, wer die Anhänger der Kommunisten waren. Es waren 90 % der Bauarbeiter, es waren manche Flüchtlinge aus Kleinasien, die in den Vororten von Athen lebten, gebildet, aber verarmt, offen für den Marxismus. Ferner waren es viele Angestellte im Handel; es gab dort eine eigene kommunistische Gewerkschaft. Bei den Hafendarbeitern, die es heute kaum mehr gibt, waren sie stark. Auch auf einigen Inseln sind sie bis heute stark verankert, wie etwa auf Ikaria, Samos und Lesbos.

Die Frage, ob man die heutige KKE als stalinistisch oder etwa trotzkistisch bezeichnen könne, wurde so beantwortet: Sie verhalte sich wie die MG; sie vertritt die „reine Lehre“, d. h., sie macht nichts, um nichts falsch zu machen.

Die anarchistische Bewegung (17. November) habe in letzter Zeit viele Sympathien verloren. Es stellten sich manche die Frage, ob der Schwarze Block teilweise von der Polizei unterwandert sei. Der Hungerstreik wurde als größtes Problem der neuen Regierung bezeichnet; nämlich offen zu sein und trotzdem nicht erpressbar.

Die KKE warte darauf, dass Syriza scheitert: „Es gibt keine Alternative zum Sozialismus; der Kapitalismus ist nicht reformierbar!“

Im zweiten Teil seines Vortrags ging der Referent dann auf die aktuelle Lage in Griechenland ein. Die Situation ist sehr dramatisch: Die Zahl der Arbeitslosen ist innerhalb von 5 Jahren von 5 % auf 27 % gestiegen! 6 Millionen leben mittlerweile unter der

Armutsgrenze. Es gibt im Winter kein Brennmaterial mehr. 300.000 Geschäfte mußten schließen. Die Wirtschaftskraft ist um 25 % zurückgegangen.

Der Wahltermin wurde von der bürgerlichen Regierung vorgezogen, weil sie wusste, dass sie im Mai kein Geld mehr haben würde. Die Wahlen wurden von Syriza mit einem sozialen Programm gewonnen; es gibt kein sozialistisches Regierungsprogramm. Anfangs herrschte große Begeisterung über die neue Regierung, aber: Irgendwann beginnt das Regieren!

Deutsche Medien kann man nicht mehr ernst nehmen (Sie verbreiten nur noch Lügen), die griechischen Medien sind in den Händen der Regierungsgegner.

Die neue Regierung versucht, eigene Versprechen umzusetzen: Die 5 Euro Eigenbeteiligung beim Arztbesuch wurden abgeschafft, ebenso die Rezeptgebühr von 1 Euro. Der Zugang für alle zum Gesundheitswesen soll wieder gewährleistet werden. Für kleine Schuldner von Steuern und Versicherungsbeiträgen gilt die Regelung, dass sie in bis zu 100 Raten zurückgezahlt werden können. Im Gesundheitswesen wurden 4.500 neue Stellen geschaffen. Die kämpfenden Reinigungsfrauen werden auf ihre Stellen zurückkehren können. Die Preiserhöhungen werden zurückgenommen. Von drei infolge der Krise geschlossenen Zuckerfabriken wurde eine wieder in Betrieb genommen; die Bauern freuen sich. Die Humanisierung der Bedingungen in den Haftanstalten wird in Angriff genommen. Der Mindestlohn von 751 Euro wird wieder eingeführt, und zwar in zwei Stufen: zunächst 600, später dann 751 Euro.

Bis zum April hat der Staat 2 Mrd. Mehr Einnahmen erzielt als im Vorjahr.

Für den Konflikt mit der EU und den Institutionen verwendete der Referent das Bild von den zwei Zügen,

die aufeinander zurasen. Die Frage ist: Zieht einer die Notbremse?

Das Dilemma für die Regierung stellt sich folgendermaßen dar: a) Sie wird irgendwann unterschreiben. Das heißt aber, sie wird das Gesicht verlieren! Es wäre fatal für andere linke Projekte. „Wann bekommen wir wieder so eine Chance?“ b) Sie wird nicht unterschreiben; das Ende wäre eine finanzielle Katastrophe für das Land!

Die sich anschließende Diskussion befasste sich zunächst mit der Frage einer Annäherung Griechenlands an die BRICS-Staaten. Die Frage, ob dies eine reelle Alternative darstelle, wurde kontrovers diskutiert.

Zum Bereich Schuldenaudit appellierte der Referent, man solle „nicht unsere Schulden und eure Schulden verquicken!“

Der Spagat für die neue Regierung besteht darin, ihr soziales Rettungsprogramm umzusetzen und gleichzeitig eine Einigung mit den EU-Partnern zu erzielen.

Die Exporte aus der EU nach Griechenland gehen zurück, weil die Exporteure nur noch gegen Vorkasse liefern.

Die Frage, ob nicht der kleine Regierungspartner, die rechtsnationalistische ANEL, ein Problem darstelle, wurde verneint: die ANEL habe sich von Anfang an gegen das EU-Spardiktat gestellt. Eine andere Partei wäre daher nie als Partner in Frage gekommen.

Das allerwichtigste sei, stellte unser Gast heraus, dass das Projekt kein griechisches Projekt bleibt und zu zeigen, dass im Kapitalismus Reformen möglich sind.

Mit anderen Worten: Die griechische Linksregierung will unbedingt so lange durchhalten, bis sie Unterstützung von ähnlichen Bewegungen erhält, die in anderen südeuropäischen Ländern erfolgreich sein werden.



Polizeigewalt gegen Demonstrierende, Februar 2012 in Athen

USA-Kuba-Venezuela: Unterschiedliche Signale – Wohin geht die Reise?

„Jedes erdenkliche Mittel sollte genutzt werden, um das Wirtschaftsleben Kubas zu schwächen (...), um Hunger, Verzweiflung und den Umsturz der Regierung hervorzubringen.“ (aus einem Geheimpapier des US-Außenministeriums vom 6. April 1960)

Die Überraschung hätte nicht größer sein können. Nach mehr als 55 Jahren, nach Jahrzehnten, die geprägt waren von einer Strategie der US-Regierungen, die Wirtschafts-sabotage, Staatsterorismus und Mord beinhaltete, trat am 17. Dezember 2014 der US-Präsident Barack Obama vor die Öffentlichkeit und kündigte die Kehrtwende in der Politik seines Landes gegenüber Kuba an. Er begründete diesen Schritt mit dem Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Blockadepolitik: „Wir können nicht das Gleiche ma-

chen, was wir in den vergangenen fünf Jahrzehnten getan haben, und ein anderes Ergebnis erwarten.“ Hillary Clinton, ehemalige Außenministerin unter Obama und aussichtsreiche Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen 2017, schlug schon einige Zeit vorher in dieselbe Kerbe: „Am Ende meiner Amtszeit habe ich Präsident Obama gebeten, dass er unser Embargo gegenüber Kuba noch einmal überdenkt. Es macht keinen Sinn und behindert unsere Pläne in ganz Lateinamerika.“ Sich vorzustellen, was die US-Lady unter „unsere Pläne“ versteht, erfordert wenig Phantasie. Einen Hinweis lieferte der US-Präsident am 9. März 2015, als er Venezuela zu einem Sicherheitsrisiko für die USA erklärte, venezolanische Gelder in den USA einfrieren ließ und ein Einreiseverbot für bestimmte Funktionsträger der chavistischen Bewegung verhängte. Also einerseits

Deeskalation Kuba betreffend, andererseits eine „diplomatische Kriegserklärung“ (Heinz Bierbaum) gegenüber Kubas engstem Verbündeten. Dazu später mehr. Zeitgleich mit Obamas Rede kündigte Raul Castro am 17. Dezember die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen an und begrüßte die Freilassung der letzten drei Mitglieder der „Cuban Five“, der kubanischen Aufklärer, die seit 16 Jahren in US-Haft waren, als Zeichen des guten Willens seitens der



US-Regierung. Es sollte dann noch fast ein halbes Jahr dauern, bis nach intensiven Verhandlungen konkrete Ergebnisse auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen erreicht wurden. Dazu gehören die Eröffnung eines Kontos bei der Stonegate-Bank in Florida und die Streichung aus dem Verzeichnis der „Schurkenstaaten“, in das Kuba 1982 wegen angeblicher „Verbindungen zum internationalen Terrorismus“ von den USA aufgenommen worden war. Steht noch die Beendigung der 1962 von den USA verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade aus. Nicht zu vergessen, die Rückgabe des seit 1903 besetzten Gebietes in der Bucht von Guantanamo.

Die überraschende Wende im US-kubanischen Verhältnis war der krönende Abschluss des Jahres 2014. Es hatte im Januar mit einem Gip-

feltreffen der Lateinamerikanischen und Karibischen Staatengemeinschaft (CELAC) in Havanna begonnen. Im April setzten Verhandlungen mit der EU ein. Auch das eine neue Entwicklung: Die Außenminister der Niederlande, Frankreichs, Großbritanniens und Spaniens gaben sich in der kubanischen Hauptstadt die Klinke in die Hand. Im März dieses Jahres kam schließlich die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini zu zweitägigen Gesprächen nach

Havanna. Im Mittelpunkt ihres Besuches stand das Bemühen, bis zum Ende des Jahres den Rahmen für ein neues Abkommen mit Kuba zu skizzieren. Dieses Abkommen soll den „Gemeinsame(n) Standpunkt“ von 1996, der 2003 noch einmal verschärft worden ist, ablösen. Er war von der rechtskonservativen Regierung Spaniens durchgesetzt worden und hat seither

die Beziehungen zwischen Kuba und den EU-Staaten vergiftet. Kuba ist der einzige lateinamerikanische Staat, mit dem die EU bislang kein bilaterales Abkommen erarbeitet hat. Bevor jedoch die EU hinsichtlich Kuba neue Fakten schaffen konnte, ging der französische Präsident Hollande in die Offensive. Im Mai 2015 stattete er Kuba als erster westlicher Staatschef einen Besuch ab. Im Tross hatte er Wirtschaftsvertreter. Und so war es nicht überraschend, dass der französische Ölkonzern Total die Erlaubnis erhielt, vor der kubanischen Küste nach Öl zu bohren. Hollande plädierte für ein Ende des US-Embargos und versprach seinen Gesprächspartnern, sich aktiv dafür einzusetzen. Woher aber das plötzliche Interesse an Kuba? Sicher ist es den EU-Mächtigen wie der US-Administration nicht entgangen, dass der Karibikstaat seit

längerem intensive Kontakte zu den BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika unterhält und diese systematisch ausbaut.

Warum ist für Kuba die Orientierung an den BRICS - Staaten von Vorteil?

Für diese Staaten ist bereits jetzt Kuba der wichtigste Standort der Karibik. Um das zu erreichen, hat Kuba einige Vorleistungen erbracht. So wurde ein Containerhafen gebaut, an den eine Sonderwirtschaftszone angegliedert ist, die zum Teil mit brasilianischen Krediten finanziert wird. Auf über 450 Quadratkilometern entstehen Industrieparks für Hochtechnologie und internationale Logistik-, Handels- und Serviceunternehmen. Noch ist nicht viel passiert, aber man bemüht sich vor allem um Investitionen aus den Bereichen Biotechnologie, Pharmaproduktion, erneuerbare Energien, Agrarindustrie etc. Ein entsprechendes Auslandsinvestitionsgesetz ist verabschiedet. Nach Angaben

des Wirtschaftsministers benötigt Kuba jährlich 2 bis 2,5 Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen, um sich entwickeln zu können. Erfolgversprechende Ansätze sind vorhanden. Mit Brasilien wird die Kooperation auf dem Gebiet der Biotechnologie ausgebaut. Beim Besuch von Präsident Wladimir Putin im vergangenen Sommer wurde die frühere kubanisch-sowjetische Freundschaft reaktiviert. 90 Prozent der Altschulden gegenüber der verbliebenen Sowjetunion durfte die kubanische Regierung abschreiben.

Russland wird sich in den kommenden Jahren mit wichtigen Industrieprojekten wie etwa einem Kraftwerk in der Sonderwirtschaftszone einbringen. Hans Modrow: „Kuba ist heute mehr denn je die Pforte zu Latein-

amerika. Das hat Putin sehr wohl verstanden,“ (Hermsdorf, 259). Auch China verfolgt weitreichende Interessen in der Region. Über 200 Milliarden Dollar will man in den kommenden 10 Jahren in Lateinamerika investieren. Der Schwerpunkt der Investitionen liegt auf dem Energiesektor. Aber auch Projekte in der Landwirtschaft, der Industrie und im Bereich der Zukunftstechnologien sollen geplant sein. Dabei spielen der neue Tiefseehafen in Kuba und der in der Planung befindliche Kanal durch Nicaragua eine wichtige Rolle. Der von chinesischen Investoren projektierte Kanal mag unter ökologischen Gesichtspunkten umstritten sein, China sieht das Vorhaben unter geostrategischen Gesichtspunkten. Man möchte



im Konfliktfall nicht mit einem durch die USA gesperrten Panamakanal konfrontiert sein. Wenn sich Anfang Juni die Staatschefs der G7-Staaten (USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada) im bayerischen Elmau unter strengster Abschirmung treffen, repräsentieren sie nicht mehr die sieben größten Volkswirtschaften der Welt. Denn zwischenzeitlich sind auch die BRICS-Staaten zu einem Machtfaktor herangewachsen, der zumindest in ökonomischer Hinsicht dem G7 Block ebenbürtig ist. Waren im Jahr 2000 die G7-Staaten noch mit 45,7 % am Welt-BIP beteiligt und die BRICS-Staaten – damals noch nicht in einem organisierten Verbund – erst mit 15,8 %, kann man 14 Jahre später schon fast von einer Parität sprechen. Der An-

teil der G7 hat sich auf 32,9 % verringert, während die BRICS-Staaten auf 30,9 % aufgeholt haben. (Die Berechnung bezieht sich auf Kaufkraftparitäten.) Obwohl BRICS erst sechs Jahre als organisierter Akteur besteht, werden die gemeinsamen Handlungsinstrumente der – ansonsten recht unterschiedlichen Gesellschaftssysteme – rasch entwickelt. Deutlich erkennbar will man sich vom Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank abnabeln. Am 1. Januar 2016 soll die eigene Entwicklungsbank New Development Bank (NDP) und der BRICS-Währungsfonds starten. Während der IWF die Kreditvergabe u. a. von neoliberalen Struktur-reformen abhängig macht, soll es bei den BRICS-Finanzinstitutionen

keine politischen Bedingungen geben. Konsequenterweise will man sich auch der Willkür der drei US-Rating-agenturen entziehen. Auf dem BRICS-Gipfel im Juli in Russland soll eine eigene Ratingagentur beschlossen werden. Auch China hat vor kurzem eine gegründet. Die BRICS-Staaten wollen, das ist klar ersichtlich, „den Über-

gang zu einem polyzentrischen System einleiten. Das ist der gemeinsame Nenner, der sie über alle Unterschiede hinweg verbindet. Die BRICS sind ein antihegemoniales Projekt.“ (Peter Wahl, *Sozialismus* 5/15, S.14) Im neuesten *isw-Report* wird BRICS wie folgt bewertet: „Der gesellschaftliche Stellenwert von BRICS dürfte gegenwärtig vor allem darin bestehen, dass es durch seine Existenz und ökonomischen Potenzen Spielräume eröffnet für Länder und Staatengemeinschaften, die das Ziel haben, den Kapitalismus zu überwinden, derzeit vor allem in Lateinamerika.“ (Fred Schmid, *isw-Report* Nr.100/101, S.58) Sich da anzudocken, bietet für Kuba die Chance, sich nicht alternativlos den Gesetzmäßigkeiten eines neoliberalen, kapitalistischen Weltmarktes unterwerfen zu müssen.

Wo steht Kuba heute?

Kuba ist das einzige Land in Amerika, das nach einer Revolution die Grundlage für die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung geschaffen hat und Sozialismus als Ziel weiterhin verfolgt. Unter Führung von Fidel Castro, der elf US-Präsidenten und zahllose Attentatsversuche der CIA überlebt hat, und dem Venezolaner Hugo Chavez, wurden erfolgreiche Integrationsprozesse initiiert und entwickelt. Die hegemoniale Rolle der USA ist geschwächt. In vielen Ländern der Welt ist medizinisches Personal aus Kuba im Einsatz, so z. B. in den von Ebola betroffenen Ländern Westafrikas. Tausende Medizinstudent*innen aus allen Kontinenten werden für den Dienst in den Heimatländern ausgebildet. In Kuba wurde ein Alphabetisierungsprogramm entwickelt, durch das Millionen Menschen in Lateinamerika lesen und schreiben lernen. Die kubanische Regierung trägt entscheidend dazu bei, den letzten bewaffneten Konflikt auf dem Kontinent durch Verhandlungen in Havanna zu lösen. Trotz dieser hervorragenden Bilanz kann sich die kubanische Staats- und Parteiführung nicht selbstgefällig zurücklehnen. Das Problem ist ein Wirtschaftssystem, das den aktuellen Anforderungen nicht mehr gerecht wird.

Was unternimmt Kuba, um ein effizienteres Wirtschaftssystem zu entwickeln?

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Europa war Kuba in einer Falle, aus der kaum ein Entrinnen möglich war. Innerhalb weniger Tage war das Bruttosozialprodukt um 35 Prozent eingebrochen. Niemand hätte nach dem Ende der Sowjetunion für „das Überleben der kubanischen Revolution auch nur einen Pfifferling gegeben“, sagte Fidel Castro selbst seinem Biografen Ignacio Ramonet. Die ökonomische Situation verschärfte sich dermaßen, dass 80 Prozent der Industrieanlagen stillstanden. Die Zuckerproduktion brach um die Hälfte ein. Die Importe fielen innerhalb von drei Jahren von 8,1 Milliarden Dollar auf 2,2 Milliarden.

Für die folgenden Jahre standen Probleme des Überlebenskampfes im Vordergrund. Schnelle Maßnahmen waren gefragt. Strukturelle Disparitäten konnten deswegen nicht angegangen werden. Subjektive Schwächen und Fehler kamen erschwerend hinzu. Es war die kubanische Führung selbst, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf schonungslose Analyse drängte. „Entweder wir ändern uns, oder wir gehen unter.“ (Raul Castro). Inzwischen war die dunkelste Phase der Spezialperiode überwunden, und die Linksentwicklung in Ländern wie Venezuela, Bolivien und Ecuador verschaffte Kuba einen größeren Spielraum.

Die notwendigen Veränderungen wurden im Rahmen der vom 6. Parteitag der kubanischen KP 2011 verabschiedeten 313 Leitlinien in Angriff genommen. Seither wird



experimentiert, ausgewertet, gegeneinander abgewogen. In Kuba wird dieser Prozess mit dem Begriff Aktualisierung bezeichnet. Er impliziert nicht zuletzt weniger Gängelung und Einengung, mehr Eigeninitiative. Ein Schwerpunkt ist die Landwirtschaft. Wenn 60 Prozent oder mehr der Nahrungsmittel importiert werden müssen und gleichzeitig ein Drittel der nutzbaren Fläche brachliegt, liegt der Fehler im System. Um die Lebensmittelproduktion anzukurbeln hat Kuba seit dem Jahr 2008 mehr als 1,7 Millionen Hektar Ackerland an über 200.000 Kleinbauern übergeben. Diese bewirtschaften inzwischen gut 27 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und stellen mehr als die Hälfte der Mitgliedschaft in der Kleinbauernvereinigung ANAP, die heute 378.000 kubanische Landwirte

und Angehörige von Agrargenossenschaften vereinigt. Stark gefördert wird auch die urbane und suburbane Landwirtschaft, die ökologisch betrieben wird. In dieser Sparte sind bisher 300 000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Unterstützt wird sie von 4000 Arbeitsgruppen in den Schulen.

Da die staatlichen Betriebe in der Regel personell stark überbesetzt sind, sieht die Aktualisierung vor, ca. eine Million Staatsangestellte in den nichtstaatlichen Bereich auszugliedern. Bis 2016 sollen es insgesamt 40 Prozent der Arbeitsplätze sein. Da es 2013 erst 9 Prozent waren, wird das Ziel nicht erreicht werden. Für diesen neugeschaffenen Privatsektor wurden über 200 Berufe zugelassen. Lizenzen für *Cuentapropistas* (Beschäftigte auf eigene Rechnung) betreffen hauptsächlich den Dienstleistungsbereich. „In Havanna vermehren sich

die neuen Gastronomiebetriebe (*paladares*) explosionsartig, so dass die Habaneros den alten Revolutionsspruch ‚in jedem Häuserblock ein Komitee‘ kurzum in ‚in jedem Block drei Cafeterien‘ abwandeln.“ (Sarah Ganter, 94) Im Herbst 2014 sollen bereits etwa 480 000 *Cuentapropistas* registriert gewesen sein. Die Freisetzungsjahre wird von manchen – vorwiegend ausländischen – Kubanologen mit Argwohn betrachtet. Findet da etwa eine Abkehr vom Sozialismus statt? Die Beantwortung der Frage muss die ersten Jahre nach der Revolution mit einbeziehen. Damals gab es Teile des

Kleinbürgertums, die der Revolution wenig abgewinnen konnten und in Zusammenarbeit mit Exilkubanern konterrevolutionäre Aktivitäten unterstützten. Mit der Verstaatlichung der Kleinbetriebe wollte man diesen Kräften die materielle Grundlage entziehen. Im Laufe der Jahre musste der Staat immer mehr Subventionen für diese nunmehr staatlichen, zumeist Dienstleistungsbetriebe, aufwenden. Im Vorfeld des 6. Parteitages wurde an der Basis breit diskutiert, ob es nicht sinnvoller wäre, einen Teil des Dienstleistungssektors aus der staatlichen Obhut herauszunehmen. Aber wäre das nicht ein Rückschritt? Tobias Kriele begründet es so: „Es hat in Kuba nie einen vollendeten Sozialismus gegeben, Kuba befindet sich vielmehr seit Jahrzehnten in einem Übergangszustand. Das hat die kubanische KP schon

vor der Sonderperiode festgestellt, und jetzt, nach 20 Jahren Sonderperiode und nach dem Aktualisierungsprozess, kann man noch viel weniger von einem Sozialismus in Reinform sprechen.“ In den westlichen Medien haben Maßnahmen wie die Ermöglichung des Kaufs von Neu- und Gebrauchtwagen und Erleichterungen beim Bau, Kauf und Verkauf von Immobilien für Schlagzeilen gesorgt. Allein die beiden letztgenannten Maßnahmen sind ambivalent. Eigentlich will man ja keine überbordende Automobilität, und auch Immobilienhandel ist dem kubanischen Sozialismus wesensfremd. Aber wie unter den gegebenen Umständen die Probleme anders lösen? Das Motto lautet: Suchend schreiten wir voran. Nicht angetastet werden soll das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln. In manchen Bereichen verschärft sich die Situation trotz oder wegen der Aktualisierung. Im Bildungsbereich verlassen zu viele Beschäftigte ihre bisherige Arbeitsstätte, um als Cuentapropistas einen deutlich höheren Lebensstandard zu erreichen. Die Lücken, die sie hinterlassen, können kurzfristig nicht geschlossen werden, schaffen damit neue Probleme. Es sind also nicht nur überzählige Beschäftigte, die in den privaten Bereich abwandern.

Kein Brot ohne Libreta – Für einen gedeihlichen und nachhaltigen Sozialismus



Jose Luis Rodriguez war von 1995 bis 2009 kubanischer Wirtschaftsminister. Derzeit analysiert er den aktuellen Transformationsprozess der kubanischen Ökonomie als Berater des in Havanna ansässigen Zentrums für die Erforschung der Weltwirtschaft (Centro de Investigaciones de la Economía Mundial – CIEM). In einem Interview mit der mexikani-

schen Zeitung Jornada wies er auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des ökonomischen Veränderungsprozesses hin: „Man darf nicht aus den Augen verlieren, dass nach vielen Jahren der Sonderperiode die Erwartungen der Bevölkerung zahlreich und in vielen Fällen sehr intensiv sind. Trotzdem ist das Ausmaß der Veränderungen, die für das Funktionieren der Wirtschaft erforderlich sind, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, von großem Umfang und großer Komplexität. Es geht außerdem darum, Maßnahmen einzuführen, bezüglich derer es in unserem Umfeld bisher keine Erfahrungen gibt, weshalb man Zeit braucht, um sie auszuprobieren und zu bewerten und dabei nicht nur ihre ökonomische sondern auch ihre soziopolitische Wirkung zu betrachten, und dies angesichts der großen Bedeutung der subjektiven Faktoren innerhalb dieses Prozesses.“

Eine der größten Herausforderungen wird die Neuregelung des gesamten Finanzsystems mit der angekündigten Abschaffung der doppelten Währung bis etwa 2017. Ob der gesetzte Zeitrahmen realistisch ist, wird sich zeigen. Ziel ist wieder eine einheitliche Währung zu haben, die gegen andere Währungen getauscht werden kann. Unter den Bedingungen der Sonderperiode war 1994 neben dem kubanischen Peso (CUP) der konvertierbare Peso (CUC), dessen Wert an den US-Dollar gekoppelt ist, eingeführt worden. Durch die zwei Parallelwährungen verkomplizierten sich die Haushaltsführung und die Statistiken, sodass sich die reale wirtschaftliche Situation des Landes nur schwer beziffern lässt.

Eines der zentralen Probleme ist die niedrige Arbeitsproduktivität, die mit extrem niedrigen Löhnen einhergeht und die Arbeitsmoral entsprechend beeinträchtigt. 2010 lagen die Reallöhne immer noch 73 Prozent unter denen von 1989. Für uns kaum vorstellbar: Der Durchschnittslohn liegt bei umgerechnet 22 Dollar im Monat. Eine Lösung ist hier ohne erhebliche Produktivitätssteigerung nicht denkbar. Die ist aber auf die Schnelle nicht zu haben.

Wird's ein Marktsozialismus?

Der vorher zitierte ehemalige Wirtschaftsminister Rodriguez di-

stanzierte sich von den Reformen, „die im Namen einer vorgeblichen Perfektionierung des Sozialismus in Europa am Ende zu seinem Verschwinden geführt haben“. Ziel sei gerade nicht ein Marktsozialismus, wie nicht wenige Beobachter des kubanischen Reformprozesses unterstellen. „Die Geschichte hat gezeigt, dass vom Marktsozialismus letztlich nur der Markt ohne Sozialismus geblieben ist.“

Welche Dynamik der kubanische Prozess der Aktualisierung auslösen wird, und ob die Entwicklung letztlich so steuerbar ist, wie es der Absicht der kubanischen Führung entspricht, kann heute niemand vorsehen. Vor allem der US-Imperialismus wird auch in Zukunft mit allen Mitteln versuchen, den Vorbildcharakter der kubanischen Revolution zu unterminieren. Eine neue Generation der Nachgeborenen, die die vorrevolutionären Verhältnisse auf Kuba nicht mehr erlebt haben, wird zeigen müssen, ob sie an den Prinzipien einer solidarischen Gesellschaft festhalten will.

Kuba hat inzwischen trotz des Untergangs des sozialistischen Lagers wieder viele Freunde in der Welt. Sollte es jedoch den imperialistischen Kräften gelingen, sei es durch Wahlen oder durch einen Putsch, die gesellschaftliche Entwicklung in Venezuela abzuwürgen, wäre das auch für Kuba und die progressiven Bewegungen in Lateinamerika ein deutlicher Rückschlag.

In den bürgerlichen Medien kann man oft hören oder lesen, die kubanische Regierung sei gar nicht so unglücklich über die seit über 50 Jahren andauernde US-Wirtschaftsblockade, weil man dadurch gegenüber der eigenen Bevölkerung von hausgemachten Fehlern ablenken könne. Das ist nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Aber entscheidender ist ein anderer Aspekt. Zu sehr wurde und wird die kubanische Wirtschaft durch diese Blockade geknebelt und in ihrer Weiterentwicklung behindert. Juan Carlos Marsan, kubanischer Botschafter in Wien, konkretisierte einmal die Auswirkungen an folgendem Beispiel: „Die (kubanischen) Flugzeuge, die in Santo Domingo landen, können nicht mehr aufgetankt werden, weil Shell dort das Monopol hat und uns diesen Service nicht mehr geben darf. Das ist unsere Realität.“ (lateinamerika anders,

2/2014) Ob nach dem Treffen der Präsidenten Obama und Castro im April in Panama mit ersten Schritten der Aufweichung dieser Sanktionen begonnen wird, ist im Interesse Kubas zu hoffen. Es hängt auch von der weiteren politischen Entwicklung in den USA ab.

Tritt für die USA Venezuela an die Stelle Kubas?

Der engste Verbündete Kubas ist seit der Regierungsübernahme durch Hugo Chavez 1999, Venezuela. Diese Allianz zu zerbrechen, hat für den US-Imperialismus in Lateinamerika Priorität. Um dieses Ziel zeitnah zu erreichen, schließt die US-Regierung kein Mittel aus.

Dass die venezolanische Regierung immer auch mit einem Militärputsch rechnen muss, zeigte sich zuletzt im Februar dieses Jahres, als ein Dutzend Luftwaffenoffiziere festgenommen wurde. Regierungstreue junge Offiziere hatten von einem Umsturzplan erfahren und die Informationen weitergegeben. Was war geplant? Ein Flugzeug der Luftwaffe sollte das Regierungsgebäude im Zentrum von Caracas bombardieren. Ebenso sollten regierungsnahen Medien wie der Fernsehsender Telesur angegriffen und ausgeschaltet werden. Danach sollte ein Brigadegeneral über eine Videobotschaft bekanntgeben, die Streitkräfte hätten sich gegen Präsident Maduro erhoben. Was die Finanzierung des Putsches betrifft, konnten Spuren nach Miami nachgewiesen werden. Auch die US-Botschaft in Caracas hatte ihre Finger im Spiel. Dass an dem Komplott der Bürgermeister des Großraums Caracas, Antonio Ledezma, beteiligt war, kann nicht verwundern. Wo immer militant gegen die Regierung vorgegangen wird, ist Ledezma an führender Stelle beteiligt. (dazu auch: *ARSTI* Nr.184)

Venezuelas Trio Infernale: Lopez, Machado, Ledezma

Die Aufdeckung des Komplotts, die Verhaftung der Verantwortlichen durch die Sicherheitskräfte und die Vorwürfe von Präsident Maduro in Richtung USA, führten in den fol-

genden Wochen zu einer Kette von Reaktionen durch US-Präsident Obama, der am 9. März die Ereignisse in Venezuela zur „außergewöhnlichen Bedrohung der nationalen Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten“ erklärte. Er stellte damit Vene-



Von links nach rechts: Machado, Ledezma, Lopez

zuela in eine Reihe mit Staaten wie Iran, Nordkorea und Russland. Eines hatte jedoch Obama nicht bedacht: Lateinamerika 2015, das ist nicht mehr wie in den 70ern des letzten Jahrhunderts, als diverse Militärdiktaturen als verlängerter Arm der USA zu jeder Form von Unterwerfung bereit waren. Venezuela kann nicht nur mit der Solidarität der lateinamerikanischen Linken rechnen. Offiziell – diese Einschränkung ist erforderlich – unterstützt keine einzige Regierung südlich des Rio Grande das Vorgehen der USA gegen Venezuela. Die 2008 gegründete Union südamerikanischer Staaten (UNASUR) sprach sich gegen äußere Einmischung aus. Auch die seit 2011 existierende Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (CELAC) verwehrte sich gegen US-Sanktionen. Nicht einmal die ehemals US-dominierte Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) konnte sich für Obamas Vorgehensweise erwärmen: Ausdruck eines geänderten Kräfteverhältnisses auf dem Kontinent. In diesem Zusammenhang zeigt sich wieder einmal, wie weitsichtig das Bemühen von Fidel Castro und Hugo Chavez war, den Integrationsprozess auf dem Subkontinent voranzutreiben und ihn nicht nur auf die fortschrittlichsten Länder zu beschränken. Bei allem Optimismus darf aber nicht vergessen werden: Die USA verfügen immer noch über 19 Militärstützpunkte in zehn Ländern des Subkontinents, einer davon, Guantanamo, auf Kuba.

Nun ist aber ein Militärputsch nur eine Variante, um eine fortschrittliche Regierung in die Knie zu zwingen. Etwas zeitaufwendiger, aber möglicherweise noch gefährlicher, ist ein Wirtschaftskrieg. Venezuela ist es bisher nicht gelungen, die Abhängigkeit

vom Ölexport zu verringern. Ganz im Gegenteil. Seit 1999, dem Jahr der Regierungsübernahme durch Hugo Chavez, bis 2013 stieg der Anteil der aus dem Erdöllexport verfügbaren Devisen von 70 auf 95 Prozent. Der Haushalt soll auf der Grundlage von 120 US-Dollar pro Barrel kalkuliert sein. Ende Juni 2014 war der Stand bei etwa 110 US-Dollar. Bis Ende November waren es noch 74 US-Dollar. Aktuell (April 2015) liegt er zwischen 40 und 60 US-Dollar. In früheren Zeiten war es die OPEC, die einen Preisverfall mit der Drosselung der Fördermengen beantwortete. Doch die OPEC ist inzwischen gespalten. Die reichen Golfstaaten, Saudi Arabien, Kuwait, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate verhindern die Drosselung. Im Bündnis mit den USA sehen sie die Möglichkeit, einen unliebsamen Gegner wie den Iran, aber auch Venezuela und Russland, mit der Ölpreiswaffe zu schwächen. Um dieses Ziel zu erreichen, nimmt die US-Administration sogar erhebliche Einbußen bei den eigenen Schieferölproduzenten in Kauf.

Gegen die venezolanische Regierung wird auch ein Zermürbungskrieg geführt, hinter dem einflussreiche Teile der Bourgeoisie stehen. Zwar haben sich die Regierungen unter Chavez und Maduro bemüht, den staatlichen Sektor auszuweiten. Sie konnten jedoch nicht verhindern, dass der private Sektor sogar mehr als der staatliche profitiert hat. Die vorliegenden Zahlen sind zwar nicht mehr ganz aktuell, aber in der

Tendenz dürfte sich der Trend nicht wesentlich geändert haben. Laut einer Studie ist „der private Finanzsektor 2004 um 37,9 Prozent, 2005 um 34,6 Prozent und 2006 um 39,2 Prozent gewachsen, während der öffentliche Sektor (alle Bereiche zusammen) 2004 nur um 12,5 Prozent, 2005 um 4,1 Prozent und 2006 um 2,9 Prozent zugenommen hat“. (Eric Toussaint, 160). Worauf ist das zurückzuführen? Toussaint begründet es mit den sozialen Errungenschaften der chavistischen Regierungen. Durch den Rückgang der Armut, der Steigerung im Bildungsniveau und weitere Errungenschaften sei der Massenkonsum gewachsen, davon profitiere der kapitalistische Sektor, der den Bankensektor, den Handel und die Nahrungsmittelindustrie dominiert. „Das zusätzliche Geld, das bei der Bevölkerung ankommt und aus den Ausgaben des Staates stammt, landet schließlich im Portemonnaie der Kapitalisten, denn die Individuen (aber auch die Kooperativen, die kommunalen Räte, die Stadtverwaltungen und viele öffentliche Einheiten) legen ihr Geld bei den kapitalistischen Banken an.“ Den venezolanischen Markt beherrschen daneben nach wie vor die privaten Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie, die Importunternehmen, die großen Supermarktketten und andere. Sie befinden darüber, ob genügend Produkte des täglichen Gebrauchs vorhanden sind. Sie können diese in die Regale stellen oder zurückhalten. Sie können sie aber auch nach Kolumbien verschieben, wo höhere Preise zu erzielen sind. Weitere Beispiele ließen sich anführen. Die Bevölkerung soll so mürbe gemacht werden. Es wird von den privaten Medienkonzernen die Botschaft ausgegeben, dass die Regierung unfähig sei, die Bevölkerung mit den Grundbedarfsartikeln zu versorgen.

Sorgen bereitet den Regierenden auch die inzwischen extrem hohe Inflationsquote von 68 Prozent (Ende 2014). Diese schmälert vor allem die Kaufkraft der unteren Schichten. In der PSUV (*Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas*) gibt es über Maßnahmen zur Verringerung der Inflation hitzige Debatten. Unter anderem verlangen Ökonomen eine deutliche Abwertung des Bolivar, um einen realistischen Wechselkurs zu erreichen. Aktuell existieren vier Wechselkurse: drei offizielle in ei-

nem Dollar/Bolivar-Verhältnis von 1:6, 1:12 und 1:etwa 185 und ein Schwarzmarktkurs, der noch deutlich höher ist. Ein ganz heißes Eisen ist die Forderung nach Abbau der Benzinsubventionen. Sie binden laut Regierungsangaben jährlich 12,5 Milliarden US-Dollar. Gelder, die anderswo sinnvoller eingesetzt werden könnten. In Venezuela soll der Liter Benzin nur zwei Eurocent kosten und damit billiger als Mineralwasser sein. Für Heinz Bierbaum, der Venezuela mit dem Rücken zur Wand sieht, ist das entscheidende Dilemma, dass es auch den bolivariischen Regierungen bisher nicht gelungen ist, „die Transformation einer auf Erdölrendite basierenden Wirtschaft, bei der nahezu alles importiert und wenig produziert wird“, einen Schritt weiter zu bringen. (vgl. *Sozialismus*, 4-2015, S.58ff.) Kostbare Zeit ist verstrichen. Es wird eng.

Maduro hatte bei seiner Wahl zum Präsidenten nur einen knappen Vorsprung. Wenn im Herbst Parlamentswahlen sind, könnte es für das Regierungslager schwierig werden. Allerdings profitiert es von einem Wahlsystem, das Ähnlichkeiten mit dem der USA aufweist. Es zählen nämlich die gewonnenen Bundesstaaten. Die Stärke der Chavisten liegt im ländlichen Bereich. Und so ist es nicht ausgeschlossen, dass die Opposition, die 30 Parteien der Mesa de la Unidad Democrática (MUD), die vor allem der Hass auf die Chavistas verbindet, die Mehrheit der Stimmen bekommt, die Regierungsparteien aber die Wahl gewinnen. Zu den schon bisher nicht gerade optimistisch stimmenden Meldungen aus Venezuela, kam zuletzt noch die Nachricht, die PSUV sehe sich mit der ersten Abspaltung seit der Gründung 2008 konfrontiert. Und zwar habe die Parteiströmung *Marea Socialista* (*Sozialistische Flut*) angekündigt, mit eigenen Listen bei der Parlamentswahl anzutreten. Die Strömung kritisiert undemokratische Strukturen der PSUV, diverse Fehlentwicklungen und Korruption in größerem Ausmaß. Die Partei habe deshalb ein Glaubwürdigkeitsproblem, das bei den Wahlen als Risikofaktor nicht zu unterschätzen sei. Der linke chilenische Soziologe Tomas Moulian äußerte sich im Oktober 2014 zu Venezuelas Perspek-

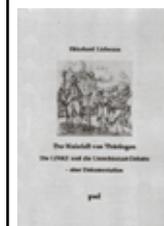
tiven pessimistisch: „Venezuela erinnert mich sehr an die Zeit der *Unidad Popular* in Chile, und das erschreckt mich. Der Klassenkampf ist hart, das Land extrem polarisiert, Maduro hat es mit einer brutalen Opposition zu tun. In Venezuela muss man das Schlimmste befürchten. Ich habe Angst, dass dort ein neues Chile entsteht.“ Auch wenn es nicht so schlimm kommen sollte, es steht nicht gut um das Erbe von Hugo Chavez. Das darf aber nicht das letzte Wort sein. Selbst wenn Venezuela einen politischen Rückschlag erleiden sollte. Der Funke aus Lateinamerika ist auf Europa übergesprungen. Die linke Regierung in Griechenland führt einen verzweifelten Kampf und versucht sich zu halten bis eventuell ein neuer Impuls aus Spanien unterstützend dazukommt. Die Regional- und Kommunalwahlen von Ende Mai geben Hoffnung. Im Herbst wird sich dann zeigen, ob neben Griechenland auch Spanien gegen neoliberale Austeritätspolitik Front macht. Mehr ist derzeit nicht möglich.

hd, 30. Mai 2015

Anzeige

Ekkehard Lieberam

Der Kniefall von Thüringen Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte



25 Jahre nach der Wende hat sich die Partei Die Linke den politisch-moralischen Kampf begriffen der Sieger im Kalten Krieg gegen den Realsozialismus unterworfen. Die vier Vertreter der LINKE in den Sondierungsgesprächen über eine Regierungskoalition in Thüringen haben am 23. September 2014 sowohl der Kriminalisierung der DDR als „Unrechtsstaat“ als auch den Forderungen von Bündnisgrünen und SPD, nun mit dessen „Aufarbeitung“ so richtig loszulegen, zugestimmt.

72 Seiten, 5.- Euro, Staffelpreise bei Direktbestellung: ab 5 Expl. 4.50/ab 10 Expl. 4.- Euro
pad-Verlag, Am Schlehdorn 6
59192 Bergkamen, pad-verlag@gmx.net

Bremen hat gewählt – zur Hälfte

Eine kritische Nachbetrachtung zur Bürgerschaftswahl am 10. Mai 2015

Noch bis kurz vor der Wahl prognostizierten Umfrage-Institute für die regierende kleine Koalition aus SPD und Grünen eine sehr sichere Mehrheit von deutlich über 50 Prozent. Diese schrumpfte nun für viele überraschend klar auf unter 50 Prozent angesichts einer Minusrekord-Wahlbeteiligung von gerade mal noch 50,1 Prozent (Bremerhaven 41 %). Es gab leichte Zugewinne für die CDU und mit fast 7 Prozent den sicheren Wiedereinzug der Liberalen nach vierjähriger Erholungspause in die Gesamt-Bürgerschaft.

Als relative „Gewinnerin“ mit fast 4 Prozent mehr gegenüber dem knappen Ergebnis von 2011 darf sich die Partei Die Linke betrachten. Die derzeit von Spaltung durch die internen Kämpfe zwischen rechtsnationalem (Petry/Gauland) und wirtschaftsliberalem (Lucke/Henkel) Flügel bedrohte AfD schaffte es dennoch auch in Bremen mit 5,4 % und 4 Mandaten parlamentarisch hoffähig zu werden, jedoch ohne Fraktionsstatus. Sie dürfte dabei vornehmlich mit den Themen Zuwanderung und innere Sicherheit gepunktet haben. Die erreichte neue Mehrheit nach anfänglicher Wackelpartie für SDP-Grüne beträgt 44 von 83 Sitzen. Mit über 2 Prozent mehr Stimmanteilen konnte die CDU jedoch gegenüber 2011 kein weiteres Mandat erringen.

Trotz der Schlappe sieht sich die Regierungskoalition dennoch bestätigt. Man sei, so der am Wahlabend noch amtierende, am Montag dann überraschend zurückgetretene Bürgermeister Jens Böhrnsen, trotz schmerzender Verluste mit Abstand wieder deutlich stärkste Kraft und fühle sich daher auch zur Regierungsbildung beauftragt. Das ändert jedoch nichts daran, dass diese Koalition besonders von der eigenen WählerInnenschaft ohne Wenn und Aber ob ihres ungenügend erfüllten Auftrags empfindlich abgestraft wurde. Und es ändert auch nichts daran, dass bei so niedrigen Wahlbeteiligungen umgerechnet auf alle Wahlberechtigte

(siehe Tabelle) keine demokratischen Mehrheiten mehr erzielt werden. Verfassungsrechtlich zählt zwar nur die Mehrheit, doch faktisch wird nur noch minderheitlich „gegen“ bzw. „jenseits“ einer Mehrheit regiert, die sich aus verschiedenen Gründen von einer Teilnahme an freien und gleichen Wahlen keinen wirksamen demokratischen Einfluss auf die Politik mehr verspricht. Demokratie wird zu illegitimer Demokatur. Als ernstes Legitimationsproblem wird das freilich außer in Experten-Stellungen von der Politik noch immer nicht eingestanden und zum Thema gemacht, sondern nach wie vor überwiegend ignoriert. Wie lange noch?

Die Spitzenkandidatin der CDU, die nach erfolglosen Zeiten in Bremen mittlerweile in Berlin als Bun-

zur Stadtverordnetenversammlung stattfand, für die die 5-Prozentsperrklausel entfällt und nur das einfache Quorum zählt, die Rot-Grüne Mehrheit verloren ging. Während sich die SPD auf gleichem Niveau hielt, büßten dort die Grünen mit über 11 Prozent Verlust 6 Sitze ein, während gleichzeitig CDU und FDP je 3 Sitze hinzu bekamen. Pannen bei der Auszählung in Form eines Stromausfalls im zentralen Wahlamt und ein neues aufwendiges Wahlrecht (fünf Stimmen für jede Wählerin, jeden Wähler) bewirkten, dass am Abend nach der Wahl auch nach 23 Uhr noch keine endgültig gesicherten Zahlenergebnisse vorlagen und sich die Auszählung über Tage hinzog. Diese konnte man sogar im livestream per Internet mitverfolgen.

Vorläufiges amtliches Endergebnis vom 13.5.2015

Parteien	2015:		2011:	
	Anteil in %	Mandate	Anteil in %	Mandate
SPD	32,8	30	38,6	36
Grüne	15,1	14	22,5	21
CDU	22,4	20	20,4	20
Linke	9,5	8	5,6	6
FDP	6,6	6	2,4	-
AfD	5,5	4	-	-
Bürger in Wut	3,2	1*	3,7	1
Andere	8,0	-	6,9	-

*) Aufgrund der 6,5 % in Bremerhaven

Wahlbeteiligung: 50,1 Prozent

Stimmanteil von Rot-Grün zusammen (Umrechnung auf alle Wahlberechtigte nach infratest dimap): 23,3 Prozent, weniger als Viertel!

destagsabgeordnete tätige Elisabeth Motschmann mit evangelikalem Profil, frohlockte zunächst nach Bekanntgabe der ersten Prognose. Die zweitstärkste Position nach der SPD sei wieder unangefochten zurückgeholt worden. Man wollte zwar 25 + x Prozent erreichen – woraus nichts wurde – habe es aber dennoch erreicht, dass die rot-grüne Vorherrschaft wie es aussähe „geknackt“ wurde. Doch sie hätte den Abend nicht vor dem nächsten Tag loben sollen. Recht behielt sie hinsichtlich des Faktums, dass in Bremerhaven, wo gleichzeitig die Wahl

Der die Demokratie bedenklich aushöhlende Abwärtstrend bei der Wahlbeteiligung aus den 2014er Landtagswahlen im Osten setzte sich im Westen nach Hamburg auch in Bremen deutlich fort. Sie betrug 2007 noch 57,5 und 2011 55,5 Prozent. Das hatte sich bereits am frühen Wahlnachmittag schon abgezeichnet. Die Abwanderungen ins Lager der Nichtwählenden sind sowohl bei der SPD mit 8.500 als auch der CDU mit immerhin noch 3.500 ein klares Zeichen. Die SPD erzielte im kleinen Stadtstaat ihr bisher schlechtestes Ergebnis seit

1946. An die CDU gab sie 5.500, an die FDP 2.000 an die Linke 1.500 und an die AfD 1.000 Stimmen ab. Dabei genoss ihr Bürgermeister Böhrnsen, dienstältester Landeschef seit 2005, allseits ein relativ großes Ansehen, an ihm kann das Desaster trotz gezogener persönlicher Konsequenz kaum gelegen haben.

Schon anders schlug bei den Grünen die Tatsache dämpfend zu Buche, dass ihre Spitzenkandidatin, Karoline Linnert, Finanzsenatorin, in Zeiten schmaler Kassen mit unpopulären Sparmaßnahmen (Stichwort: Länderfinanzausgleich als Dauerfehde zwischen Bund und Ländern und den Ländern unter sich) auch einen Teil der eigenen besser verdienenden Grünen-Klientel vergraulen musste. Mittlerweile über 20 Milliarden Euro Haushaltsverschuldung (natürlich nicht erst seit dieser Regierung) sind eine Ansage! Wie, womit will man das bis 2020 ausgleichen, wenn's nicht elementarer an den Geldbeutel der Reichen gehen soll? Für die erlittene Schlappe hatten die grünen SpitzenrepräsentantInnen bis hin zu ihrem Generalsekretär in der Bonner Runde einhellig den Verlust des längst schon abgeflauten Rückenwinds aus der Fukushimakatastrophe vom März 2011 ausgemacht. Das, so hieß es immer wieder und auch aus dem Mund der neuerdings mit weiser Staatsdame-Pose auftretenden Bremer Grünen Marieluise Beck, ließ sich nicht halten und war abzusehen. Kommen den Grünen etwa ihre wichtigsten ökologischen Themen abhandeln, die sie einst parlamentarisch werden ließen? Kein Berichterstatter, keine Journalistin kam auf die Idee, hier gleich nachzufragen, warum es den Grünen nicht gelungen ist, ein solches Pfund stärker an sich zu binden und zu organisieren? Die Zeiten der Basisorientierung und Basismobilisierung sind eben lange schon passé. Dass das Fukushima-Argument auch eher eine Alibierklärung ist, zeigt der Umstand, dass die Grünen in alle Richtungen Stimmen verloren haben, darunter je 1.500 an SPD, CDU und FDP. 1.000 wanderten zur AfD, 5.000 zur Linken und 7.500 zu den Nichtwählenden. Man ist in der bürgerlichen Mitte angekommen und wird deshalb auch nach allen Seiten gerupft. Analog dazu fragten sich

manche enttäuschte Kommentatoren, warum die CDU den (intern für Eingeweihte) absehbaren Aderlass von Rot-Grün nicht deutlicher für sich ausnutzen konnte oder noch schüren wollte. Denn ein „Wahlkampf“ hatte bei nahezu völlig abstinenter SPD zwischen den Großen öffentlich so gut wie nicht wahrnehmbar stattgefunden, so mehrheitssicher waren sich selbst genügend die SPD-Hanseaten. Auch der präsidial auftretende Böhrnsen glänzte im Wahlkampf eher durch Abwesenheit.

Geradezu euphorisch und kämpferisch mit geballten Fäusten gebärdete sich die parteilose liberale Spitzenkandidatin und dynamische Jungunternehmerin, Lencke Steiner. Auf einer Sympathiewelle jungliberaler Hochrufe über den mehr als 4 prozentigen Zugewinn surfend, darunter 2.500 Rückkehrer-Stimmen von der CDU, erklärte die Bundesvorsitzende Junger Unternehmer wie zuvor schon angekündigt noch am Wahlabend ihren Beitritt zur FDP. Vize FDP-Chef Kubicki war extra angereist, um sich ebenfalls im Sympathielicht mal wieder feiernd bescheiden zu lassen, man ist da ja keineswegs bisher verwöhnt worden und hat Nachholbedarf.



Journalistisch weitgehend auf der Strecke blieben ob des ganzen oberflächlichen Medienbetriebs um Sympathien-Antipathien und hie und da gefährdete Stimmprozente bei den TV-Auftritten der PolitikerInnen die sachlichen Themen. Kaum, dass mal jemand nachhakend auf Konkretes festgenagelt wurde. Alle durften sie rituell ihre hohlen Erfolgssprüchlein abgeben oder mit Bittermiene Niederlagen wundenleckend eingestehen. Es konnte einem wieder jener fernsehdenkwürdige Satz im Stakkato stil gesprochen von Herbert Wehner im Bonner Interview mit Dieter Lueg einfallen: „Lieber Herr Lüg, ich-weiß-

nichts-und-Sie-wissen-nichts.../ [Vielen Dank, Herr Wehner.“

Dabei hätte es Ansätze dazu genug gegeben: Wirtschaftspolitik, leere Kassen für's Soziale, Bildung, Zuwanderung, innere Sicherheit, Kinderarmut, Lehrstellenmangel usw. 33 Prozent der Kinder sind in Bremen von Armut betroffen oder gefährdet, in Bremerhaven sind es sogar bis 40 Prozent. Viele allein erziehende Mütter müssen von Hartz IV-Mindesthilfe leben. Sehr reichen Stadtteilen wie Schwachhausen und Oberneuland mit vielen Villen und grünen Stadtrand-Arealen stehen stark benachteiligte Quartiere wie Blockdiek in der östlichen Trabantenstadt gegenüber, wo die Wahlbeteiligung nur noch 25 Prozent beträgt. Ausgerechnet Frau Motschmann hielt der SPD vor, dass soziale Gerechtigkeit in Bremen nicht stattfände.

Nichts Neues ist bei zwei getrennten Stadtparlamenten Bremen und Bremerhaven die übliche Rechtsverschiebung in der Überseestadt an der Wesermündung. Dort zumindest schafften es die rechtspopulistischen „Bürger in Wut“ mit strittigen Lokalthemen wieder die Fünfprozent-Sperre zu überspringen und errangen so einen Sitz im Gesamtparlament. Grundsätzlich betonte Frau Motschmann, man stehe für eine Große Koalition zur Verfügung, aber dazu müsste sich die Politik in wichtigen Punkten im CDU-Sinn ändern. Auch die ihre Oppositionsrolle selbst lobende Spitzenfrau der Linken, Kristina Vogt, signalisierte Bereitschaft zum Koalieren mit SPD und Grünen, aber nicht als Steigbügelhalter. Doch wer will die Linke denn, wenn sie nicht gebraucht wird und es allgemeine Übereinkunft ist, sie aus einer Mitregierung herauszuhalten? Für den liberalen SPD-Hanseaten Böhrnsen, so sein Plazet hierzu, ist wie auch für die Bündnisgrünen Rot-Rot-Grün keine Option. Man wird sehen. Die Pokerrunde ist eröffnet, so oder so. Zunächst wird die SPD im parteiinternen Machtspiel eines KandidatInnen-„Castings“ zwischen rechtem und linkem Flügel klären müssen, wer die Nachfolge des zurückgetretenen Böhrnsen antreten soll. Danach und nicht nach dem Willen der Wählenden entscheidet sich die Koalitionsfrage.

E. K., Bremen, 14. Mai 2015

Hartz IV: Die wahren sozialen Folgen...

Ein Erfahrungsbericht aus Bremen



Die linke Tageszeitung *junge Welt* brachte am 15.4.2015 unter der Überschrift „Hartz IV: Über eine Million verhängte Sanktionen“ einen Artikel zu einigen gravierenden Aspekten gegenwärtiger Hartz IV-Praxis, besonders im Hinblick auf die im Jahr 2014 verhängten Strafmaßnahmen in Rekordhöhe gegen „Regel verletzende“ Arbeitslosengeld (ALG) II-Bezieher- und -Bezieherinnen. In derselben Ausgabe folgte noch ein Kommentar, geschrieben von der „Jobcenter-Rebellin“ Inge Hannemann. Aufgrund ihrer couragierten Kritik als Arbeitsvermittlerin im Jobcenter von Hamburg-Altona an der gängigen Behördenpraxis gegenüber Arbeitslosen wurde sie 2013 vom Dienst suspendiert. Sie zog dagegen vors Arbeitsgericht, klagte auf Wiedereinstellung, das Verfahren endete mit einem Vergleich. Inge Hannemann ist nach der Landtagswahl im Februar dieses Jahres in Hamburg auf der Liste der Partei Die Linke als parteilose Abgeordnete in die Hamburger Bürgerschaft eingezogen. Ihr neuer Wirkungsbereich ist der Eingabenausschuss, außerdem ist sie arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Hamburger Linksfraktion und setzt sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Mit ihren am amtlichen Schweigegebot vorbei öffentlich vorgetragenen kritischen Ein-

blicken in das Innenleben eines Jobcenters und dessen oftmals mehr als zweifelhaftes Vorgehen gegenüber seinen offenbar wenig geschätzten „Kunden“, erregte sie einst Aufsehen. Die gelernte Journalistin bekam viel unterstützenden Zuspruch vor allem von Betroffenen, hielt Vorträge, beteiligte sich an öffentlichen Protestaktionen und mit Redebeiträgen bei Kundgebungen und Montagsdemos. Die linke Presse würdigte sie als mutige „Whistleblowerin“, die sie wie ihre Vorgängerin Brigitte Erler zweifellos ist. Die engagierte SPD-Frau und Gewerkschafterin Erler packte Anfang der 1980er Jahre als Referentin im Entwicklungshilfeministerium über das System „tödlicher Hilfe“ für Länder in der Dritten Welt aus und quittierte aus Protest den Dienst.

Widerstand – parlamentarisch wie außerparlamentarisch

Die Partei Die Linke, für die Inge Hannemann nun parlamentarisch gegen das Hartz IV-Programm angehen will, ist die einzige Partei ergreifende Gruppierung in der dritten deutschen Republik, die gegen das neoliberale Konzept der von SPD und Grünen zwischen 2003 und 2005 auf den Weg gebrachten Agenda 2010 parlamentarisch zu Felde zieht. Sie nährt damit zumindest eine kleine Hoffnung,

bestätigt und bestärkt alle davon Betroffenen in der Perspektive, dass dieses Regelwerk zutiefst unsozial ist und ersatzlos abgeschafft gehört. Auch in Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und an der Kirchenbasis rumort es und regt sich deshalb z. T. deutlicher Protest und Widerspruch. Aber ohne die immer wieder landauf landab mit öffentlichen Infoständen vor Jobcenter ziehenden Protestgruppen, Mahnwachen, Montagsdemos und sogar gesetzeswidrigen Go-In-Aktionen, würde das von der Linkspartei als einziger massiv aufgegriffene Thema in politischen Debatten in Lokal- und Landesparlamenten wohl gar nicht nennenswerter zur Sprache kommen. Inge Hannemann initiierte eine Unterschriftenaktion für eine Petition „ALG II: Abschaffung der Sanktionen und Leistungseinschränkungen“, die mit 50.000 Unterschriften den Weg in den Bundestag schaffte, wo sie im März 2014 in einer Anhörung behandelt wurde. Die dringendsten Probleme und Missstände sind den Politikern und Politikerinnen bekannt.

All das scheint noch viel zu wenig an Aktivitäten und solidarisch außerwie innerparlamentarisch vereintem Druck zu sein, bleibt dieser doch für die Betroffenen so gut wie folgenlos. Dies wird wohl auch bis auf weiteres so bleiben, solange sich der Reformbe- und verhindernde Mehrheits-

block der Großen Koalition in Berlin mit einer sich stoisch ungerührt zeigenden SPD-Arbeitsministerin Nahles und einem gleichfalls empathielos wirkenden sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Gabriel wie ein Bollwerk dem entgegenstellt. In den wie „gleichgeschaltet“ erscheinenden bürgerlichen Medien findet eine kritische Diskussion der gesamten Thematik so gut wie nicht statt. Das ist zum gesetzlichen und amtlichen noch der sich hinzu gesellende politische wie öffentliche Skandal. Von einem endlich kritisch intervenierenden Sozialwort des gegenwärtigen Bundespräsidenten ganz zu schweigen. Hier könnte er als Staatsrepräsentant wie Kirchenmann die Deutschland zugewachsene Verantwortung sozial Anteil nehmend wahrnehmen. Aber der deutsche Herr namens Gauck ist eben kein Gustav Heinemann.

Hartz IV-Existenz: was bedeutet das praktisch?

Keineswegs soll der Eindruck erweckt werden, als solle man sich auf betroffener Seite irgendwelchen Illusionen in baldige Abhilfe von denen da oben hingeben. Im Gegenteil wird hier im Folgenden davon gesprochen, wie eine Hartz IV-Unexistenz praktisch aussehen und einem das Leben nicht nur schwer, sondern nahezu unführbar machen kann. Wie, das wissen wir Linke doch alle schon zur Genüge? Ich denke nicht. Zumal viele Linke (Christoph Butterwege mit seinem neuen, die Hintergründe ausgezeichnet analysierenden Buch „Hartz IV und die Folgen. Bekommen wir eine andere Republik?“ davon ausdrücklich ausgenommen), die darüber viel Kluges reden, nicht unbedingt auch einen konkreten Einblick in eine Existenz auf Hartz IV-Basis haben, da es sie selbst (noch) nicht getroffen hat. Nun muss eine/einer eine Kartoffelsuppe nicht noch probieren, um ungefähr zu wissen wie eine (gute) Kartoffelsuppe schmecken sollte. Doch wollen wir uns statt über Kochrezepte zu fabulieren lieber einmal einen konkreteren Einblick in so ein alltägliches Hartz IV-Innenleben verschaffen. Die Rede ist beim zugrunde gelegten authentischen Beispiel von einem „Kunden“ mit akademisch studiertem Hintergrund, aber ohne ebensolchen qua-

lifizierten Diplom- oder sonstigen Berufsabschluss und fast achtzehnjähriger, durchgehender Erfahrung in der mittleren Verwaltungstätigkeit, aus der heraus er vor einigen Jahren unverschuldet in die Arbeitslosigkeit gekündigt wurde.

Es beginnt schon damit, dass man sich den Jahresbezug einer Tageszeitung nicht mehr leisten und weniger allgemein informieren kann. Es ist auch sehr angeraten, noch rechtzeitig vor Beginn einer ALG II-Antragstellung sämtliche laufenden Abos z. B. von politischen Zeitschriften zu kündigen. Ebenso ist mit Mitgliedschaften in Vereinen oder politischen Organisationen zu verfahren, die Mit-



München, Oktober 2006

gliedsbeiträge erheben. Man kommt sonst bei derzeit max. 399 Euro monatlicher Unterstützung schnell in die Situation, mit der Zahlung auflaufender Abo- und sonstiger Rechnungen oft zum Jahresende nicht mehr nachzukommen. So beginnt eine schleichende Schuldenspirale. Und hier ist wohlgerne die Rede von im Grunde Kleckerbeträgen weit unter hundert Euro, die sich aber für eine/einen Hartz IV-Bezieher/Bezieherin schnell zum unüberwindlichen Schuldenberg anhäufen können, den man dann mit zunehmender Sorge vor sich herschiebt. Also am besten, man geht ungefähr mit tausend bis zweitausend Euro Reserve als Selbstbehalt

(lt. Gesetz Lebensalter bei Antragstellung x 150 Euro pro Jahr) in den Hartz IV-Unruhestatus, sofern man diese vorher „geldvermögend“ hatte. Dann war jemand vielleicht vorher mit säumigen Beträgen schon bei der Krankenversicherung mit einigen hundert Euro in der Kreide, die jetzt nach mehreren erfolglosen Mahnungen als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ zur Tat schreitet und eine Kontenpfändung und -sperrung beim Bankgirokonto erwirkt, was auch bei Hartz IV-Leistungen Bezielenden statthaft ist. War man darauf nicht gefasst, wird beim nächsten Gang zum Bankautomaten beim Versuch, Geld abzuheben oder Kontoauszüge zu ziehen, vorab schon mal die Bankcard einbehalten. Bis man diese nach Erledigung allen bürokratischen Prozederes incl. Behördenbearbeitungsfristen wieder bekommt, Feiertage und Wochenenden womöglich noch verlängernd dazwischen, kann es viele Tage bis Wochen dauern, in denen man völlig ohne Geld dasteht. Erfahrungsgemäß, was so zu vernehmen ist, zwischen 2-3 Wochen, selbst wenn man ein ausreichend gedecktes Konto vorzuweisen hat, auf das einem der Zugriff schlicht verwehrt ist. Das heißt, es geht erstmal im bargeldlosen Zahlungsverkehr für Tage bis Wochen nichts mehr, solange man den säumigen Gesamtbetrag nicht sofort beglichen bzw. wenigstens in vereinbarten angemessenen Raten abzustottern begonnen hat, die den monatlichen Hartz IV-Satz zusätzlich auf Monate hinaus belasten werden. Notwendige Einkäufe von Lebensmitteln und täglichen Bedarfsgütern können nicht vorgenommen werden. Wohl denen, die dann Vorräte gehortet haben. Dasselbe gilt für säumige Telefon-, Strom- und Rundfunkgebührenrechnungen, sofern man bei letzterer nicht rechtzeitig die Befreiung bei ARD und ZDF beantragt hat. Gegen die Kontenpfändung gibt es seit kurzem (2013) die gesetzliche Möglichkeit, das eigene Girokonto in ein sog. P-Konto umgewandelt zu bekommen, also ein pfändungsgeschütztes Konto zu führen mit entsprechenden Nachteilen – Strafe muss sein – beim Zahlungsverkehr. Ohne schlüssige Begründung sind keine Überweisungen mehr digital am Terminal möglich, also keine Kundenselbstbedienung, kein Telefon-

oder Net-Banking, gibt es keine Kreditkarten und Dispogewährung mehr und besteht ein pfändungsgeschützter Freibetrag von 1.045 Euro, sofern man mehr Einkommen darüber hat. Das muss man erstmal wissen, die Bank sagt es einem nicht, auch nicht das Jobcenter. Und was manche/r so vorher nicht recht bedenkt: eine Rückumwandlung in ein normales Konto ist danach nicht mehr möglich. Man ist mit einem Bein damit schon aus der Bank draußen, ausgegrenzt und kommt sich fast stigmatisiert vor, gekennzeichnet durch den Vermerk eines „P“ in der Bankakte.

Einige Strukturdaten

Die einst geschäftige, traditionelle Handelshafen- und Werftenmetropole Bremen weist nach der aktuellen Statistik der örtlichen Arbeitsagentur (Stand: März 2015) eine Zahl von 37.923 Arbeitslosen auf. Das sind 11,1 Prozent, womit der hanseatische Stadtstaat bundesweit gleich an zweiter Stelle hinter dem ländlichen Mecklenburg-Vorpommern folgt. 30.749 davon sind Bezieher und -Beziehrinnen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II, das die Grundsicherung für Arbeitsuchende regelt. Laut statistischem Jahresbericht 2014 der örtlichen Arbeitnehmerkammer gab es 2013 217.614 Vollzeitbeschäftigte bei einer Gesamteinwohnerzahl von 655.751. Daneben verdingten sich in Teilzeitarbeit 81.488, reinen Minijobs 45.431, Miniebenjobs 25.255 und in Leiharbeit 15.326 Menschen. Die nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von 2012 ansteigende Quote bei der sog. Armutsgefährdung betrug für Bremen an der Spitze aller Bundesländer 23,1 Prozent, also mehr als ein Fünftel der Bevölkerung.

Man ist für den Staat ein „Fall“, der „gemanagt“ wird

Ein sog. Stadt- (nicht Sozial-) Ticket für den öffentlichen Verkehr kostet auch eine/einen Hartz IV-EmpfängerIn in Bremen monatlich immer noch 33,70 Euro. Auch hier gilt: zum Jobcenter gehen, wieder lange warten, Antrag stellen, Passbild besorgen, Antrag einreichen usw. Ein allseits begehrtes Ausweispapier,

gültig für 6 Monate. Wer z. B. noch ein Depotlager für die Unterstellung von Utensilien und Hausrat aus der Auflösung der Wohnung (des Hauses) etwa der verstorbenen Eltern finanzieren muss, weil er nicht alles bei sich zuhause im Keller oder hilfsbereiten Freunden unterbringt, muss auch das vom monatlichen Regelsatz bezahlen, sagen wir mal bei einem kleinen Bestand von max. bis 10 m³ zwischen 50 bis 100 Euro pro Monat, die nicht übernommen werden. Wir sehen, wir kommen bereits in den Bereich, wo es schon empfindlich eng bis bedrohlich knapp werden kann. Da darf jetzt nichts außer der Reihe mehr dazwischen kommen, z. B. eine aufwendigere PC-Reparatur, Wohnungsrenovierung, Kühlschranks- oder Waschmaschinendefekt oder so. Ein Essen beim Italiener, Griechen oder im Veggie-Restaurant ist da im Grunde nicht mehr drin. Irgendwo mal im Gasthof übernachten bleibt ein Wunsch. Schließlich muss man mit mindestens ca. 120 bis 150 Euro für einen ganzen Monat auch noch an die billigste Discounter-Verpflegung denken (Bio oder gesund bleibt ohne eigenen Boden zum Anbauen unerschwinglich) und die Erfahrung des stundenlangen Schlangestehens bei der städtischen oder wohlfahrtsverbandlichen Sozialtafel, um überhaupt noch etwas Brauchbares zu ergattern, ist auch nicht gerade das Erbaulichste. Bücherkauf? Kann man über mehr als ein preiswertes Exemplar hinaus abhaken. Zigaretten- und Alkoholgenuss gibt's nur zu Lasten anderer nötiger Ausgabeposten und führt zu einseitiger ungesunder Lebensweise. Teure Zahnersatzrechnungen oder dringend benötigte neue Brille? Ohne Rücklagen Fehlanzeige. Neue Schuhe, Kleidung..., oder gar ein Fahrrad und Mobiliar? Man kann dafür z. T. einmalige Zuschuss-Leistungen seitens der Arbeitsagentur beantragen, also wieder Papierkram, Begründungen ausdenken, Antragsformulare abholen, Belegkopien machen, bei Ablehnung langwierige Widersprüche einreichen etc. Bis dahin kann die letzte Hose an den Verschleißstellen durch sein, die Sohlen vollends abgelaufen. Also alles rechtzeitig vorher bedenken und aufpassen und vorsorglich horten. In wenigen Wochen können sich da schnell zwei bis drei Aktenordner mit schriftlichen

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 187 Frühjahr 2015, 44 S.

- PEGIDA in Dresden
- Thüringer LINKE-Regierung, Konkretes und Grundsätzliches
- TTIP – Freihandelsabkommen zwischen EU und USA
- Schwarz-rotes Streikverbot
- 70 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz
- Vom Bau der Atombombe zum „Regime nuklearer Weltordnung“
- Chile: Ein Jahr Regierung Bachelet
- Genosse Udo Winkel verstorben

Nr. 186 Winter 2014, 32 S.

- Portugal im revolutionären Aufbruch, Teil II
- Wahlen in Sachsen-Thüringen-Brandenburg
- Islamischer Fundamentalismus, Islamischer Staat und der Westen
- Viktor Agartz
- Lebenszeugnis und Plädoyer eines Wehrmachtsdeserteurs
- Karl Wastl – aktiver Gewerkschafter und Antifaschist

Nr. 185 Herbst 2014, 28 S.

- uz-Pressefest in Dortmund
- Portugal im revolutionären Aufbruch 1974/75 – Teil I
- Hiroshima, 6. Aug. 1945...
- Die Legende vom deutschen Oktober 1923
- Rezensionen

Nr. 184 Sommer 2014, 32 S.

- Zum Zustand in der Türkei
- Venezuela: Orientiert die Bourgeoisie wieder auf einen Putsch?
- Bericht von unserem Wochenendseminar in München
- Tschechien: Besiegte Sieger
- Machtpoker um die Ukraine
- Die Subventionierung der Ukraine durch Russland
- Faschisten in Kiew?
- Weltmachtrolle der BRD – Wozu ist deutsches Militär weltweit in der Lage?

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Vorgängen füllen. Man führt eine Aktenexistenz, ist ein „Fall“, der „ge-managt“ wird und nahezu ständig mit Aktenkram befasst, um die Übersicht nicht zu verlieren. Ständig kreist das eigene Denken und Empfinden um den Erhalt der eigenen Existenz. Wer das Glück hat, sich wenigstens eine BahnCard 25 leisten zu können, kann für Fernreisen samt Sparpreisen für sich noch vergünstigend etwas herausholen, aber bei den heutigen Bahnpreisen, vor allem auch in den Nahbereichen? Ein Auto unterhalten, wenn auch ein altes gebrauchtes bis bald schrottreifes, nicht daran zu denken. Schon eine Tankfüllung gefährdet das verbleibende Hartz IV-Kontoguthaben bedrohlich, von Wartungen, Reparaturen, Versicherungen gar nicht erst zu reden. Man kann vom Hartz IV-Satz nichts ansparen, muss bei unverhofften Ausgabe-posten wie etwa jährlichen Nachzahlungsforderungen aus Betriebs- oder Stromkosten notfalls Freunde überbrückend um Hilfe bitten, wer das noch kann, aber auch das hat seine Grenzen, und auch Freundschaften sind nicht beliebig belastbar.

Also bleiben wir schön sesshaft (sess-haft!) vor Ort, tun möglichst nichts was etwas kostet und wollen nicht in der Gegend herumreisen, mal Freunde außerhalb besuchen, zu einer Demo oder am Wochenende zum

Baden an die Küste fahren, Natur im Wald oder an Seen genießen. Das alles muss ohne Rad leider weitgehend entfallen für die kurze Übergangszeit des Hartz IV-Bezugs, denn wer arbeiten will, der/die findet auch welche... , bloß welche und wie schlecht bezahlt! Aber wer fragt schon danach. Wie heißt es in den Bestimmungen? Jede zumutbare Arbeit ist anzunehmen, eine dehnbare Bestimmung. Hartz IV-Beziehende haben Anrecht auf ca. vierzehn Tage Urlaub im erwerbslosen Jahr, sonst hat man permanent täglich mit Arbeitssuche „beschäftigt“ zu sein, soll an Zahl festgesetzte Bewerbungen schreiben, das Internet, so man dazu zuhause Zugang hat, mit geeigneten Stellenanzeigen rauf und runter durchforsten, sich als über 60-Jähriger bei einem Headhunter-Unternehmen chancenreich für die Telefonzentrale bewerben usw. Nun sind es aber weit über eineinhalb Millionen, die das vielfach schon über Jahre hinweg ertragen. Was kann da denn am System von „fördern und fördern“ nicht stimmen?

Zu den materiellen die psychischen Folgen

Im Wesentlichen sind das zunächst mal nur die rein materiellen Fakten. Hinzu kommt noch das ganze leidige Kapitel der stufenweisen Sanktionen. Meist bis zu 30 % Abzug vom Regelsatz monatlich über 3 Monate Dauer oder dauerhaft, bei nicht oder nicht genügendem Erfüllen von Auflagen des Jobcenters in dessen gesetzlichem Ermessen oder wenn „Kunden“ die Unterschrift unter nötige, einseitig vorgegebene Eingliederungs-„Vereinbarungen“ verweigern. Zusätzlich kann es zur Strafe zu Kürzungen der Mietzahlungen oder deren vollständigen Einstellung kommen. Das führt in nicht wenigen Fällen alsbald zu Räumungsklagen mit Wohnungsverlust und geradewegs in die Obdachlosigkeit. Ein jüngerer Kollege berichtet in der Beratung im Erwerbslosenzentrum, dass er derzeit so nach Strafabzügen noch auf monatlich 140 Euro vom Jobcenter käme. Klar, dass er als gelernter Maler und Anstreicher, der keine feste Anstellung findet, jede sich bietende Gelegenheit ergreift, privat „schwarz“ zu arbeiten. Ein typischer „Sozialbetrü-

ger“? An zulässigem Zuverdienst, so man etwas findet, sind monatlich sozialversicherungsfrei bis 160 Euro gestattet. Alles, was darüber ist, wird auf den Hartz IV-Satz angerechnet, ersetzt die staatliche Leistung. Dem großen Aktiv-Posten Fördern steht neben der existenziellen Minimalabsicherung mit zunehmender Dauer der Erwerbslosigkeit nur ein vergleichsweise geringer des Förderns gegenüber, der gerade bei älteren Erwerbslosen immer mehr gegen Null tendiert.

Hinzu kommt auch das, was das alles in und mit einem psychisch und körperlich macht: da sind die aus ständiger Sorge um die tägliche Existenz nicht mehr durch geschlafenen Nächte; da ist der Dauerverlust innerer Ausgeglichenheit; die ständige nervliche Anspannung; die sich allmählich einstellenden, „unerklärlichen“ psycho-somatischen Beschwerden bis hin zu lästigen Ohrgeräuschen, Herzrhythmusstörungen und plötzlichen, quälenden neuralgischen Kopfschmerzen und Organerkrankungen. Symptome, mit denen man bislang nennenswert nie etwas zu tun hatte. Es beschleicht einen ein zunehmendes Druck- und Unruhegefühl, wenn man nicht mehr weiß, wovon man auflaufende Rechnungen noch bezahlen soll, geschweige denn wo einem der Kopf steht. Angst vor Strom- und Wasserabstellung durch den örtlichen Energieversorger bei wiederholt offenen Rechnungen u. v. m. Wie soll das gegenüber dem ärztlichen Dienst beim Jobcenter in einem Ursachenzusammenhang zur Ermittlung und Bewertung gebracht werden?

Man kann vom derzeitigen Regelsatz mit deutlichen Einschränkungen zwar gerade noch existieren, aber nicht menschenwürdig leben. Die zugrunde gelegten Berechnungsgrößen sind wie beim Stromverbrauch zu niedrig angesetzt, statt im Schnitt tatsächlich monatlich 41 Euro pro Person liegt die Bedarfsummessung mit 33 Euro deutlich darunter. Die Grundrechte des Individuums werden administrativ eingeschränkt und willkürlich beschnitten. Der einzelne Mensch wird dem Gesetz angepasst und gefügig gemacht, statt mit dem Gesetz adäquat den menschlichen Bedürfnissen zu entsprechen. Das System Hartz-IV lähmt in Folge die persönliche Initiative und macht Menschen systematisch

Deutschland
und die Welt

Kinderdolmetscher

Einwanderer, die noch kein Deutsch können, müssen oft Kinder zum Dolmetschen mitbringen. Behörden und Ärzte wollen keine Dolmetscher bezahlen. Ehemalige Kinderdolmetscher berichten.

Kinderdolmetscher
Magazin Verlag, 2015, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

krank! Ein Teufelskreis eröffnet sich. Man lässt sich selbst mehr und mehr in die soziale Isolierung drängen, wird zunehmend handlungsunfähig und motivationslos. Das kann einem auch als Linkem so passieren, der eigentlich die Zusammenhänge durchschauen können müsste, was einen nicht vor eigenem misslichem Erleben schützt und bewahrt.

Jobcenter sind sozial sterile Orte, keine Treffpunkte

Wer zum Jobcenter muss, um entweder seine monatlichen Bewerbungsbelege abzugeben und laufenden Bemühungen bei der Arbeitssuche zu dokumentieren oder nach einem halben Jahr bereits wieder von neuem die Weiterbewilligung zu beantragen usw., gerät in eine seltsame, sozial steril wirkende Umgebung. Fröhlich morgens noch vor der Öffnung um 8 Uhr kommen die Ersten und warten auf Einlass, dann beginnt der Run einen Stock höher in die Warte-„Lounge“, wo jede/r am Automaten eine Nummer zieht, mit der man per Digitalanzeige zur Vorstellung aufgerufen wird. Kontakt untereinander kommt selten zustande, man bleibt in der Regel für sich. Hinter einem in drei abgetrennte Boxen geteilten Tresen ähnlich wie in Wahlkabinen empfangen einen die SachbearbeiterInnen und nehmen deinen „Fall“ auf und Unterlagen an, entscheiden über den weiteren Ablauf. Verblüfft erfährt unser „Kunde“ von seiner Fallmanagerin, dass er rechtzeitig vor Erreichen des 63. Lebensjahres den vorzeitigen Antrag auf Verrentung einzureichen habe, da über diese Altersgrenze hinaus keine Hartz IV-Zahlungen mehr geleistet würden. Es ist das amtliche Eingeständnis, dass das „Rente mit 67“-Konzept für Erwerbslose am Ende ihres Berufslebens gescheitert ist. Und es bedeutet, dass nun auch noch eine weitere faktische Kürzung ohnehin oft nur schmaler Mini-Renten hingenommen werden soll, ohne dass die offizielle Politik hier dringenden Handlungsbedarf angesichts des bereits einsetzenden Anstiegs von „Altersarmut“ sieht. Viele der so aus der Hartz IV-Bezugsberechtigung hinaus gedrängten landen automatisch als Aufstocker und Aufstockerinnen

wieder bei der Sozialbehörde. Es ist ein Hin- und Hergeschiebe zu Lasten der Bedürftigen. Zwar vertreten die Gewerkschaften zum vorzeitigen Verrentungszwang einen deutlich konträren Standpunkt und raten zum Widerspruch, aber hier könnte wohl nur ein Musterprozess notfalls bis zur Instanz Bundesverfassungsgericht Klärung schaffen. Und ob dieser derzeit zugunsten der prozessführenden Seite positiv ausginge, geschweige denn die Klage angenommen würde, bleibt offen.

Demut und Willensbereitschaft

Zurück zu unserem Besuch im Jobcenter. Draußen auf dem Gang und in der Lounge, die sich an drei Tagen in der Woche allmorgendlich mit weit über hundert durchlaufenden „Kunden“ und „Kundinnen“ füllt, patrouillieren derweil ständig ein bis zwei unbewaffnete Sicherheitsleute mit direktem Funkkontakt zur Polizei auf und ab. In Bremen befindet sich



das zentrale Polizeigebäude gleich nebenan. Gleichzeitig betätigen sie sich als Auskunft gebende, warten den ständig im Dauerbetrieb befindlichen Kunden-Kopierer, der immer wieder den Geist aufgibt. Die „Wärter“ geben sich in der Regel freundlich und hilfsbereit, solange alles ruhig und geordnet abläuft, was sich schnell ändern kann, wenn „Kunden“ mal richtig laut werden und erbost schimpfen, nachdem sie gerade schlechte Nachrichten bei ihrer Fallbehandlung erhalten haben. Man spürt und weiß unter den Wartenden, wer in dieser bleiernen Atmosphäre das Sagen hat und von wem man wie abhängt. Man sitzt in Reihe auf Stuhlgestängen aus Stahlrohr wie es sie auf Bahnsteigen gibt. Nach zehn Minuten steht man das erste Mal auf, um sich zu strecken, weil einem da-

von schon Rücken und Hintern zu schmerzen beginnen. Einzelne bringen deshalb schon selbst gepolsterte Sitzunterlagen mit. Das erinnert an spartanische hölzerne Sitz- und Kniebankreihen in alten Dorfkirchen, die einen zu schmal und unergonomisch in eine schmerzhafte Demuthaltung zwingen. Es soll nicht allzu bequem sein in der Kirche und im Jobcenter. 11. Gebot: du sollst dich nicht in deiner Arbeitslosigkeit einrichten, sondern dich unter Leidensdruck aktiv, dynamisch, erfinderisch, fit, bewusst ernährt und positiv eingestellt selbst motivieren und mobilisieren. Das ist das in Motivationskursen von outgesourceten Auftragsfirmen geforderte plakative Bild des/der Arbeitssuchenden, meist ziemlich neben der Realität. Trainingseinheit Benimm- und Verhaltensregeln: dunkle Socken zur dunklen Hose bitte beim persönlichen Vorstellungsgespräch, keine Jeans, Krawatte muss nicht mehr unbedingt, auf korrektes, selbstbewusstes Auftreten und sauberes Äußeres ist zu achten usf.

Die „Vorschläge für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ der 2002 eingesetzten Kommission unter Leitung des VW-Vorstandsmitglieds Peter Hartz, sahen bereits einen Regelsatz von 511 Euro pro BezieherIn und Monat vor. Die zweite Schröder/Fischer-Regierung hat das entgegen ihrer Zusage zur Bundestagswahl 2002, eine 1:1-Umsetzung vorzunehmen, mit Inkrafttreten des Gesetzes ab 1. Januar 2005 kurzerhand auf im Westen 345, im Osten 331 Euro wieder abgesenkt, als gäbe es da noch begründbare Unterschiede in der Lebenshaltung. Ca. 55 Euro Erhöhung in zehn Jahren, das reicht weder zum jährlichen Inflationsausgleich noch um mit den pro Jahr ständig im Schnitt zwischen 1,5 bis 2,5 Prozent ansteigenden Lebenshaltungskosten Schritt halten zu können. Peter Hartz zeigte sich mit dem Erreichten selbst unzufrieden und bemerkte 2007 dazu resümierend in seinem Buch „Macht und Ohnmacht“: „Herausgekommen ist ein System, mit dem die Arbeitslosen diszipliniert und bestraft werden“. Die letzte Regelsatz-Erhöpfung fand zum 1. Januar 2015 statt von 391 um 2,21 Prozent mehr auf 399 Euro. Wo werden wir im Jahr 2020 angekommen sein?

E. K., Bremen 21. April 2015

Generelle „Unzufriedenheit mit der Politik“: PEGIDA

Angst vor dem Islam ist ein sehr begrenztes Motiv

Die Bewegung PEGIDA (*Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*), die im Oktober 2014 scheinbar wie aus dem Nichts auftauchte und vor allem in Dresden für Furore sorgte, wirft für die Linke Fragen auf, wie mit diesem Phänomen umzugehen sei. Wird PEGIDA zu einer nachhaltigen Rechtsverschiebung in Politik und Gesellschaft führen? Was müssen, was können Linke dagegen tun? Worum handelt es sich überhaupt bei dieser Bewegung?



Zur Zusammensetzung von PEGIDA

Eine Forschungsgruppe um den Politikwissenschaftler Hans Vorländer von der Technischen Universität Dresden (TUD) legte am 14. Januar des Jahres die Ergebnisse einer Umfrage bei Teilnehmenden an drei PEGIDA-Demonstrationen Ende Dezember 2014 und Anfang Januar 2015 vor. Angesprochen wurden mehr als eintausend Teilnehmende, von denen knapp 400 bereit waren, zu antworten. Die Datenbasis ist den Umständen entsprechend schmal. Dennoch ist sie das sicherste, das zur Zeit verfügbar ist. Wir sind uns dessen bewusst, dass auf dieser Datenlage keine sicheren Beweise erbracht werden können. Wir nehmen sie daher als einen Indikator, der uns erlaubt, Aussagen zu treffen, die über ein rein subjektives und zufällig zustande gekommenes Gefühl hinausgehen. Durch Zeitungen und Tageschau ist hinlänglich bekannt, dass TeilnehmerInnen der PEGIDA-Demonstrationen mit den von ihnen als „Lügenpresse“ bezeichneten Medien nicht reden. Die damit entstandenen Auswertungsschwierigkeiten gehen daher über allgemeine Probleme der Repräsentativität von Umfragen noch hinaus. Wir können aber nur auf verbalisierte Meinungen zurückgreifen,

wenn wir politische Vorgänge erfassen wollen. Die „schweigende Mehrheit“ nützt uns hierbei nichts.

Eine auf der Internetseite der TUD veröffentlichte Zusammenfassung (*Wer geht warum zu PEGIDA-Demonstrationen?* http://tu-dresden.de/aktuelles/newsarchiv/2015/1/pegida_pk) ergibt folgendes Bild mit Schlussfolgerungen der ForscherInnen:

„Der ‚typische‘ PEGIDA-Demonstrant entstammt der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, verfügt über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, ist 48 Jahre alt, männlich, gehört keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit auf und stammt aus Dresden oder Sachsen. ...“

Weitere wesentliche Fakten:

- Der Protest wird keineswegs von Rentnern und Arbeitslosen getragen – 70 Prozent der befragten Demonstrationsteilnehmer stehen im Beruf.
- Die befragten Teilnehmer der Demonstrationen gegen die ‚Islamisierung des Abendlandes‘ sind nur zu knapp einem Viertel durch ‚Islam, Islamismus oder Islamisierung‘ motiviert.
- Das Hauptmotiv für die Teilnahme an PEGIDA-Demonstrationen ist eine generelle ‚Unzufriedenheit mit der Politik‘ (54 %). An zweiter Stelle wird die Kritik an Medien und Öffentlichkeit genannt (20 %); an dritter Stelle folgen grund-

gende Ressentiments gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern (15 %), dabei sind Vorbehalte gegen Muslime bzw. den Islam besonders ausgeprägt.

- In den Befragungen kommt die Wahrnehmung einer tiefen Kluft zum Ausdruck: zwischen den Massenmedien, der veröffentlichten Meinung und der etablierten Politik auf der einen Seite und den Problemen des Bürgers und dem ‚Willen des Volkes‘ auf der anderen Seite.

Weiter ergibt die Studie: 47 % der Befragten gaben an, Arbeiter oder Angestellter zu sein, ein Fünftel bezeichnete sich als selbständig, 18 % waren Rentner und 2 % arbeitslos. Politisch fühlen sich zwei Drittel keiner Partei verbunden. 17 % äußerten, der AfD nahe zu stehen, 9 % der CDU, 4 % der NPD und 3 % der Linkspartei.

Für die 400 eingegangenen Antworten ist der Befund eindeutig, dass das wichtigste Motiv, an den PEGIDA-Demonstrationen in Dresden teilzunehmen, nur für eine geringe Minderheit „Ablehnung des Islam“ ist. Fragen, die zur weiteren Aufschlüsselung des Hauptmotivs (s. o. 3. Punkt) gestellt wurden, aber in der obigen Liste nicht aufgeführt sind, ergaben nämlich für die 15 %, die Ressentiments gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern angegeben hatten: 42 % von diesen haben Vorbehalte gegenüber Muslimen und dem Islam,

20 % Angst vor sozioökonomischer Benachteiligung, ebenfalls 20 % Sorge um hohe Kriminalität von Asylbewerbern und 18 % Angst vor eigenem Identitätsverlust und Überfremdung.

Demnach ist davon auszugehen, dass nicht die weltpolitischen Auseinandersetzungen „Westen“ contra „Islam“ die Menschen auf die Straßen getrieben haben, sondern diese nur den gemeinsamen Begriff im Namen PEGIDA bilden, um für eine möglichst starke Mobilisierung zu sorgen. So haben sich auch die Initiatoren (Bachmann, Örtel) gelegentlich geäußert. Schließlich handelt es sich hier um eine Bewegung mit unklaren und diffusen Vorstellungen, die einen „Leitstern“ braucht.

Eine weitere Einschätzung aus Dresden

Im Folgenden geben wir eine Einschätzung wieder, die uns aus Dresden erreichte und von einem ehemaligen Gewerkschaftssekretär stammt. Er berichtet, dass entsprechend der o.a. Darstellung die Studie umstritten ist. Nach seinem Eindruck besteht ein großer Teil der Mitläufer sehr wohl aus „Abgehängten“. Viele PEGIDA-Anhänger kommen demnach aus den Stadtteilen Prohlis und Gorbitz. Dort wohnen überdurchschnittlich viele Hartz-IV-Empfänger und Arbeitslose. Dort liegen auch die Hochburgen der NPD.

Klar ist aber auch für ihn, dass es sich bei PEGIDA um eine kleinbürgerliche Bewegung handelt. Die Führung bestehe fast zu 100 Prozent aus Kleingewerbetreibenden, die wirtschaftlich wenig erfolgreich waren und sind. In Dresden und in ganz Ostdeutschland sei das Kleinbürgertum (Gewerbetreibende, Selbständige, Beamte usw.) wenig ausgeprägt. Von daher müsse die Masse der PEGIDA-Anhänger der Arbeiterklasse zugerechnet werden, was sich zum Teil auch an den mitgeführten Transparenten zeige. „Viele beinhalten soziale Forderungen, die wir ebenfalls unterstützen. Die Studie spricht davon, dass die PEGIDA-Anhänger ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen hätten. Aber was sind denn, die ‚sächsischen Verhältnisse‘? Da es in den meisten Betrieben heute keinen Tariflohn mehr

gibt, arbeiten sie unter miserablen Bedingungen. Lohndumping ist an der Tagesordnung. Wenn dann einer ein ‚leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen‘ hat, dann heißt das, dass es ihm trotzdem wirtschaftlich nicht besonders gut geht. Die Denke ist: ‚... und dann kommen jetzt auch noch die Asylanten. Denen stecken es die da oben hinten und vorne rein und ich, ich rackere und rackere und sehe trotzdem kein Land‘. Da reicht es dann dem Sachsen. Es ist eine Neidhaltung, die je nachdem einmal die Wessis trifft (aber da traut man sich nicht offensiv aufzutreten) und jetzt die Flüchtlinge. Mir ist schon in meiner Zeit als Gewerkschaftssekretär eine ähnliche Haltung in manchen Belegschaften aufgefallen. Anstatt zu kämpfen, schleimte man lieber nach oben und trat nach unten. Nach meinem Eindruck ist es bei der PEGIDA ähnlich.“

Er fährt fort: „Auf die Frage, warum gerade in Dresden die Bewegung so stark ist, weiß ich keine Antwort und es konnte mir darauf auch niemand eine plausible Antwort geben. Es wird auf die Politik der CDU in Dresden zurückgeführt, die in den zurückliegenden Jahren stets sehr zuvorkommend gegen- über den Nazis war und Antifaschisten bekämpfte. Es wird die Justiz genannt, die Antifaschisten vor die Gerichte zerrt (Lothar König). Es wird auf den breiten braunreaktionären Sumpf hingewiesen (NPD und AfD haben zusammen rund 15 %) und auch auf die DDR-Sozialisierung. Vieles davon mag dazu beitragen, dass die PEGIDA so stark wurde. Aber es erklärt nicht, warum das in Dresden so ist und nicht gleichermaßen in Leipzig, Chemnitz oder Zwickau.“

Nachdem die PEGIDA-Demos einmal liefen, haben sicher die mediale Aufmerksamkeit und die aufgeschreckte Politikerkaste zur weiteren Mobilisierung dieser reaktionären Masse beigetragen. Die Teilnehmerzahlen stiegen ja im Dezember von Montag zu Montag. Dabei kam ein großer Teil nicht aus Dresden. Selbst aus den westdeutschen Bundesländern wurde angereist. Wir gehen in Dresden davon aus, dass 6000 bis 7000 Aktive aus der Stadt stammen.“

Besonderheiten in Ostdeutschland

PEGIDA und ihre regionalen Ableger haben sich auf alle Teile der Bundesrepublik ausgedehnt. Sie sind aber nicht flächendeckend verteilt

und außer in Dresden auch nicht sehr stark: Im Allgemeinen erreichen sie Teilnehmerzahlen im dreistelligen Bereich, in Frankfurt nur zweistellig. Daraus ist gefolgert worden, dass sich hier erneut eine Erblast der DDR zeige: Die DemonstrantInnen wünschen sich eine Welt zurück, in der es für sie übersichtlicher war, wo nicht eine Krise auf die andere folgte, weniger dynamisch und gleichzeitig überschaubarer usw. Dies sei eben die Welt der DDR und des RGW gewesen. Es scheint ein weiterer untauglicher Versuch zu sein, die DDR 25 Jahre nach ihrem Ende für die heutige Lage verantwortlich zu machen. Welchen Sinn hat es für die Einschätzung der heutigen Situation, den Menschen in Ostdeutschland 25 Jahre nach der „Wende“ von 1990 ihre Sozialisation in der seinerzeitigen DDR anzulasten? Geht es nicht vielmehr um Entwicklungen seit 1990 statt um die Zeit davor?

Es hat nicht viel Sinn und es ist hier auch nicht der Raum, das Thema der psychosozialen Auswirkungen etwa der Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie im Westen und realsozialistischer Parteidiktatur im Osten oder des Ausbleibens einer 68er-Bewegung in der damaligen DDR zu diskutieren. Letztere war eine für die BRD wichtige sozio-kulturelle Erneuerung, aber sie hat sich nicht so durchgreifend umgesetzt, dass autoritäre Einstellungen hierzulande etwa verschwunden wären. Diese Zeiten sind vorbei, die Probleme, die die Menschen auch in Ostdeutschland heute belasten, sind durch den Kapitalismus verursacht. Dazu kommt, dass inzwischen Generationen herangewachsen sind, für die das alles Historie ist.

Enttäuschungen und Bedrohungsängste sind angesichts der vielfältigen Krisen seit dem Untergang der Sowjetunion und ihrer Verbündeten real, aber sie erfassen nicht nur den Osten. Als Stichworte dazu: das leere und unter kapitalistischen Verwertungsbedingungen nicht einlösbare Kohl'sche Versprechen der „blühenden Landschaften“ im Osten der Republik, der scharfe innenpolitische Rechtsruck durch die verheerende Asyldebatte der frühen neunziger Jahre, die Agenda-2010- und Hartz-IV-Politik der Koalition von SPD und Grünen, die nicht enden wollende Finanzkrise im Euro-Raum seit 2007, all das



Ausdrucksformen unsicherer Verhältnisse, in denen die vermeintliche „Sozialdemokratisierung“ der Politik durch Merkel & Co. in der Sicht der PEGIDA-DemonstrantInnen als Ausverkauf in die falsche Richtung wahrgenommen wird.

Es ist schwierig, zur subjektiven Verarbeitung objektiver Belastungen und Probleme Stellung zu nehmen (dafür gibt es z. B. Umfragen wie die oben zitierte). Ohne hier in Einzelheiten gehen zu können: „Das Volk“ in der ehemaligen DDR sieht sich als Sieger von 1989, der aber in den folgenden 25 Jahren einen Großteil der Zeche selber zahlen musste, weil es die versprochenen „blühenden Landschaften“ nicht gab. Der Soziologe Heinz Bude (Uni Kassel) schildert seine Eindrücke so (FR v. 16.2.2015): „Was auf der Bühne von Dresden sich zeigt, war ein Ausdruck des Erschreckens darüber, dass Ostdeutschland gar nicht mehr existiert. ... Aber das (Wir sind das Volk!, Anm. d. V.) ist deshalb so ein verlorener Ruf, weil ein großes Wir im Moment seines Verschwindens aufgerufen wird. Die ostdeutsche Soziallandschaft ist derart fragmentiert, dass von gemeinsamen Ideen und Interessen keine Rede mehr sein kann. Die Lebensverhältnisse in Dresden-Neustadt haben mit denen in Parchim nichts mehr zu tun. Es sind ganz unterschiedliche Welten, die mit der Klammer Ostdeutschland nicht mehr zusammengehalten werden können.“

Dresden ist aber auch im Osten die einzige Stadt, in der die Proteste zahlenmäßig ein derartiges Ausmaß aufweisen. Schon in Leipzig sind die Verhältnisse andere: Dort ist LEGIDA

radikaler, aber auch sehr viel kleiner als PEGIDA in Dresden. Also muss es auch lokale Faktoren geben, die Dresden so besonders machen. Als regionale Phänomene werden häufig genannt: in Sachsen die seit 25 Jahren andauernde Regierung einer als besonders rechtslastig und autoritär geltenden CDU sowie in Dresden der jährliche sogenannte „Trauermarsch“ aus Anlass der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, der von Neonazis im Februar durchgeführt wird.

Um das Wesentliche noch einmal hervorzuheben: Die DDR gehört unbedingt zur Vorgeschichte dieser Entwicklung. Aber was das Leben der Ostdeutschen in den vergangenen 25 Jahren durcheinandergewirbelt hat, war nicht der „Realsozialismus“, sondern der Kapitalismus der BRD. Das verbindet – bei allen Unterschieden – „Wessis“ und „Ossis“, west- und ostdeutsche Arbeiterklasse miteinander.

Eine rechtspopulistische Bewegung

Was bedeutet das alles für die politische Wahrnehmung und Ausrichtung der PEGIDA-Bewegung? Wie ist spezifisch ihr Verhältnis zur AfD zu sehen, der sich eine relative Mehrheit derjenigen Befragten zugewandt zeigt, die sich überhaupt noch einer Partei verbunden fühlen? Zumindest ein wesentlicher Teil der führenden Funktionäre der AfD sieht in PEGIDA ein Rekrutierungsfeld und Wählerpotenzial. Bisher konnten rechtsextreme

(wie die NPD) oder sich bürgerlich gebende rechte Parteien (wie die Republikaner) allenfalls bis zur Ebene der Landtagswahlen zeitweilig davon profitieren. Ob die AfD weiterhin Erfolge erzielt und ein nachhaltiger Bestandteil des Parteiensystems wird, ist noch nicht wirklich klar. Die Wahl rechter bzw. rechtsextremer Parteien auf der einen, die Beteiligung an rechtspopulistischen Aufmärschen auf der anderen Seite sind beides Ausdrucksformen eines tiefen Misstrauens gegen die herrschenden Eliten, ohne dass ein Ausweg aus den Problemlagen, die der Kapitalismus verursacht, in Sichtweite erscheint.

Die AfD enthält mindestens drei Strömungen. Die erste, ursprüngliche und wohl immer noch wichtigste, vertritt ökonomische, neoliberale, eurokritische Positionen und wird weithin sichtbar durch Bernd Lucke und Olaf Henkel repräsentiert. Die zweite ist als nationalkonservativ zu bezeichnen und folgt einem Nationalstaatsverständnis, das an das 19. Jahrhundert denken lässt; ihr Aushängeschild ist Alexander Gauland, Vorsitzender der Partei in Brandenburg. Als dritte Richtung ist diejenige erkennbar, die christliche Werte (Familie, Kirche) hochhält und von der eine islamkritische Einstellung am ehesten zu erwarten ist; ihr Gesicht ist die sächsische Landesvorsitzende Frauke Petry.

Von diesen Strömungen ist die erste wohl nicht in PEGIDA aufzufinden, ihr dürfte die Bewegung zu „plebejisch“ sein. Henkel spricht sich bei jeder Gelegenheit gegen PEGIDA aus, besonders im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf, in dem die AfD zeigen möchte, dass sie auch in einen westlichen Landtag gewählt werden kann. Gauland und Petry dagegen haben PEGIDA bisher ihre Zustimmung ausgedrückt; erst mit dem Rücktritt der von ihnen unterstützten Personen im Vorstand der Bewegung und der nachfolgenden Spaltung hat sich zumindest Gauland enttäuscht von PEGIDA abgewandt. Neben der nationalkonservativen und der christlichen Strömung dürfte die Masse in PEGIDA aus denen bestehen, die aus subjektivem Bedrohungsgefühl heraus auf die Straße gehen, obwohl es sich nicht, wenn man der o. a. Studie folgt, um Personen handelt, die Niedriglöhne und Hartz-IV beziehen, son-

dern solche, die um ihren erreichten Lebensstandard bangen. Sie setzen darauf, Sündenböcke anprangern zu können. Hier sind diejenigen zu finden, die ausländerfeindliche Parolen brüllen, Forderungen zur Verkürzung und Verschärfung der Asylverfahren stellen, für die „Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur“ (s. Positionspapier der PEGIDA) eintreten usw.

In dieser neuen nationalistischen Rechtswelle, die durch Deutschland schwappt und teilweise auch Nachahmung im benachbarten Ausland findet, tummeln sich natürlich auch Nazis. Zur Teilnahme an PEGIDA-Kundgebungen riefen Vertreter der NPD, die German Defence League und der islamfeindliche Internetblog „Politically Incorrect“ auf. Auch einige hundert gewaltbereite Hooligans sollen sich an den Dresdner Kundgebungen beteiligt haben (davon zu unterscheiden, aber im selben Zusammenhang zu sehen ist die Demonstration von 3000 – 5000 Hooligans in Köln am 26. Oktober 2014). Die der Neuen Rechten zugeordneten Zeitschriften *Junge Freiheit*, *Blaue Narzisse* und das Querfront-Magazin *Compact* (Herausgeber: Jürgen Elsässer, Mitgründer der Montagsmahnwachen 2014) unterstützen PEGIDA. Diese Organisationen sehen in PEGIDA ein Rekrutierungs- und Betätigungsfeld, in dem sie eine Resonanz haben, die sie selbst allein nicht erreichen können. Dennoch sind PEGIDA-Demonstrationen nicht umstandslos mit Naziaufmärschen (wie etwa dem jährlichen sogenannten Dresdener Trauermarsch) gleichzusetzen. Das verbietet schon ein Blick auf die Forderungen und Erklärungen, in denen eine Zustimmung zur bürgerlichen Demokratieform, wenn auch mit gehöriger Rechtsverschiebung etwa im Umgang mit den Themen Zuwanderung und Asyl, zu erkennen ist.

Droht eine neue Rechtsverschiebung?

PEGIDA, das nur in Dresden ein Erfolg war, scheint sich gerade selbst zu zerlegen. Bisher hat sich alles, was am rechten Rand an Bewegungen oder Parteien entstanden ist, nicht lange halten können. Die Gründe hierfür sind in der deutschen Ge-

schichte zu suchen, im innen- wie außenpolitischen Scheitern des Deutschen Reiches von Wilhelm bis Hitler. Auch wenn „der Stammtisch“ gerne nach rechts blinkt, so gibt es doch für die schweigende Mehrheit eine entscheidende Beißhemmung. Es geht um die „zwei Diktaturen“. Demnach habe es ja in Deutschland gleich nacheinander zwei radikale Bewegungen gegeben, die in der Sackgasse endeten: die Nazis, dann die Kommunisten. Die zentrale Lehre der neueren deutschen Geschichte lautet in diesem Verständnis: Vorsicht bei allem Radikalen – das kann nur böse enden. So etwas Ähnliches gibt es auch auf der Ebene der Bourgeoisie: Man hat zwei Weltkriege verloren, weil man mit aller Macht die eigenen Interessen durchzusetzen versuchte. Den dritten – den Kalten Krieg – hingegen hat man gewonnen, weil man sich einem größeren Bündnis untergeordnet hat. Die Konsequenz dieser Erfahrung lautet daher: Nie mehr allein, Deutschland will ungern führen. Auch die Mehrheit der Bourgeoisie schreckt daher zurück, wenn es zu radikal wird. Sie setzt dann ihre Macht ein, um so etwas zu unterbinden.

Wenn es also um eine neuerliche „Machtergreifung“, um die Aufhebung der inzwischen verinnerlichten bürgerlichen Demokratie nicht gehen kann, könnte die Zuschreibung eines Nutzens der PEGIDA-Bewegung tiefer gehängt werden. Auch hierfür gibt es ein historisches Vorbild. Es handelt sich hier in Analogie um die Asyldebatte Anfang der neunziger Jahre. Damals gab es auch eine rechtspopulistische, in Teilen und vor allem gegen die Opfer rabiate und mörderische Bewegung, die zu einer Verschiebung des Koordinatensystems nach rechts führte. Das Asylrecht wurde natürlich formal beibehalten (es hätte sonst international einen irreversiblen Schaden gegeben), aber es wurde durch die Verschärfungen weitgehend unbrauchbar gemacht. Auffällig war seinerzeit das Verhalten der SPD, das als vorauseilender Gehorsam bezeichnet werden muss. Welche konkreten Schlüsse hieraus in der gegenwärtigen Situation zu ziehen sind, muss freilich noch offen bleiben. An Krisenherden, auf die zu reagieren ist, besteht kein Mangel.

Dass sich PEGIDA jetzt gespalten hat, ändert nicht viel. Es ist ein Hin-

weis darauf, dass die Bewegung mit ihren diffusen Zielen und Emotionen in der Mobilisierung nicht weiter kommt, aber politisch unterschwellig präsent bleibt. Die Aufmerksamkeit der etablierten Parteien und ihrer Politik hat sie vorläufig erreicht, jedoch fast nur gestützt auf die Ereignisse in Dresden. In allen anderen Städten, wo sich Ableger versuchen, stoßen sie auf starke Gegenbewegung. Ein Beispiel hierzu bot Frankfurt am 26. Januar 2015, einem Montag, an dem nach übereinstimmenden Schätzungen von Polizei und Veranstaltern ca. 70 FRAGIDA-Vertretern direkt 4.000 GegendemonstrantInnen auf der Zeil und weitere 12.000 TeilnehmerInnen einer Kundgebung des Römerberg-Bündnisses (mit Oberbürgermeister, DGB-Vorsitzendem usw.) am Römer gegenüber standen. In der Mainmetropole sind zahlreiche Antifa-Bündnisse und -Gruppen aktiv.

Der in der PEGIDA-Bewegung zum Ausdruck gebrachte Unmut – soweit er sich gegen den herrschenden Block richtet – darf nicht ignoriert und damit kampfflos den Nazis und ihren Freunden überlassen werden. Ebenso falsch wäre es aber, sich an Gegenkundgebungen nur im Schatten der bürgerlichen Parteien zu beteiligen, deren Ziele in der Beschwichtigung, Kanalisierung und Instrumentalisierung der Proteste liegen. Dem Nationalismus, dem Rassismus, der Hetze gegen MigrantInnen und Asylsuchenden als Sündenböcken für die sozialen Probleme, die der Kapitalismus verursacht, muss entschlossen entgegengetreten werden. Es waren effektive linke, antifaschistische Gegendemonstrationen, die PEGIDA und ihre Ableger bisher an ihrer Entfaltung gehindert haben.

17. Februar 2015



Aus Arbeiterpolitik 1+2/2015
 Kontakt: GFSA e.V.,
 Postfach 106426,
 D-20043 Hamburg
 arpo.berlin@gmx.de
 www.arbeiterpolitik.de

Das Erinnern weitertragen – Das Unbeschreibliche beschreiben

Zum öffentlichen Gedenken in Bergen-Belsen am 26. April 2015



Am 15. April 1945 erreichten britische Militäreinheiten das KZ Bergen-Belsen bei Celle und beendeten die faschistische Lagerherrschaft. Das im perfiden Nazi-Jargon so bezeichnete „Durchgangs- und Aufenthalts-Lager“ Bergen-Belsen gehörte neben Esterwegen (Emsland), Stukenbrock (Senne) und Neuengamme (Hamburg) zu den größten KZ-Einrichtungen in Norddeutschland. Das einst weiträumige Lagergelände und das neue Dokumentationszentrum, ein etwa 180 Meter langer, doppelstöckiger Flachbau, liegen heute wie versteckt zwischen lichten Kiefern- und Birkenhainen direkt neben der Landesstraße. Wer die Gedenkstätte des Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagers Bergen-Belsen in der südlichen Lüneburger Heide besucht, gerät unversehens an einen Ort, der von seiner natürlich-idyllischen Beschaffenheit auf den ersten Blick kaum noch adäquat erinnert an den „tiefsten Ort der Hölle“, wie es der aus Israel angereiste ehemalige Gefangene in Bergen-Belsen Ariel Jahalomi (92 Jahre) bei der zentralen Gedenkfeier dieses Jahres ausdrückte.

Die am 26. April über zweieinhalb Stunden im ndr-TV live übertragene

Gedenkfeier war in diesem Jahr mit Bundespräsident Joachim Gauck als Hauptredner und Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) prominent besetzt. Rund tausend Menschen waren trotz kühlem regnerischem Aprilwetter zur Gedenkveranstaltung in die Südheide gekommen. Als geladene Gäste waren hundert Überlebende in Begleitung von Angehörigen anwesend. Einzelne von ihnen überbrachten als Vertreter und Vertreterinnen von Organisationen ehemaliger Häftlinge von Bergen-Belsen aus Polen, Ungarn, der Ukraine, Frankreich und besonders Israel Botschaften an die Versammelten. Der gemischte Chor der Jüdischen Gemeinde in Hannover sorgte für den musikalischen Rahmen mit ergreifenden jüdischen Trauerliedern. „Sei verflucht, Bergen-Belsen“, heißt es zum Auftakt in einer Zeile des Gedichts „Befreiung“ von Jadwiga Jesialska, das von einem Mitglied des Jüdischen Chors vertont wurde. In einem langen Zug legten Menschen am Ende der Veranstaltung mit Blumen bunt und reich geschmückte Kränze im stillen Gedenken vor der Inschriftenwand nieder. Der Chor stimmte dazu das Lied „Rachem“ (Barmherzigkeit) an. Etwas zeitversetzt aber noch während der laufenden Haupt-

veranstaltung hielten der DGB Nord-Ost-Niedersachsen und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) am Sowjetischen Mahnmahl auf dem einige hundert Meter westlich gelegenen Kriegsgefangenenfriedhof von Bergen-Belsen eine eigene Gedenkkundgebung ab.

Bei allem berechtigtem und notwendigem Gedenken fand in den Redebeiträgen und persönlichen Stellungnahmen jenseits der Thematik faschistischer Gewaltherrschaft und der Befreiung davon so gut wie keine kritische Reflektion von Krieg, Gewalt, Militär und deren tieferen Ursachen und Auswirkungen statt. Unter den Anwesenden befanden sich auch mit Ordensbändern reich dekorierte britische Kriegsveteranen und Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr. So war in einseitiger Weise der offensichtlich geteilte Konsens, dass das „Gute“ über das „Böse“ zurecht militärisch gesiegt hat.

Bundespräsident Gauck hielt nach einleitenden Begrüßungsworten des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Weil die zentrale Ansprache. Weil unterstrich, Mord verjähre nicht, Massenmord und Völkermord schon gar nicht. Gauck erwähnte und bedachte in seiner Rede auch homosexuelle Gefangene und vom NS-Regime politisch Verfolgte und Ermordete wie Sozialisten und Kommunisten. Er sprach von unermesslicher Schuld der Deutschen, die einen Weltkrieg angezettelt hätten und davon, dass, wer in Zukunft „in der Wahrheit“ leben wolle, ein aufrichtiges und der Wahrheit verpflichtetes Erinnern brauche. Als oberster Repräsentant Deutschlands richtete er seinen besonderen Dank an die britischen Befreier von Bergen-Belsen und späteren Besatzer. Dankbar konnten und können den Briten zu allererst die KZ-Überlebenden sein, für die sie zu Rettern und Boten der Humanität wurden. Vielen Deutschen war (und ist) aber auch noch die Rolle der Briten in einem jahrelangen gnadenlosen Bombenterror

aus der Luft gegen die Zivilbevölkerung in deutschen Städten gegenwärtig, mit Hunderttausenden von Toten, über einer Million Luftkriegsversehrten und einer Vielzahl bis zu 80 Prozent zerstörter Städte. Lobend erwähnte Gauck eine besondere „Graswurzelbewegung für aktive Erinnerungsarbeit“, die er seit den 1980er Jahren in Deutschland am Werk sehe. Wer Gaucks sonstige liberalkonservative Ansichten etwas näher kennt, dürfte sich freilich etwas verwundert gefragt haben, wer ihm wohl diese Begrifflichkeit in seine Rede geschrieben haben mag?

Durchaus auch etwas befremdliche jüdisch-zionistische Töne ließ der anwesende Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Ronald S. Lauder (USA), Milliardär, Republikaner und Likud-Sympathisant, in seinem Grußwort auf Englisch unterschwellig anklingen. Er betonte das jüdische Existenz- und Selbstbestimmungsrecht. Es gäbe, so Lauders klare Worte, als Perspektive für eine jüdische Heimstatt ein altes zionistisches Motto: „Wenn du es willst, dann wird es kein Traum bleiben“. Mit diesem Motto in fast gleichem Wortlaut war schon Ende des 19. Jahrhunderts der Verfechter eines Judenstaats und Visionär des politischen Zionismus, Theodor Herzl, öffentlich und publizistisch hervorgetreten. Zum Albtraum von Vertreibung und Unterdrückung wurde dann der Kampf um diese Heimstatt vor allem und bis heute für die palästinensische Bevölkerung. Lauders Rede mutete zeitweilig an wie eine Warnung an die Adresse aller Zweifelnden an jüdischer Entschlossenheit. Man sehe, so Lauder, mit Sorge in Europa einen neu aufkommenden antijüdischen Hass und die Verbreitung antisemitischer Lügen.

Zu Recht wies der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rose, in seinem Grußwort darauf hin, dass von der von ihm vertretenen Minderheit während der Nazi-diktatur über 500 000 Angehörige, darunter seine Tante, durch Verfolgung und Mord in KZs umgekommen sind, so auch in Bergen-Belsen. Er verband es mit der aktuellen Warnung vor erneut anwachsender Diskriminierung von Minderheiten und aus dem Ausland zuwandernden, Asyl suchenden Menschen in der heutigen BRD.

Der jüdische Anteil unter den Häftlingen und Opfern war in Bergen-Belsen besonders hoch. Dazu gehörten neben dem überlebenden Schriftsteller Jean Améry am bekanntesten und vielleicht tragischsten die beiden Schwestern Margot und Anne Frank. Sie waren im Spätherbst 1944 wie viele andere auch mit Räumungstransporten vom KZ Auschwitz noch nach Bergen-Belsen gekommen und von ihren Eltern getrennt worden. Mit der großen Zahl zusätzlicher Häftlinge aus noch anderen von den Nazis aufgegebenen Lagern wie Sachsenhausen, Buchenwald, Mittelbau-Dora, Mauthausen war das KZ Bergen-Belsen völlig überfüllt. Die Gefangenen wurden von den Nazis weder ausreichend gepflegt noch medizinisch betreut. Viele blieben in meist nur provisorischen Zelten im aufgeweichten Morast und Dreck sich selbst überlassen oder mussten ganz im Freien in Erdlöchern vegetieren, um wenigstens etwas Schutz vor Kälte, Regen und Wind zu finden. Nach ihrer älteren Schwester starb auch Anne Frank vermutlich noch im Februar oder März 1945 an Auszehrung und von Typhus stark geschwächt nur wenige Wochen vor Ankunft der britischen Armee. Bergen-Belsen war kein Vernichtungslager wie Auschwitz-Birkenau, Treblinka oder Maidanek, dafür erledigten Mangelernährung, Hunger, fehlende Hygiene, Krankheit und Seuchen, besonders Typhus, zusätzlich das Geschäft der Henker. In der Zeit zwischen 1940 und 1945 starben von den ca. 200 000 im „Durchgang“ und „Aufenthalt“ nach Bergen-Belsen Deportierten nach ungefähren Schätzungen zwischen 50 bis 60 000 Gefangene, Männer, Frauen, Kinder. Allein im Monat März 1945 fielen unter unvorstellbaren Bedingungen etwa 18 000 Gefangene dem Massensterben zum Opfer. Aus den Schornsteinen des Krematoriums quoll in den letzten Kriegswochen nahezu ohne Pause schwarz-roter Verbrennungsrauch. Die Asche, so berichtete die ukrainische Überlebende Anastasja Gulei in ihrer Botschaft an die Versammelten, haben Häftlinge als „Dünger“ verstreuen müssen.

Bei der abschließenden Zeremonie am jüdischen Mahnmahl griff Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden und Jüdinnen in Deutsch-

land, die Inschrift am Gedenkstein auf, die lautet: „Erde, verdecke nicht das Blut, das auf dir vergossen wurde“ und interpretierte sie in doppelter Weise: Die Toten nicht zu vergessen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Sie dürften nicht davonkommen, auch wenn sie ihre Spuren verwischten. Eine breite Inschriftenwand aus Beton am Westrand der großen Lichtung mit weithin sichtbarem Obelisk, nicht weit weg das jüdische Mahnmahl und das große von polnischen Überlebenden errichtete Holzkreuz markieren schon seit Jahrzehnten den Kernbereich der Erinnerungstätte im Heidewald. Zuletzt hinzugekommen ist im Jahr 2000 das Haus der Stille. Neben dem Pädagogischen Informationszentrum gibt es seit 2007 die moderne Dokumentationsstätte mit Besucherparkplatz, wie man sie mittlerweile auch an anderen bekannten ehemaligen KZ-Standorten vorfindet.

Die britische Besatzungsarmee hatte das Lager samt Barackenbauten und Versorgungsgebäuden wohl auch wegen der großen Seuchengefahr so bald wie möglich eingeebnet und die zahlreichen vorgefundenen Toten in Massengräbern bestattet. Damit wurden aber auch menschliche Spuren und das Antlitz eines Leidensortes beseitigt. So gibt es auf dem von niederer Bewaldung umsäumten Freigelände als „Friedhof“ nur einzelne symbolische Grabsteine und mehrere angelegte niedere Erdhügel als Massengräber mit der auf Betonsteinen eingemeißelten Zahl der dort Bestatteten, 300, 1 200, 800 usw. Bis 1950 dienten am Standort der vormaligen Wehrmachtskaserne außerhalb des Areals bei Belsen die dortigen Gebäude den Briten zuerst als Notlazarett für etwa 30 000 KZ-Überlebende und anschließend als sog. DP-Camp (DP = Displaced Person) vor allem mit jüdischen Menschen. Allein zweitausend Kinder sollen in dem Camp in diesen fünf Jahren geboren worden sein. Ein Zeichen neuer Lebenshoffnung an einem schrecklichen Ort, an dem nicht weit entfernt etwa 3 000 Kinder umgekommen waren. Dieser Bereich des britischen Hohne-Army-Camps ist öffentlich nicht bzw. nur mit Genehmigung zugänglich. Kuriose Randnotiz der Geschichte: nur wenige km vom KZ-Standort Bergen-Belsen entfernt lebte bald nach 1945

der Administrator der „Endlösung“, Adolf Eichmann, unerkannt unter falschem Namen auf einem Hof und betätigte sich als Waldarbeiter, Geflügelzüchter und Eierhändler. 1950 zog er es dann vor, mit Unterstützung aus dem Vatikan in Rom Deutschland zu verlassen und sich über die sog. Rattenlinie nach Argentinien abzusetzen.

Mehrere der schon genannten Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, damals meist kaum älter als zwischen zehn und zwanzig Jahren, schilderten ergänzend zu den Prominentenreden das von ihnen in Bergen-Belsen mit angesehene und selbst erlittene Elend an Leib, Seele und Leben. Da war die tägliche existenzielle Not, waren die widrigen äußeren Bedingungen, die tief emp-

fundene persönliche Schmach und Entehrung, die Hoffnungslosigkeit und ständige Demütigung durch Lagerwachen und Lagerpersonal, die Angst vor dem sie jederzeit in dieser aussichtslosen Lage ereilenden Tod, entweder durch Hunger, Krankheit oder Tortur. Solidarität untereinander war in dieser hermetischen Atmosphäre von Unterdrückung, sadistischer Qual und bewusst geschürter Denunziation nur in den wenigsten Fällen anzutreffen. Im Grunde sei das Unbeschreibliche des Erfahrenen und Erlittenen kaum mit Worten zu beschreiben und benennen, dennoch sei es notwendig, es zu versuchen. Anastasja Gulei (90 Jahre), Vertreterin der Organisation der ehemaligen Häftlinge des KZ Bergen-Belsen in der Ukraine, rich-

tete darum auch einen dringenden Appell an die heutige Jugend, sich über die KZ-Verbrechen beständig weiter zu informieren und dafür zu sorgen, dass in der Erinnerung auch durch nachfolgende Generationen nicht innegehalten wird, denn dies sei eine gegenwärtig wieder zu beobachtende wachsende Tendenz. Da werde z. B. gefragt, was die Deutschen heute noch mit den Vorgängen von damals zu tun hätten. Frau Gulei betonte, sie wähe sich eins mit vielen jungen Leuten, zu denen sie immer wieder bei Seminaren, Geschichtswerkstätten und Veranstaltungen spreche und deren Interesse und Anteilnahme ihr das Gefühl gäben, mit ihrem Anliegen von dieser Jugend verstanden zu werden.

E. K. Bremen, 29. April 2015

Wie man mit 36 Prozent eine absolute Mehrheit erreicht Die Parlamentswahlen in Großbritannien

Der Vorsprung von Labour vor den Tories in den Meinungsumfragen wurde im letzten Jahr vor den Wahlen am 7. Mai immer kleiner und kleiner. Einige Monate vor dem 7. Mai waren in den Umfragen beide große Parteien gleichauf; die Kommentatoren diskutierten darüber, welche Koalition am Ende herauskommen würde. Die Liberaldemokraten, die die von den Konservativen seit den letzten Wahlen von 2010 geführte Regierung unterstützt hatten, gaben ihren Willen bekannt, mit jeder der großen Parteien eine Koalition eingehen zu wollen. Die Wahlergebnisse zeigten dann, dass die Umfragen völlig falsch waren: Die Tories gewannen weniger als 37 Prozent der Stimmen, Labour erhielt 30 Prozent. Das heißt, es gab einen klaren Sieger, so dass die Tories jetzt ihre Regierungsmannschaft zusammenstellen können.

Die Konservativen gewannen 331 Sitze, Labour 232, die Liberaldemokraten stürzten von 57 auf 8 ab. Das war die Strafe für ihre Unterstützung der Tories und das Rückkehr zu ihren

Wahlversprechen von 2010. Sie hatten damals die Erhöhung der Studiengebühren abgelehnt, dieser in der Regierung dann aber zugestimmt. Der große Schock für Labour war aber der Aufstieg der Schottischen Nationalpartei (SNP). Von 59 Wahlkreisen in Schottland gewannen sie 56 (bei der letzten Wahl waren es 6), es blieb nur noch jeweils einer für Labour, für die Liberaldemokraten und für die Tories. Die Anti-EU-Partei UKIP verfehlte die vorhergesagten Stimmengewinne und verlor einen von zwei Sitzen, die ihr Überläufer von den Konservativen beschert hatten. Die Grünen hielten den einen Sitz, den sie schon hatten. In Wales behielt Plaid Cymru (die walisische Nationalpartei) ihre drei Sitze; sie machte nicht die erhofften Gewinne. In Nordirland wechselten zwei Wahlkreise zu den Protestanten. 66 Prozent derjenigen, die sich in die Wählerlisten hatten eintragen lassen, gingen schließlich zum Wählen. In Großbritannien gibt es keine Melderegister; auch keine Personalausweise. Folglich muß, wer wählen gehen will, selbst beantragen,

in das Wählerverzeichnis eingetragen zu werden!

Im Vergleich zu 2010 gewannen die Tories in der Summe 25 Sitze dazu, während Labour 26 verlor. Der Hinauswurf in Schottland war für die meisten Labour-Verluste von 48 Sitzen verantwortlich, aber anderswo gewannen sie 22 Sitze von den Konservativen oder den Liberaldemokraten. UKIP erhielt traditionell Stimmen aus dem rechten Flügel der Tory-Wähler. In den letzten ein, zwei Jahren begannen sie, auch Stimmen in den Labour-Hochburgen im Norden von England zu erringen, hauptsächlich wegen der Einwanderung und ihrer Auswirkungen: Es ist schwieriger geworden, ein Bett im Krankenhaus zu ergattern, beim Arzt dranzukommen, eine Sozialwohnung zu erhalten, einen Platz in der Schule etc., als es früher war. Der Grund sind die Kürzungen durch die Regierung, aber auch Einwanderer, die die Anzahl der Wartenden in der Schlange vergrößern. UKIP gewinnt jetzt tausende von Stimmen von Labour in deren Hochburgen. Obwohl

13 Prozent aller Wähler für sie stimmten, d. h. über vier Millionen, erhielt sie nur einen Sitz. Im Vergleich dazu gewannen die Grünen einen Sitz, aber sie erhielten nur 4 Prozent aller Wählerstimmen, das sind gut eine Million Wähler. Man vergleiche diese Zahlen mit den 8 Prozent Stimmenanteil, den die Liberaldemokraten erhielten, die acht Sitze gewannen. Die Parteien, die am meisten unter dem britischen Wahlrecht leiden, fordern ein Verhältniswahlrecht.

Labour beging einen großen Fehler, als sie sich 2014 an die Spitze der „Nein zur Unabhängigkeit“-Kampagne in Schottland stellten, während die Parteien der Regierungskoalition sich davon fern hielten. Die Politik der SNP-Regierung ist eher sozialdemokratisch ausgerichtet. Sie schützt die Schotten vor der Politik der Tories und Liberaldemokraten, die in London durchgesetzt wird. Ihr Wunsch ist es, frei von der Herrschaft durch London zu sein, speziell der der Tories. Die Labour-Party in Schottland wurde von Blair-Anhängern im New Labour-Stil geführt, während z.B. die Regierung in Wales Old Labour ist, so dass Plaid Cymru, obwohl sie links steht, nicht in der Lage ist, einen Durchbruch wie die SNP zu schaffen. Die traditionellen Industrien wie der Kohlebergbau, Schiffsbau etc., wo die Kommunistische Partei oft die Gewerkschaften beherrschte und eine größere Mitgliedschaft hatte als Labour, was sie aber nicht in Wahlerfolge umsetzen konnte, diese Industrien sind alle verschwunden und die Arbeiter haben sich aus Selbstschutz der SNP zugewandt. Viele der Interviewten (auch in England) sagten: „Nicht ich habe die Labour Party verlassen; sie hat mich verlassen, sie hat ihre Werte aufgegeben.“

Das Wahlprogramm von Labour versprach einige wenige Umverteilungsmaßnahmen, wie höhere Steuern für die Reichen, die Besteuerung der Bonuszahlungen an Banker, die Besteuerung großer Häuser, ein Ende der Steuerermäßigung für reiche Pensionäre und die reichen ausländischen Steuerhinterzieher, ebenso wie der inländischen Steuerhinterzieher. Es versprach, die „Null-Stunden-Verträge“ (Beschäftigte unterschreiben einen Arbeitsvertrag, aber ohne eine garantierte Anzahl von Stunden; insbesondere in der Fast Food-Industrie,

wie bei McDonalds, ist das üblich) abzuschaffen, das Gesundheitssystem zu verteidigen etc. Aber es trat auch für einen stärkeren Sparkurs ein, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie die Tories, die eine Einsparung von 12 Milliarden Pfund durch Kürzungen im Sozialbereich versprochen. Anders ausgedrückt, es löste nicht gerade eine riesige Welle von Enthusiasmus aus.

Die Presse, die größtenteils die Tories unterstützt, stellte die Persönlichkeit von Ed Miliband in den Mittelpunkt. Er wird als „Wallace“ karikiert, aus der Comicserie „Wallace and Gromit“. Er wird wie ein durchgeknallter Intellektueller dargestellt, nicht wie ein „Mann des Volkes“, nicht aus dem Holz geschnitzt, aus dem ein Premierminister sein sollte. Aber die Hauptstoßrichtung der Konservativen und ihrer Presse war die schottische Gefahr: Sie griffen ständig Miliband an wegen seiner Bereitschaft, mit der SNP in einer Regierung zusammenzuarbeiten, als die Umfragen zeigten, dass Labour keine eigene Mehrheit erreichen konnte. Die SNP, wie auch Plaid Cymru und die Grünen, alle sagten, sie würden Labour helfen, die Tories außen vor zu halten. Die SNP würde angeblich ihren Kampf für die Unabhängigkeit weiterführen und für den Zerfall des Vereinigten Königreichs. Miliband fuhr fort, zu versichern, er würde keine Koalition mit der SNP eingehen; diese könne natürlich von Fall zu Fall Labour unterstützen, ohne selbst in der Regierung in London vertreten zu sein. Diese Taktik funktionierte; die Tories schürten den englischen Nationalismus und die Angst vor den schottischen Nationalisten.

Miliband, Clegg und Farage, die Vorsitzenden von Labour, der Liberaldemokraten und von UKIP, traten alle von ihrem Posten zurück, als die Wahlergebnisse klar waren. Farage ist inzwischen wieder im Amt. Die Blair-Anhänger traten sofort in Aktion. Sie behaupteten, dass Labour viel zu links gewesen sei und der Arbeiterklasse zu nahe gewesen sei, nicht der Mittelklasse und den „Reichtums-Schaffern“. Blair selbst brüstete sich, dass er drei Wahlen gewonnen habe, aber nicht dadurch, dass er sich nur auf die Arbeiterklasse allein konzentriert habe. Milibands Bruder David, der jetzt in New York arbeitet, einst

Blairs Außenminister, war beteiligt an dessen Kriegen und den Verbrechen, die im Zusammenhang mit diesen begangen wurden. Genau wegen dieser Taten wurde er als Vorsitzender von Labour abgelehnt. Er betätigte sich jetzt als Blairs Echo. Die Ärsche von Blair-Anhängern im Parlament strapazieren alle das selbe Argument: *Wir dürfen uns nicht nur auf die Arbeiterklasse konzentrieren, die Armen, die Benachteiligten in der Gesellschaft, sondern auch auf die Mittelklasse, die Reichen, diejenigen, die nach etwas streben.* All das ist nur die Verschlüsselung einer Wendung weiter nach rechts.

Es gab ein paar lustige Momente in einem ansonsten langweiligen und uninspirierten Wahlkampf. Als die BBC in ihrem Programm *TV Question Time* in Yorkshire die Politiker einem Live-Publikum aussetzte – bis dahin waren die Politiker von realen Menschen ferngehalten worden, sie waren nur von einem Publikum umgeben gewesen, das sich aus eigenen Parteimitgliedern zusammensetzte und sich als Öffentlichkeit zu wirken, mit Ausnahme der tatsächlichen Öffentlichkeit. Im Gebiet von Groß-Liverpool wurde ein Komitee gebildet, um Esther McVey zu vertreiben, die Arbeitsministerin, deren Rolle es war, Sozialleistungen zusammenzustrichen. Auf diese Weise hat sie 1,2 Millionen Menschen, viele davon Behinderte, in die Armut gestoßen. Die örtlichen Gewerkschaftsräte kamen, zusammen mit dem Behindertenverband *Disabled People Against the Cuts* in den Wahlkreis von McVey, um zu demonstrieren und Flugblätter zu verteilen. Am Ende verlor McVey ihren Sitz.

Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses hielt Cameron eine Rede, bei der er vorgab, zu der alten konservativen Politik vor Thatcher zurückzukehren. Es sind aber weitere Angriffe auf die Rechte der Gewerkschaften geplant und die Thatcher-Anhänger in seiner Partei sind stärker als zuvor. Natürlich, er muß das Referendum über die Mitgliedschaft in der EU vor 2017 durchführen, was ihm Probleme in seiner eigenen Partei schaffen wird. Ich wäre nicht sehr überrascht, mehr Aufruhr von Menschen ganz unten in der Gesellschaft in den nächsten Jahren zu sehen.

m.j., 12. Mai 2015

Leserbrief

Konzernermächtigungsabkommen oder einige Anmerkungen zum TTIP-Artikel in der letzten ARSTI (S.13 ff.)

Der Verfasser endet mit dem Satz: „Sollte dies hier (...) den Eindruck erwecken,, dass wir(sic!!!) TTIP verharmlosen, ...“, so hält er dem entgegen, überspitzt formuliert, dass es darum geht den Kapitalismus zu bekämpfen und abzuschaffen!

Und beides ist richtig. Der Eindruck entsteht und noch mehr. Scheinbar aus der Sicht eines um Objektivität Bemühten, sozusagen als Unbeteiligter über den Dingen distanziert stehend, übernimmt er mancherorts Argumentationen der Großkonzerne und ihrer Hintermänner in der Politik, etwa wenn er die längst widerlegte Studie der Bertelsmann-Stiftung zitiert. Das führt auch dazu, dass er die geplanten privaten Schiedsgerichte quasi als harmlose, von internationalen Gremien orchestrierte Regelwerke darstellt.

Schiedsgerichte waren möglicherweise bei Installierung von sog. Freihandelsabkommen ursprünglich sogar notwendig, da sie häufig von Industrienationen mit Ländern abgeschlossen wurden, in denen es kein funktionierendes Rechtssystem, Korruption etc. gab. Warum diese allerdings an keine Öffentlichkeit gebunden waren, im Geheimen tagten und es kein Einspruchsrecht gibt, ist nur mit der Durchsetzung von Großkonzerninteressen plausibel zu erklären! Private Schiedsgerichte zur Durchsetzung von Konzerninteressen gegenüber Staaten widersprechen übrigens dem deutschen Grundgesetz.¹

Diesen Schiedsgerichte, die eine Handvoll Anwaltskanzleien – einmal die Klägerseite, einmal die beklagte Seite (sprich Staaten) vertretend – mit Millionensummen versorgen, haben im Rechtssystem von Staaten mit bürgerlichem Gesetzbuch nichts verloren. Wenn der Autor Krokodilstränen über die lange und für Konzerne schwierige Rechtsprechung in den USA vergießt, ist festzustellen: auch Schiedsgericht dauern lange und kosten enorme Summen. Viele Entwicklungsländer verzichten durch erfolgte Rechtsprechung auf Änderung ihrer Gesetze zu Ungunsten der Konzerne, weil sie sich das einfach nicht leisten können!!!

Die deutsche Mittelstandsvereinigung lehnt Schiedsgerichte in dieser Form ab. Offensichtlich hat sie mehr Bedenken als der Schreiber!² Schiedsgerichte dieser Art sprechen nur Recht nach wirtschaftlichen Kriterien, wie die vom Autor erwähnten Organisationen belegen. Staatliche Gerichte hingegen haben auch unter kapitalistischen Vorzeichen umweltpolitische, arbeitsrechtliche, demokratiepolitische etc. Aspekte der jeweiligen Staaten zu berücksichtigen und können jederzeit beeinsprucht werden! Außerdem benachteiligen private Schiedsgerichte inländische Unternehmen gegenüber internationalen Konzernen, da diese nur staatliche Gerichte anrufen können!

Den tonangebenden Politikern in der EU, sprich Gabriel, Steinmeyer und Co. scheint das Problem zu heiß zu werden. Der Protest zeigt Wirkung! Sie bringen jetzt in zeitlichen Abständen neue Vorschläge für die Konfliktregelung aufs Tapet. Letzter Vorschlag: ein öffentlicher Gerichtshof ohne Geheimhaltung mit Einspruchsrecht. Ob da der Partner USA mitspielt ist eher ausgeschlossen, da in CETA genau dieselben Schiedsgerichte, wie oben erwähnt, verankert sind und CETA halboffiziell bereits unterzeichnet ist!

Freihandel ist historisch betrachtet meist ein Warenaustausch zwischen Zentrum und Peripherie und ging fast immer zu Lasten des Schwächeren, sprich Peripherie.³ Als jüngstes Beispiel ist das von der EU mit den afrikanischen Ländern entworfene EPA-Abkommen zu nennen. Dieser Vertrag wird nun den nicht unterzeichnungswilligen Staaten erpresserisch aufgezungen und damit ihre Infrastruktur und Ökonomie noch mehr zerstört! Seit 1. Oktober hat zu diesem Zwecke die EU die Vorzugsbehandlung für diese Staaten auslaufen lassen, um sie zur Unterzeichnung zu drängen!!!

Daraufhin haben einige Länder aus der Zwangslage heraus das Abkommen unterzeichnet!

Gerade darum müssen Linke – weil TTIP, CETA und CO die Entwicklungsländer noch mehr an den Rand

drängt, entschieden die Abkommen bekämpfen!!!

Kritisch ist festzuhalten:

Warum ist aber jetzt der Widerstand in breiten Bevölkerungsschichten vor allem in den ‚Gewinnerländern‘ so groß? Weil diesmal die Gefahr besteht, dass wir in punkto Arbeitsrechte, Lebensmittelverordnung, Datensicherheit, Umweltschutz etc. nivelliert werden! Das bezeichne ich als „Eurochauvinismus“. Solange Entwicklungsländern der Stempel der Unterwürfigkeit aufgedrückt wurde, war kaum Protest zu hören! Wenn wir zu den Verlierern zählen könnten, werden die Menschen hellhörig!

Zur Internetumfrage der Kommission: bezüglich Schiedsgerichte: nur auf massiven Druck der Protestbewegung kam diese zustande. Im großen und ganzen eine Farce: trotz in juristisch-englisch gehaltener Fragestellung, die nach 40 Minuten einfach den Bildschirm abdrehte, beantworteten viele die Umfrage und davon sprachen sich 90 Prozent gegen private Schiedsgerichte aus. Die Reaktion der zuständigen Kommissarin: Ignoranz. bzw. Das Versprechen kleiner Verbesserungen.

Besondere Risiken bestehen bei Datenschutz. Während die EU erst beginnt einen einheitlichen länderübergreifenden Datenschutz zu entwickeln, haben die USA einen äußerst lockeren auf Firmeninteressen basierenden Internetschutz. Und Aussagen führender Verhandler zufolge sind diese die Grundlage des Übereinkommens. Ähnliches gilt für Nahrungsmittel (Stichwort: Hormonimplantate) oder Arbeitsrechte. Die USA haben nur zwei der fünf ILO-Standards für Arbeitsrechte unterzeichnet und im Zuge des NAFTA-Abkommens wurden die Arbeitsrechte weiter eingeschränkt. NAFTA bietet ein gutes Beispiel für verheerenden Auswirkungen solcher Abkommen. Während Mexiko große landwirtschaftliche Einbußen erleiden musste, wanderten US-Industrien nach Süden ab.

Weiterentwicklungen zugunsten der Menschen etwa im Arbeitsrecht,

beim Datenschutz, bei Umweltstandards, im Lebensmittelrechts etc. sind dann nur schwer vorstellbar – es bleibt im Hintergrund immer die Schadensersatzklage, z. B. wegen entgangener Gewinne!

Dies vor Augen, veranlasste südamerikanische Länder einem geplanten gesamtkontinentalem Vertragswerk unter Führung der USA die Zustimmung zu verweigern und z.B. MERCOSUR unter solidarischen Zusammenarbeitsbedingungen abzuschließen!

Andererseits erhoffen sich US-Banken eine Nivellierung nach unten. Infolge der letzten Finanzkrise wurde der Bankensektor in den Vereinigten Staaten strengeren Regeln unterworfen als in der EU.

Die Befürwortung von TTIP und CETA in Kreisen des Kapitals ist keineswegs einheitlich: in Österreich etwa fährt die große SPAR-Gruppe zusam-

men mit der auflagenstärksten Zeitung des Landes heftige Kampagnen gegen TTIP und CETA⁴

Ein vielfach vorgebrachtes Argument sind die nichttarifären Handelshemmnisse, die auch der Autor erwähnt. Autospiegel und Schrauben ließen sich leicht durch Vereinbarungen lösen, praktisch wird die Vereinheitlichung von mm und Zoll allerdings sehr schwierig werden. Und: Autos etc. können in den USA und Europa für den jeweiligen Kontinent gebaut, ebenso Lebensmittel erzeugt werden.

Eine Zunahme des Handels in großem Ausmaß stellt eine riesige Umweltzerstörung dar und sollte in Hinblick auf die Zukunft der Menschheit verhindert werden. Einige große Frachtschiffe verpesten die Luft wie zehntausende Autos!

Vom Autor unerwähnt, aber sehr wichtig scheint mir die geplante Installierung einer sog. ständigen „regula-

torischen Kooperation“, die in periodischen Abständen die Vereinbarkeit von neuen Gesetzen noch vor nationalen Parlamenten oder dem EU-Parlament mit TTIP prüft. Ausdrücklich wird darin die Beziehung privater Akteure genannt. Lobbyarbeit ist dadurch Tür und Tor geöffnet. In CETA ist dieses Gremium schon enthalten. Ein weiterer Schritt in Richtung einer Postdemokratie⁵.

Schlussfolgerung: angesichts der möglicherweise zu befürchtenden Verschlechterungen für viele Lebensbereiche, von denen hier nur einige aufgezählt wurden (als kommendes Beispiel TISA), scheint es besser mit aller Kraft TTIP, CETA und TISA zu bekämpfen, um vielleicht einiges doch noch abzuwenden. Grundsätzlich befinden wir uns seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus nur mehr in Defensivkämpfen.

Quasi als unbeteiligte Beobachter nur zuzuschauen, wie es der kritisierte Artikel suggeriert, weil es halt die Kapitallogik ist, schafft auch immer schwierigere Ausgangsbedingungen für den Kampf gegen den Kapitalismus, wann auch immer dies sein mag!

F.

1– vgl. ARD-Sendung: plus/minus vom 20. Mai 2015
2– Oberösterreichische Nachrichten vom 26. Mai 2015, S. 12
3– Andrea Komlosy: Arbeit.- Wien 2014, vgl. die entsprechend Abschnitte und generell ein lesenswertes Buch
4– etwa: Mahlzeit: Heft Nr. 3/2015 hrsg. SPAR Österreich S. 58ff.
5– dazu Hannes Hofbauer: Die Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postmodernen Zeitalter; Wien 2014

Anzeige

ABONNIEREN SIE JETZT!



C O U P O N

Ich/wir abonniere für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-Solidfonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____

IBAN _____

BIC _____

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ Alter _____

Bitte zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com





**Antifaschistisches
info**
Blatt

**Antifaschistisches
Infoblatt**
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifainfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Faschismus in Deutschland

Analysen und
Berichte der
KPD-Opposition
1928 bis 1933
(aus „Gegen
den Strom“).



Herausgegeben
und eingeleitet
von der Gruppe Arbeiterpolitik,
Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit
zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten,
Klebebindung. 8,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Solidarität organisieren

Repression abwehren!

Mehr Solidarität gegen mehr Repression!

In den vergangenen Jahren konnte die Rote Hilfe immer mehr Menschen, die wegen ihrer linken Aktivitäten von staatlicher Repression betroffen waren, finanziell unterstützen. Neue Bewegungen, in denen Aktivist*innen im Visier von Polizei und Justiz sind, haben sich entwickelt, beispielsweise die Refugee-Proteste. Bei vielen daraus entstehenden Prozessen haben Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen von der RH Unterstützung erfahren. Auch aus anderen Bereichen erhalten wir immer mehr Anfragen von Genoss*innen, die Ziel von Repressionsmaßnahmen geworden sind. Zunehmende Anwalt*innen- und Prozesskosten haben zu einem enormen Anstieg der Unterstützungsausgaben der Roten Hilfe geführt. Insgesamt haben sich die Zahlungen, die die Rote Hilfe für von Repression betroffene Linke leistete, allein 2014 um fast 50 Prozent erhöht.

Das zeigt, wie wichtig die Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe ist, und es ist großartig, dass wir so vielen Aktivist*innen in der Konfrontation mit den Repressionsorganen beistehen konnten. Gleichzeitig strapaziert dieser extreme Anstieg aber die Gesamtfinanzen der Organisation enorm.

Kurzum: wir brauchen euer Geld, um diese notwendige Unterstützungsarbeit fortführen zu können und die Angriffe des Staates weiterhin ins Leere laufen zu lassen. Jede Form der Unterstützung ist uns

Spendet

unter dem Stichwort „Mehr Solidarität!“ auf das Konto der Roten Hilfe:

Rote Hilfe e.V., Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39, BIC: NOLADE21GOE



ROTE HILFE E.V.

bundesvorstand@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de



Solidarität organisieren

Mitglied werden!

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg oder redaktion@arbeiterstimme.org

Der spanische Bürgerkrieg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben
von der *Gruppe Arbeiterstimme*

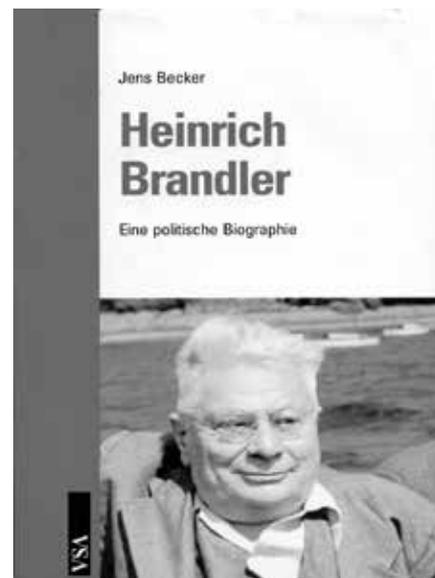
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

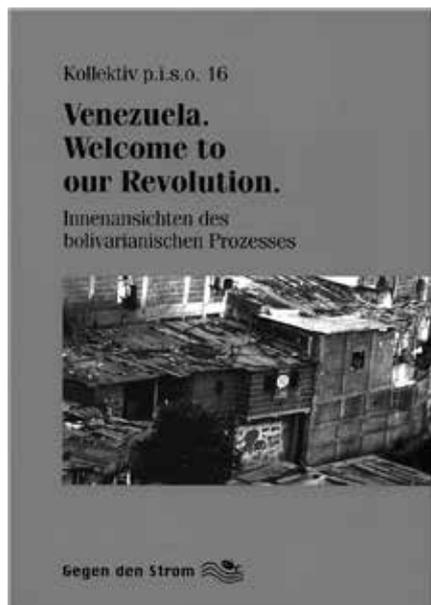
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
ISBN 3-9809970-1-4
Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org